



Plenum

150. Sitzung

München, Dienstag, 18. Juli 2023, 13:00 bis 16:51 Uhr

Geburtstagswünsche für Vizepräsident **Markus Rinderspacher**..... 21395

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**"Anpacken statt aussitzen - mit klarem Kurs für ein klimagerechtes
Bayern!"**

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 21395
Martin Huber (CSU)..... 21399
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD)..... 21403
Hans Friedl (FREIE WÄHLER)..... 21405
Florian von Brunn (SPD)..... 21408
Christoph Skutella (FDP)..... 21409
Eric Beißwenger (CSU)..... 21411
Katharina Schulze (GRÜNE)..... 21412
Alexander Flierl (CSU)..... 21414
Eva Lettenbauer (GRÜNE)..... 21415
Staatsminister Thorsten Glauber..... 21418

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Beschluss..... 21423

Antrag der Abgeordneten

Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u. a. (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion
(FREIE WÄHLER)

**Unterstützung und Förderung der bäuerlichen Herdbuchzucht in
Bayern (Drs. 18/28859)**

Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 18/29781)

Beschluss..... 21422

Antrag der Abgeordneten

Barbara Becker, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u. a. (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u. a. und Fraktion
(FREIE WÄHLER)

Wiederverwendung von Wasser aus Kläranlagen (Drs. 18/29483)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 18/30060)

Beschluss..... 21422

Antrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und
Fraktion (CSU),

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.
a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u. a. und Fraktion
(SPD),

Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

**zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
hier: Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismä-
ßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen**
(Drs. 18/29502)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 18/29977)

Beschluss..... 21423

Wahlen**von berufsrichterlichen Mitgliedern des Bayerischen Verfassungsge-
richtshofs**

Geheime Wahlen..... 21424

Ergebnis..... 21450

Schlussbericht

**des Zweiten Untersuchungsausschusses des Landtags zur weiteren
Aufklärung des NSU-Komplexes** (Drs. 18/21923, 18/22844)

(Drs. 18/29926)

Toni Schubert (GRÜNE)..... 21425 21432 21440 21446 21448

Holger Dremel (CSU)..... 21428 21432 21448

Cemal Bozoğlu (GRÜNE)..... 21433

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER)..... 21435

Richard Graupner (AfD)..... 21437 21440

Arif Taşdelen (SPD)..... 21441 21443

Matthias Fischbach (FDP)..... 21443

Norbert Dünkel (CSU)..... 21445 21446

Raimund Swoboda (fraktionslos)..... 21449

Gesetzentwurf der Staatsregierung**zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes**

(Drs. 18/28241)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion
(FREIE WÄHLER),

Prof. Dr. Gerhard Waschler, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried
Bausback u. a. (CSU)

(Drs. 18/29130)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/29874)

Beschluss..... 21451

Schlussabstimmung..... 21451

Erladigung des FW/CSU-Änderungsantrags 18/29130..... 21451

Antrag der Staatsregierung

**auf Zustimmung zum Vertrag zur Änderung des Vertrags zwischen
dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der Israelitischen
Kultusgemeinden in Bayern sowie der Israelitischen Kultusgemeinde
München und Oberbayern (Drs. 18/28502)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/29872)

Beschluss..... 21451

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Stiftungsgesetzes (Drs. 18/28505)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 18/29855)

Beschluss..... 21452

Schlussabstimmung..... 21452

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug
wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (Drs. 18/28528)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 18/29870)

Beschluss..... 21452

Schlussabstimmung..... 21453

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Krebsregistergesetzes

(Drs. 18/28529)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 18/29868)

Beschluss..... 21453

Schlussabstimmung..... 21453

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und
Unterrichtswesen und des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgeset-
ze** (Drs. 18/28881)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 18/30009)

Beschluss..... 21454

Schlussabstimmung..... 21454

Antrag der Staatsregierung
**auf Zustimmung zum Notenwechsel zwischen dem Freistaat Bayern
und dem Heiligen Stuhl zur Verlängerung der Regelung über ruhen-
de Fakultäten der Universitäten Bamberg und Passau** (Drs. 18/29056)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses (Drs. 18/30012)

Beschluss..... 21454

Antrag der Staatsregierung
**auf Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Würt-
temberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Hessen und der Freien
und Hansestadt Hamburg über die Führung des Schiffsregisters und
des Schiffsbauregisters** (Drs. 18/29180)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 18/30005)

Beschluss..... 21455

Schluss der Sitzung..... 21455

(Beginn: 13:02 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 150. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, darf ich noch einen Glückwunsch aussprechen: Heute feiert der Herr Kollege und Vizepräsident Markus Rinderspacher Geburtstag. Im Namen des Hauses wünsche ich alles Gute und Erfolg für die weitere parlamentarische Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor ich Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, weise ich darauf hin, dass im Laufe der heutigen Sitzung die Wahl von drei berufsrichterlichen Mitgliedern des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs stattfindet. Die Wahlen finden mit Namenskarte und Stimmzettel statt. Ihre Stimmkartentasche befindet sich in Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentasche vorher dort abzuholen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
"Anpacken statt aussitzen - mit klarem Kurs für ein klimagerechtes Bayern!"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie kennen das Prozedere: Grundsätzlich gibt es fünf Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. für eine Rednerin oder einen Redner zehn Minuten. Die fraktionslosen Kollegen können je zwei Minuten reden. – Erster Redner ist der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwig Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit Tagen erleben wir extrem heiße Tage in Bayern.

(Ulrich Singer (AfD): Sommer!)

Hitzetage gibt es nicht nur in Bayern, in Deutschland, in Europa, in China, in den USA, sondern weltweit. – Gleich zur rechten Seite: In diesem Land gibt es das Recht auf freie Meinungsäußerung, aber kein Recht auf freie Fakten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir spüren in Bayern in diesem Jahr eine extreme Dürre, es gibt seit Wochen Hitze, und ältere Menschen in unserem Land leiden extrem unter diesen Extremen. Wenn man sich die Grundwasserpegel in Bayern anschaut, dann stellt man fest: Mehr als jeder zweite Wasserpegel unseres Grundwassers ist in einem niedrigen oder sehr niedrigen Zustand oder hat den neuen Niedrigstand bereits erreicht.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist unstrittig: Die Klimakrise kommt nicht, sie ist längst da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU und die FREIEN WÄHLER hängen im alten fossilen Denken fest. Sie sind weiterhin nicht bereit, die Energiewende endlich in Bayern entschlossen anzupacken und entschlossenen Klimaschutz zu betreiben, damit Bayern klimaneutral und somit zukunftsfest wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Klimaschutz, bei der Energiewende, beim Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat die Söder-Regierung in den vergangenen fünf Jahren nur eines bewiesen: viel angekündigt und nichts geliefert, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Söder ist und bleibt beim Klimaschutz in Deutschland Deutschlands größter Versprechensbrecher, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien kriecht in Bayern dahin. Die CO₂-Emissionen sind in Bayern viel zu hoch, und sie gehen auch deutlich sehr langsam zurück.

(Tobias Reiß (CSU): Weil ihr die Kohle angeschürt habt!)

Der eigene Klimabericht zeigt es ganz deutlich: Bayern möchte 2040 klimaneutral sein. Um Ihr eigenes Ziel zu erreichen, müssen Sie die Anstrengungen verzehnfachen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sagt der Kohlebaron!)

Wir sehen es beim Thema Grundwasserschutz. Dort macht die CSU mit den FREIEN WÄHLERN gerade eine rückschrittliche Politik auf Kosten unseres Trinkwassers. Mit dieser Politik gefährdet die Söder-Regierung unsere natürlichen Lebensgrundlagen und damit aktiv den Wirtschaftsstandort in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und doch: Wer, wenn nicht wir, könnte eigentlich den Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft gehen? – Wir haben in den letzten Jahren unzählige Ideen hier präsentiert und auf den Tisch gelegt. Wir haben so viele Energiegenossenschaften, die in Bayern mit anpacken, welche die Energiewende zum bayerischen Erfolg machen und das mitgestalten möchten. Was in Bayern aber fehlt – und es fehlt seit Jahren daran –, ist der Wille bei Markus Söder, heute weitsichtig, entschlossen, ideenreich und zuversichtlich zu handeln, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An die Kollegen der CSU, die heute nicht so ausreichend im Plenum vertreten sind, aber auch an die FREIEN WÄHLER: Wenn man sich Ihre Klimaschutzpolitik der letzten Jahre, der letzten Wochen und der letzten Monate anschaut, dann kann man sie ganz einfach beschreiben: immer dagegen, immer kritisieren und nie eigene Ideen liefern. Das ist Ihre Klimaschutzpolitik. So lässt sich ein gutes Morgen in Bayern nicht gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Politik kommt es aufs Machen, nicht aus Niedermachen an – erst recht, wenn man in Regierungsverantwortung ist. Die Menschen in unserem schönen Bayern haben doch eine Regierung verdient, die macht und nicht niedermacht und Lösungswege aufzeigt, wie wir die Klimakrise weiter eindämmen können. Ihre Politik liefert keine Antworten auf die drängendsten Fragen unserer Zeit: Wie wird Bayern klimaneutral? Wie befreien wir uns aus der Abhängigkeit von fossilen Energien? Wie machen wir die Energie sicher, sauber und bezahlbar? Wie schützen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen, und wie erhalten und sichern wir unser Wasser, sodass die Verfügbarkeit erhalten bleibt? – All die Herausforderungen schreien doch regelrecht nach einer anderen Klimaschutzpolitik in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und zwar ist das eine Politik, die nicht Ängste schürt und spaltet, die nicht Stadt gegen Land ausspielt, sondern die alle Menschen in ganz Bayern mitnimmt, um gemeinsam den Weg der nötigen Veränderungen zu gehen. Dass Veränderungen notwendig sind, zeigt doch die Energieversorgung ganz deutlich. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat das energiepolitische Versagen der CSU doch schonungslos offengelegt. Ihre Energiepolitik ist zu abhängig, zu angreifbar, zu teuer und obendrauf noch klimaschädlich. Liebe CSU, Irren ist menschlich, aber im Irrtum zu verharren,

(Tobias Reiß (CSU): Ist grün!)

ist einfach nur dumm.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Der günstige Windstrom aus dem Norden kommt nicht zu uns, weil Sie jahrelang den Stromnetzausbau blockiert und verschleppt haben. Der bayerische Ausbau der Windkraft ist faktisch zum Erliegen gekommen. Sie haben kritische Infrastruktur, Stromnetze und Wasserkraftwerke an Großkonzerne verscherbelt. Das ist Ihre Politik, eine Politik der fehlenden Weitsicht in Bayern. Damit setzen Sie die Energiesicherheit in Bayern aufs Spiel.

Wir stehen auf genau der anderen Seite. Gestern haben wir weitsichtig den Ausbau der erneuerbaren Energien gefordert. Heute sorgt unser grüner Energieminister Robert Habeck für eine sichere, bezahlbare Energie für ganz Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Der sorgt für den Abstieg von Deutschland! Ist der eigentlich auch Wirtschaftsminister?)

Morgen machen wir Bayern zu einem zu 100 % mit erneuerbaren Energien versorgten Land. Davon profitieren wir alle, unsere Kinder und Enkelkinder.

(Tobias Reiß (CSU): Ihr deindustrialisiert Bayern!)

Bei der Energiewende geht es um Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit und Wertschöpfung in der Region. Es geht um den Wirtschaftsstandort Bayern.

(Tobias Reiß (CSU): Ja eben! Eben!)

Ihre faktenbefreite Politik, Ihr altes Denken,

(Tobias Reiß (CSU): Deindustrialisierungsminister!)

angetrieben vom fossilen Energiezeitalter, hat Bayern zum energiepolitischen Sorgenkind der Nation gemacht. Das ist das Ergebnis der CSU-Politik.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte ganz aktuell auf das heutige "Handelsblatt" hinweisen. Dort ist ein interessanter Artikel unter der Überschrift "Grüner Strom als Standortvorteil für Norddeutschland" zu finden. Im Artikel heißt es zu den Defiziten in Bayern wörtlich:

Tatsächlich weist der Süden Deutschlands, insbesondere Bayern, Defizite beim Ausbau der Erneuerbaren aus. Im Norden ist dagegen vornehmlich der Ausbau der Windkraft weit fortgeschritten. Einige norddeutsche Bundesländer

(Tobias Reiß (CSU): Das wird vielleicht am Wind liegen!)

erzeugen auf ihrer Fläche mehr Strom aus erneuerbaren Quellen als im jeweiligen Land selbst verbraucht wird.

Das zeigt doch genau, wie es funktionieren kann. Diese Bundesländer haben heute bereits mehr Strom, als sie selber brauchen. Bayern hingegen ist weiterhin abhängig, weil Sie Wind- und Sonnenenergie nicht entscheidend ausbauen. Bayern ist davon leider meilenweit entfernt, da Söders Ankündigungen keine Taten, kein Machen, kein Anpacken folgen. Auf Söders Ankündigungen folgen doch immer nur weitere Ankündigungen.

Ein Beispiel aus der Regierungserklärung vor fast auf den Tag genau zwei Jahren, im Juli 2021 hier am Rednerpult: Klimaland Bayern. Da stand Söder gefühlt ja noch auf der Seite des Klimaschutzes. Da hat er versprochen – ich zitiere –: "Allein im Staatswald [...] kann [...] [das] bis zu 500 neue Windräder bedeuten." Söder hat 2019 100 Windräder versprochen, dann waren es 500, 2022 waren es 1.000 in ganz Bayern. Sehen Sie sich das einmal an. Sie wechseln Ihr Ziel beim Windkraftausbau doch schneller als die CDU ihre Generalsekretäre.

Fakt ist aber: Im Jahr 2018 in den bayerischen Staatsforsten keine einzige neue Windkraftanlage, 2019 eine einzige, 2020 null Anlagen, 2021 null Anlagen und 2023 bis Juli null Anlagen.

(Tobias Reiß (CSU): Wie ist es in Baden-Württemberg?)

Das ist die Bilanz Ihrer verantwortungslosen Politik in Bayern, die wir beenden möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zu einer anderen Ankündigung in derselben Regierungserklärung: Staatliche Dächer sollen mit viermal so vielen Solaranlagen versehen werden. Bisher sind es 340; wir wollen 1.300, das hat Markus Söder vor zwei Jahren hier am Rednerpult gesagt. Das klingt zunächst einmal ganz gut. Schauen wir uns aber die Wirklichkeit an, das, was passiert ist. Wir haben jetzt 520 Anlagen. Jedes Jahr haben Sie 90 Anlagen dazugebaut. Bei diesem Schneckentempo brauchen wir zehn Jahre, um Ihr mageres Ziel zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Übrigens: Der Freistaat Bayern hat fast 11.000 Liegenschaften. Das ist Ihre Geschwindigkeit. Das ist die Bilanz Ihrer verantwortungslosen Energiepolitik in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen die ganz aktuellen Zahlen von Januar bis Mai 2023 der in Deutschland neu genehmigten Windräder, also Anlagen: Bayern 2 Anlagen, Nordrhein-Westfalen 124 Anlagen, Schleswig-Holstein 87 und Niedersachsen 61. Daran sieht man ganz deutlich: Wenn man will, kann man die Windkraft voranbringen. Sie bremsen sie weiter aus. Auch das ist die Bilanz Ihrer verantwortungslosen Energiepolitik in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern haben eine Regierung verdient, die die Zukunft nicht verspielt, sondern handelt.

(Tobias Reiß (CSU): Insbesondere mit dieser Bundesregierung!)

Bei der Windkraft heißt das: 2 % Vorranggebiete in Bayern bis Ende 2024 und nicht erst bis 2032, wie es die CSU vorschlägt. Sie wollen erst in neun Jahren mit dem Ausbau der Windkraft richtig anfangen. Wir wollen Planbarkeit und Verlässlichkeit, damit die Stadtwerke und die Energiegenossenschaften jetzt anpacken können, damit endlich auch der günstige, saubere Windstrom eine Heimat in Bayern findet. So sorgen wir gemeinsam für günstigen, sauberen und sicheren Strom, der nicht die Zukunft unserer Kinder verheizt.

Letzter Satz: Wir stehen für eine Politik, die von Weitsicht geprägt ist, eine Politik, die Lösungswege aufzeigt, die Wirkung zeigt,

(Ulrich Singer (AfD): Aber nicht grundlastfähig ist!)

die wirkmächtig ist und weit über den nächsten Wahltag hinausträgt. So machen wir Bayern energiesicher und klimaneutral – für uns und unsere Kinder. Das ist wahre Bayernliebe.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Huber von der CSU-Fraktion.

Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! BÜNDNIS 90, die Klimaheuchler, haben heute das Thema der Aktuellen Stunde gewählt. Nur der Titel ist falsch. Eigentlich müsste es heißen: Anpacken statt ankleben;

(Zuruf von den GRÜNEN)

denn das wäre angesichts der jüngsten Bilder das Richtige.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Gesinnungsgenossen von der Letzen Generation drangsalieren die Menschen in unserem Land seit Monaten. Sich ankleben, Kunstwerke beschmierern, Denkmäler demolieren, Arbeitnehmer aufhalten, Flugverkehr stören, Rettungswagen blockieren, Schwangeren den Zutritt zum Krankenhaus verwehren, Menschenleben gefährden – das hat mit Klimaschutz nichts zu tun. Das ist kriminell, und hier ist die Stärke des Rechtsstaates gefordert.

(Beifall bei der CSU)

Ich erwarte mir hier von den GRÜNEN, die sonst bei jeder Gelegenheit auf Moral und Anstand pochen, endlich eine glasklare Distanzierung von den Straftätern der Letzten Generation,

(Zurufe von den GRÜNEN)

die selbst ganz deutlich sagen, sie wollen ein anderes Land, sie wollen die soziale Marktwirtschaft abschaffen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wir wollen eine andere Energieversorgung!)

Das dürfen wir als Demokraten nicht so stehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Dies schadet auch dem wichtigen Anliegen des Klimaschutzes.

Wir in Bayern packen an. Sie drehen sich seit Monaten im Kreis und publizieren Falschbehauptungen. Aber wir wissen ja aus der Psychologie: Man lernt nur durch Wiederholen. Deshalb sage ich Ihnen heute wieder einmal – und das ist die Wahrheit –: Bayern ist Spitze bei den erneuerbaren Energien. Das ist die Wahrheit. Das ist amtlich mit dem Siegel aus dem grünen Bundeswirtschaftsministerium.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Bayern ist führend bei Wasserkraft, bei Photovoltaik, bei Bioenergie und bei Geothermie. Kein Land hat so viel installierte Leistung wie der Freistaat Bayern. Kein Land hat in den letzten Jahren so viele Erneuerbare ans Netz gebracht wie Bayern. Die GRÜNEN verengen ideologisch die Debatte zu den Erneuerbaren immer auf die Windkraft.

(Tim Pargent (GRÜNE): Taschenspielertricks!)

Ich darf darauf hinweisen: In meiner Heimatregion, im Bayerischen Chiemgauer Dreieck, entsteht einer der größten Windparks. Knapp 40 Windräder sollen in den Staatsforsten aufgestellt werden. Und wer ist es, der dieses Projekt madig macht? – Die grüne Landtagsfraktion, die nichts anderes zu tun hat, als sich mit billigen Vorwürfen zum Ausschreibungsverfahren gegen dieses Projekt zu wenden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das ist billig, und das ist Doppelmoral!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dass wir in Bayern mehr Energie brauchen, Herr Kollege Hartmann, liegt eben auch daran, dass wir wirtschaftlich stark sind. Wir zahlen doch zu 60 % den Länderfinanzausgleich. Die Länder, die Sie ansprechen, die im Verhältnis angeblich so viele erneuerbare Energien produzieren, sind beim Länderfinanzausgleich alles Empfängerländer. Weil wir wirtschaftlich so stark sind, brauchen wir so viel Energie. Sie können doch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind nicht nur Spitze beim Ausbau der erneuerbaren Energien, wir sind sogar Spitze beim Netzausbau. Das sage nicht nur ich, sondern

(Lachen bei den GRÜNEN)

das sagt auch der Vorstandsvorsitzende von E.on, Leonhard Birnbaum. Er hat neulich im "Cicero" gesagt, dass man in Bayern mit den Herausforderungen besser umgeht; dort laufen die Prozesse schneller; Sie können froh sein, wenn Sie bei Ihren Anliegen eine bayerische Verwaltung vor sich sitzen haben; wir bekommen dort eindeutig bessere und schnellere Genehmigungen.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Das ist Fakt beim Netzausbau.

Leonhard Birnbaum, der Vorstandsvorsitzende von E.on, geht noch weiter und sagt: Ich kann Ihnen nur sagen: Der Netzausbau funktioniert in Bayern besser als im Rest der Republik. – Eindeutiger geht es doch nicht. Das zeigt: Hier bei uns läuft es besser. Es geht nicht um Ihre grüne Miesmacherei, sondern es geht darum, dass Mut statt Wut gilt. Das ist unser Motto beim Klimaschutz.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden diesen unseren bayerischen Erfolgskurs auch bei den erneuerbaren Energien weitergehen. Wir werden die Stromerzeugung aus den erneuerbaren bis 2030 verdoppeln. Wir werden die Photovoltaik bis 2030 verdreifachen. Wir werden 1.000 neue Windkraftanlagen bauen. Wir werden die Wasserkraft noch besser ausschöpfen. Wir werden Bayern zum Wasserstoffland Nummer eins machen. Wir fördern 50 Elektrolyseanlagen im ganzen Land mit 150 Millionen Euro. Das ist Anpacken statt Ankleben, das ist Anpacken statt Aussitzen, das ist Klimaschutz konkret bei uns in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die Bewahrung der Schöpfung ist und bleibt ein konservatives Kernanliegen. Deswegen wollen wir natürlich auch den nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten hinterlassen. Es geht auch hier um das Miteinander der Generationen. Ich halte es für unerträglich, wenn jemand wie die Letzte Generation die Generationen gegeneinander ausspielt und unseren Eltern, Großeltern und Urgroßeltern vorwirft, sie würden mit ihrem Lebensstil den Planeten ruinieren.

Nein, meine Damen, meine Herren, unsere Eltern, unsere Großeltern haben mit Sparsamkeit, Fleiß und Einsatz das Fundament geschaffen, auf dem wir leben. Sie haben Respekt verdient und nicht Kritik von jungen Klimaklebern, die danach nach Bali in den Urlaub fliegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen investieren wir in Bayern auch kraftvoll in den Klimaschutz: eine Milliarde Euro pro Jahr, insgesamt 22 Milliarden Euro bis zum Jahr 2040 in erneuerbare Energien, in natürliche CO₂-Speicher, beispielsweise mit der Renaturierung von Mooren, und in den Waldumbau mit klimaresilienten Baumarten. Wir investieren in Klimabauen und Klimaarchitektur, in smarte Mobilität und in Cleantech.

Anders als die GRÜNEN wissen wir und setzen wir darauf: Klimaschutz geht nur mit den Menschen und nicht mit der Brechstange, und deswegen stehen wir für Technologieoffenheit und sind gegen Verbote.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Hep Monatzeder (GRÜNE): Lauter Sprüche!)

Die GRÜNEN scheitern doch an ihren eigenen Ansprüchen. Nehmen wir doch mal das Beispiel der Parteizentrale der GRÜNEN in Berlin. Die Wärmepumpe wurde als Allheilmittel gepriesen; jahrelang dauert es, bis die GRÜNEN es einbauen. Kosten tut es fünf Millionen Euro.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

Das ist vielleicht für die steuerfinanzierten GRÜNEN eine Möglichkeit, aber mit Sicherheit nicht für Oma und Opa, die um ihr Häuschen Angst haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sehen wir uns doch mal die Realität an. Was bringt denn dieses Murks-Gesetz von Habeck überhaupt an CO₂-Einsparung? – Das bringt vielleicht einen Bruchteil dessen, was es bringen würde, die Kernkraftwerke länger am Netz zu lassen. Das ist die Wahrheit. Bei dem Heizungsgesetz weiß die Ampel selbst nicht genau, was es

bringt. Sie taxiert es auf 8, 9, 10 Millionen Tonnen CO₂. Das Weiterlaufen der Kernkraftwerke würde 15 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Das ist die Wahrheit, aber Ihre Ideologie verhindert das.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Jürgen Mistol (GRÜNE): Lauter Märchen!)

Wenn es Ihnen mit dem Klimaschutz so ernst ist, dann frage ich mich: Warum ist, seit die Ampel regiert, der Strommix in Deutschland der zweitschmutzigste in der Europäischen Union?

(Zuruf von den GRÜNEN: Auch das ist falsch!)

– Warum ist der Strommix in Deutschland der zweitschmutzigste in der Europäischen Union? Nur Polen ist schlechter. Es sind Zahlen der EU-Kommission, die belegen, dass der Anteil CO₂ pro Kilowattstunde in Deutschland gestiegen ist, seit die Ampel regiert. Solange die Union regiert hat, ist er gesunken. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Der schlechteste Generalsekretär der CSU!)

Eines verkennen Sie völlig: dass Klimaschutz nur gemeinsam mit der Wirtschaft geht.

(Florian von Brunn (SPD): Wie man immer noch schlechtere Generalsekretäre finden kann, wundert mich schon! Du überbietest ja noch Andreas Scheuer!)

Klimaschutz und Wertschöpfung müssen wir verbinden. Das ist doch auch das Problem, vor dem wir stehen. Die Wirtschaft in der Europäischen Union wächst. Die Wirtschaft in der Eurozone wächst. Die Wirtschaft weltweit wächst, nur Deutschland ist in der Rezession. Warum? – Weil wir einen Wirtschaftsminister haben, der Arbeitsverweigerung betreibt, der sich nur als Klimaschutzminister versteht und keinen Deut dafür übrig hat, sich auch um die Verbindung von Klimaschutz und Wirtschaft zu kümmern. Dieser Abschwung in Deutschland ist der Ampel-Abschwung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Es ist nicht einmal nur ein Versehen, dass wir diesen Abschwung haben. Er ist sogar Absicht. Es sind nämlich grüne Degrowth-Theorien, die hier zum Tragen kommen. Katrin Göring-Eckardt beschwört ja schon den Wohlstand des Weniger. Andere GRÜNE reden euphorisch von Wirtschaft ohne Wachstum und benennen auch ganz konkret Degrowth als Konzept.

Ich kann nur sagen: Degrowth als Konzept ist Rezession als Prinzip, und das haben alle zu zahlen, jede und jeder Einzelne und natürlich auch der Staat.

(Florian von Brunn (SPD): Müssen Sie jetzt aus der letzten Plenarsitzung noch ein Kasperltheater machen?)

Wenn der Kuchen kleiner wird, dann wird auch jedes Stück kleiner, auch für das Bildungssystem, für die Sozialsysteme, für die Gesundheitssysteme, für die Infrastruktur, für Innovation und Hightech. Degrowth ist der falsche Ansatz, aber Sie zeigen dem Land, was passiert, wenn man ihn umsetzt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Das ist geistiger Degrowth, was Sie hier machen!)

Es bringt doch auch dem Weltklima nichts, wenn unsere Unternehmen von hier abwandern und woanders zu weit schlechteren Standards produzieren. Das Phänomen von Carbon Leakage ignorieren Sie seit Jahren. Deswegen setzen wir in Bayern ganz bewusst und ganz konkret darauf: Ja, wir stehen zum Klimaschutz, wir kommen beim Klimaschutz voran.

(Florian von Brunn (SPD): Wo und wann denn?)

Wir verbinden ihn aber mit Wertschöpfung. Wir verbinden Klimaschutz und Wirtschaft.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wo? Ein Beispiel!)

– Wir haben 150 konkrete Maßnahmen im Bayerischen Klimaschutzgesetz, in unserem Maßnahmenpaket. Es umfasst alle Lebensbereiche: vom klimaverträglichen Bauen über smarte Mobilität, über Cleantech, über Wasserstoff, über Kreislaufwirtschaft bis hin zur Moorrenaturierung. Wir haben über 150 konkrete Maßnahmen beim Klimaschutz. Wir stehen zu unserer Verantwortung, ganz anders als die grünen Klimaheuchler.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN – Florian von Brunn (SPD): Eine wirklich schlechte Rede!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Prof. Ingo Hahn von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Wenn man denkt, es kann nicht mehr schlimmer kommen, dann kommt der Hahn daher!)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! "Anpacken statt aussitzen – mit klarem Kurs für ein klimagerechtes Bayern!" So lautet der Titel dieser heutigen Aktuellen Stunde. Werte GRÜNE, Ihre Ampel hat auf Bundesebene bereits mehrfach demonstriert, wie diese grüne Klimagerechtigkeit aussieht. Zuerst einmal scheint es sich dabei um ein familiäres Projekt zu handeln; denn Herrn Habecks Sippschaft scheint übermäßig von dieser Klimagerechtigkeit zu profitieren.

(Andreas Winhart (AfD): Pfui!)

Aber heutzutage kann jeder eine grüne Karriere machen: vom Klimaschüler zum Klimakleber und dann zum Klimaberater.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU)

Die höchsten Ränge in der Klimaarmee sind dann aber die Klimalobbyisten. Dort sind sie dann irgendwann angekommen. Nimmt man nun noch die Klimapolitiker dazu, von den GRÜNEN in den Parlamenten, schließt sich der Kreis der Klimasektierer, und in der Folge schant man sich gegenseitig, wechselseitig die Aufträge zu, die Studien zu und die Gutachten zu; und natürlich auch die Stellen, um sich zu versorgen.

Das alles geschieht, um ungestört die grüne Agenda durchboxen zu können. Stichwort: Heizungsgesetz. Hierbei zwingt man die Menschen im Land, auf teure Wärmepumpen umzusteigen. Man zwingt sie. Ist das Ihre Gerechtigkeit? Meinten Sie das, werte GRÜNE?

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

Dabei ist uns doch allen klar: Technologien wie E-Autos, wie Windräder und wie Wärmepumpen hätten ohne Subventionen in Milliardenhöhe keine Chance auf diesem Markt. Einzig Steuergelder halten diese aufrecht.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Aber milliardensubventionen für Atomkraft!)

Und was ist die Folge? – Die Staatskasse ist leer. Deshalb muss nun an anderer Stelle gespart werden: etwa bei deutschen Familien und leider bei der Bildung. Ist das Ihre Klimagerechtigkeit, werte GRÜNE? Zum Leidwesen der GRÜN*INNEN durchschauen aber immer mehr Menschen im Land diese Masche. Deshalb heißt es nun: Angst und Panik vor der Klimaapokalypse schüren, was das Zeug hält! So lesen wir täglich aufs Neue: Hitzetod! Waldbrände! Glühende Landschaften! Überhitzung!

Die Klimalobby und ihre Schreiberlinge überbieten sich derzeit gegenseitig in Schreckensszenarien, gefolgt von nützlichen Tipps, wie man dem sicheren Hitzetod durch Sonne entgeht. Schon werden Stimmen laut, die nach einem Klima-Lockdown rufen – ja, Sie haben wahrscheinlich noch nicht genug von diesem Lockdown –, in Schleswig-Holstein zum Beispiel; ganz so, als hätten die Menschen noch nie einen schönen Sommertag erlebt. Für wie dumm halten Sie die Menschen eigentlich?

(Zuruf von den GRÜNEN: Für sehr!)

Herr Dr. Huber, was die CSU hier macht, ist nichts anderes, als sich zum Vollstrecker dieser Ampel, dieser grünen Klimalobby-Ampel in Bayern zu machen. Das muss auch gesagt werden.

Ich möchte den Gedanken jetzt von dieser Ideologie weggleiten. Ich möchte viel lieber Folgendes fragen: Ist es denn gerecht, wenn die Menschen im Land demnächst wegen Ihres Heizungsgesetzes ihre Häuser verlieren? Ist es gerecht, wenn die Menschen im Land aufgrund Ihrer CO₂-Steuer und grüner Inflation noch weiter verarmen? Ist es gerecht, wenn die Menschen ihre Stromrechnung nicht mehr zahlen können, weil Sie den Preis durch die Subventionierung von Flatterstrom in die Höhe treiben, werte GRÜNE? Ist es gerecht, wenn Pflanzen, Tiere und Menschen dem gigantischen Flächenfraß von Wind- und Solarparks weichen müssen? Ist es gerecht, wenn die Menschen im Winter nicht heizen können und bangen müssen, dass der Strom ausfällt, weil Sie günstige und sichere Energie gegen Flatterstrom eingetauscht haben? – Nein, meine Damen und Herren, es ist alles andere als gerecht.

(Beifall bei der AfD)

Was die GRÜNEN klimagerecht nennen, ist nichts anderes als das Unrecht allen Leben gegenüber. Und wofür? – Für eine Ideologie, die von einigen wenigen betrieben wird und auch nur einige wenige Reiche und Mächtige noch reicher und noch mächtiger macht; die profitieren davon.

(Toni Schubert (GRÜNE): Verschwörungstheorie!)

Aber ein ganzes Land und seine Bevölkerung gehen daran zugrunde. Das ist es, wofür Sie, liebe GRÜNE, hier und heute werben. Sie machen keine Politik für die Umwelt, erst recht nicht für die Menschen. Sie kennen nur Klima, Klima über allem.

(Toni Schubert (GRÜNE): "Klima, Klima über allem"? Hallo?)

Deshalb sage ich: Wer so etwas fordert, wird da enden, wo alle geendet haben, die rückständig und kriminell sind. Irgendwann wird es herauskommen. Dann werden wir uns wieder sprechen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Hans Friedl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine der letzten Plenarsitzungen in dieser Legislaturperiode. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durfte das Thema der Aktuellen Stunde festlegen. Deswegen stehe ich hier und möchte gleich zu Beginn den Titel der Aktuellen Stunde – "Anpacken statt aussitzen – mit klarem Kurs für ein klimagerechtes Bayern!" – hinterfragen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das wissen wir!)

Sie müssen freilich Ihre Wählerschaft bedienen; so müssen Sie das auch bei der letzten Gelegenheit vor der kommenden Landtagswahl tun, um weiter ruhig schlafen, sich zurücklehnen und signalisieren zu können, dass der Auftrag erfüllt wurde.

Den Titel "Anpacken statt aussitzen – mit klarem Kurs für ein klimagerechtes Bayern!" könnte man als Aufforderung verstehen, als einen Aufruf zum Handeln und als Kritik an einer vermeintlichen Untätigkeit unsererseits.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn es nach Ihrer Fraktion ginge, dann würden wir in Bayern Gesetze wie das Gebäudeenergiegesetz mit der heißen Nadel stricken, schlecht kommunizieren und die Bürgerinnen und Bürger des Landes nicht mitnehmen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie haben fünf Jahre Zeit gehabt!)

Am Ende würde das Gesetzgebungsverfahren durch ein Verfassungsgericht gestoppt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir würden dann spalten und nicht einen. Der Klimaschutz ist wichtig, jedoch darf er nicht ideologieverkommen vorangetrieben werden. Der versteckte Vorwurf im Titel der Aktuellen Stunde ist absurd. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass diese Aussage eine Frechheit darstellt und in keiner Weise die wahren Bemühungen und Erfolge Bayerns in Bezug auf den Klimaschutz widerspiegelt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Welche Erfolge?)

Wir haben uns wie keine andere Landesregierung in Deutschland – vom Chaos der Bundesregierung will ich gar nicht sprechen – des Themas Klimaschutz angenommen. Kommen Sie bitte nicht wieder mit Baden-Württemberg als Musterlände; dort ist auch nicht alles Gold, was glänzt.

Bayern hat bereits eine beeindruckende Bilanz vorzuweisen, wenn es darum geht, die Ziele des Klimaschutzes schneller als andere Bundesländer oder die Bundesregierung zu erreichen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Aber wie?)

Die Treibhausgasemissionen je Einwohner waren im Jahr 2019 in Bayern um 31,5 % und damit um fast ein Drittel niedriger als im Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen, die verdeutlichen, dass Bayern keineswegs untätig war oder ist.

Erstens. Bayern hat große Fortschritte bei der Förderung der erneuerbaren Energien erzielt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir haben die Entwicklung von Solarenergie – und durch das Engagement der FREIEN WÄHLER – auch die Windenergie vorangetrieben. Wir haben uns aktiv für den Ausbau der Wasser- und Biomasseenergie eingesetzt. Auch hier zählt: Die Fokussierung auf Windkraft wie auf Wärmepumpen ist nicht hilfreich.

(Margit Wild (SPD): Lesen Sie mal die neuen Studien!)

Bayern ist ein Sonnenland. Bereits 2021 waren 673.000 Photovoltaikanlagen installiert. Als grundlastfähige Ergänzung gibt es in Bayern eine starke Wasserkraft mit circa 4.200 Anlagen. Sie liefern uns etwa 30 % des in Bayern erneuerbar erzeugten Stroms. Mit dem "Energie-Atlas Bayern" stellen wir nicht nur Transparenz über die Fortschritte beim Ausbau erneuerbarer Energien her, sondern wir unterstützen damit auch die Planung neuer Anlagen. Außerdem haben wir 100 zusätzliche Planstellen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Erneuerbare-Energien-Anlagen geschaffen. Dadurch konnte der Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Energieerzeugung erheblich gesteigert werden. Bayern ist heute eines der führenden Bundesländer in diesem Bereich. Unsere Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien haben nicht nur zur Verringerung der CO₂-Emissionen beigetragen, sondern auch neue Arbeitsplätze geschaffen und unsere Wirtschaft gestärkt.

Zweitens. Wir haben uns für eine nachhaltige Mobilität eingesetzt. Wasserstoff wird zukünftig eine Schlüsselrolle spielen. Daher haben wir uns mit einer umfassenden Wasserstoffstrategie frühzeitig auf den Weg gemacht. Hierzu zählt die Gründung des Zentrums Wasserstoff.Bayern in Nürnberg. Es dient der Vernetzung von bisher über 330 Unternehmen, Forschungsinstituten und Multiplikatoren. Das Förderprogramm für bayernweit bis zu 50 Elektrolyseure wird im dritten Quartal 2023 starten. Unser Förderprogramm zum Ausbau einer Wasserstofftankstellen-Infrastruktur läuft. Unsere umfassende Forschungsinitiative umfasst die gesamte Wasserstoff-Wertschöpfungskette, auch sogenannte Important Projects of Common European Interest aus der Wasserstoffwirtschaft gemeinsam mit dem Bund. Aber auch Biokraftstoffe und Elektromobilität werden eine wichtige Rolle bei der Verkehrswende spielen – hier muss der Bund ein größeres Engagement beim Hochlauf dieser Technologien zeigen.

(Florian von Brunn (SPD): Immer der Bund!)

Drittens. Bayern legt großen Wert auf den Schutz und die Erhaltung unserer wertvollen Natur und Umwelt. Direkt zu Beginn haben wir als Bayernkoalition das Volksbegehren "Rettet die Bienen" in ein Gesetz gegossen. Dadurch haben wir bei den Landkreisen und kreisfreien Städten einen umfangreichen Mehraufwand ausgelöst. Hier sei an die Ausnahmegenehmigungen für das Wiesenwalzverbot nach Mitte März erinnert – das ist nur ein Beispiel. Wir haben umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um unsere Wälder zu schützen, sie auch weiterhin zu nutzen, unsere Gewässer sauber zu halten, unsere Moore zu renaturieren und den Artenschutz voranzutreiben.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir haben Programme zur Förderung der Biodiversität und zum Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten weiterentwickelt.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Herr Hartmann, es freut mich, dass Sie sich immer wieder bemüßigt fühlen, dazwischenzureden.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich gebe Ihnen nur Antworten!)

Sie sind ja eh so selten bei uns.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Zurück zum Thema: Darüber hinaus gibt es erfolgreiche Vertragsnaturschutzprogramme, die Unterstützung der Landschaftspflege und der Naturparke sowie den Moorschutz. Wir setzen uns auch für den Erhalt unserer bäuerlichen Landwirtschaft ein, die den Umweltschutz und den Erhalt unserer Kulturlandschaften zusammendenkt.

Vieles lässt sich leider nicht per Fingerschnipsen über Nacht umsetzen – das bedauere ich auch. Das wäre Zauber und eine Illusion – das wissen wir. Diese Beispiele liefern nur einen kleinen Einblick in die umfangreichen Anstrengungen, die unsere Handschrift tragen und zeigen, was Bayern bereits unternommen hat, um den Klimaschutz voranzutreiben.

Bayern geht unbestreitbar mit einem klaren Kurs voran und hat bereits erhebliche Fortschritte erzielt. Hätten Sie den kürzlich vorgelegten Klimabericht nicht nur durch die ideologische Brille gelesen, sondern so, wie es dort geschrieben steht, wüssten Sie, dass mit dem von Staatsminister Glauber vorgelegten Klimaschutzgesetz eine grundlegende Neuausrichtung der bayerischen Klimapolitik stattgefunden hat. Sie zitieren nur das, was Sie wollen, und reißen alles aus dem Kontext.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es ist so, dass wir in allen Sektoren eine deutlich positive Entwicklung zu verzeichnen haben, die Sie einfach unter den Tisch fallen lassen.

(Anne Franke (GRÜNE): Sicher nicht!)

Vielleicht kann man uns vorwerfen, dass wir nicht über jedes Detail auf dem Weg kommunizieren; das kann ich verstehen. In der Bayernkoalition sind wir aber nicht auf Effekthascherei ausgerichtet.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Deshalb ist es geradezu beleidigend, uns, der Regierungspartei, vorzuwerfen, wir würden den Klimawandel aussitzen, zumal wenn man sich gerade das Chaos in Berlin anschaut, an dem Sie, liebe GRÜNE, einen massiven Anteil haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was die Ampel im Bundestag gerade anstellt, kann man nun wirklich nicht als klaren Kurs ansehen. Der einzige Grund, warum zurzeit nichts Neues aufpoppt, es kein neues Hin und Her gibt, liegt daran, dass in Berlin schon die Sommerpause begonnen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir alle sollten anerkennen, dass Bayern bereits viel unternommen hat und weiterhin entschlossen handeln wird, um unseren Planeten für die zukünftigen Generationen zu schützen. Ich bin sicher, es ist nicht die letzte Generation. Unser Kurs ist klar, unsere Maßnahmen sind bereits jetzt vorbildlich. Wir sind uns hier alle bewusst, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist. Wir nehmen diese Herausforderung ernst. Bayern hat bewiesen, dass es mit effektiven und nachhaltigen Maßnahmen vorangeht.

(Zuruf: Das sieht man ja!)

Um ehrlich zu sein, verstehe ich nicht, warum Sie hier verzweifelt versuchen, die Sache schlechter zu reden, als sie ist. Wollen Sie wirklich die berechtigte Angst der Menschen auf eine so plumpe Art instrumentalisieren und für Ihren Wahlkampf nutzen?

(Florian von Brunn (SPD): Damit kennen Sie sich ja bestens aus!)

Machen Sie Ihre Hausaufgaben in Berlin, und nehmen Sie sich am bayerischen Weg ein Beispiel. Dann bekommen wir das auch gemeinsam hin. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn von der Fraktion der SPD.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ich habe mich gefreut, als ich letzte Woche am Donnerstag eine E-Mail bekommen habe, ein Lebenszeichen des Umweltministers. Als ich den Klimabericht dann aber gelesen habe, habe ich mich doch sehr geärgert. Bayern, die Welt wird immer heißer. Es gibt Waldbrände in Südeuropa und in Kanada, aber was macht diese Koalition? – Sie publiziert eine bunte Werbebroschüre, um ihr eigenes Klimaversagen schönzureden, verehrte Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Huber, Ihre Rede war geistiger Degrowth, wenn ich das einmal sagen darf. Ihre Energiepolitik und Ihr Klimaversagen, das ist für mich die beste Definition von Murks, da brauche ich gar keine andere mehr. Sie haben es nicht geschafft, die Treibhausgasemissionen in Bayern zu senken, im Gegenteil. Aber Sie plakatieren jetzt überall die angeblichen Erfolge bei den erneuerbaren Energien. Wissen Sie, bei den erneuerbaren Energien ist die CSU allenfalls spitze bei der Verbreitung von Falschinformationen. Außerdem haben Sie den Praxistest nicht bestanden. Das, was wir heute diskutieren, ist doch der Beweis für das Gegenteil: Steigende Treibhausgasemissionen zeigen doch, Sie sind überhaupt nicht vorwärtsgekommen bei der Energiewende, Sie haben versagt, Sie sind im Praxistest durchgefallen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ihr schöngefärbter Klimabericht ist ein Dokument Ihres Versagens. Das kann man durch harte Zahlen belegen. Herr Kollege Hartmann hat es schon gesagt. 2023: Bis jetzt gerade mal fünf Windräder in Bayern, und davon ist eines auch noch zurückgebaut worden. Das macht im Saldo gerade einmal vier. Bei der Windkraft pro Quadratkilometer sind wir in Deutschland auf dem vorletzten Platz, gerade noch vor Berlin, aber hinter Bremen. Also, wenn Sie das als spitze bezeichnen, dann ist Ihnen nicht mehr zu helfen, verehrte Kollegen von der CSU!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Große Batteriespeicher: Da brüstet sich der Wirtschaftsminister und fährt zu einem Batteriespeicher mit, ich glaube, 24 Megawatt. Der daneben hat 20 Megawatt. Sachsen-Anhalt baut jetzt einen mit 300 Megawatt, Rheinland-Pfalz auch. Also auch da hinken wir in Bayern hinterher. Was aber die großen Stromleitungen, die HGÜ-Leitungen, angeht: null. Null, weil Sie das blockiert haben. Sie sind verantwortlich, wenn es in Bayern zu höheren Strompreisen kommt. Sie gefährden aktiv den Wirtschaftsstandort Bayern durch Ihre verfehlte Energiepolitik.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist die Politik der Ampel! Bayern geht es noch gut!)

Aber dann zeigen Sie immer mit dem Finger auf die Ampel, weil Ihnen nichts anderes einfällt. Aber das Beste finde ich jetzt die neu angekündigte Initiative zum Ausbau der Windkraft oder was immer das sein soll. Herr Hartmann hat schon ein paar Dinge genannt. Herr Söder hat schon 2011 beim Atomausstieg 1.500 Windräder versprochen. Die Zahlen sind bekannt. Wenn man aber jetzt, nach dem Desaster der BayernHeim, eine Windkraftgesellschaft mit dem Namen "Bayernwind" gründen will, dann ist das doch, ganz ehrlich, ein Witz. Offenbar wollen Sie Ihre erfolgreiche Politik beim Wohnungsbau nun auch noch doppeln bei der Windenergie und in der Energiepolitik.

(Zuruf: Heiße Luft!)

– Heiße Luft ist das, dieses Programm. Die Treibhausgasemissionen im Bereich Verkehr sind massiv gestiegen. Ihre Verkehrspolitik ist gescheitert. Das Einzige, an das man sich da vielleicht erinnert, ist die Viertelmilliarde Euro verschwendeter Steuergelder von Andi Scheuer und die Tatsache, dass Bayern vier der fünf Landkreise stellt, die am schlechtesten mit öffentlichem Verkehr versorgt sind. Das ist das Ergebnis der CSU-Politik, das ist schlimm, und das ist fatal für das Klima.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir können fortfahren: Wärmewende: Bayerns großer Schatz, die Erdwärme, die Tiefengeothermie, das ist ein riesiges Potenzial. Das Fraunhofer-Institut sagt – und die Geothermie-Allianz sagt das auch –, allein aus Südbayern könnten wir 40 % des gesamten bayerischen Wärmebedarfs decken. Aber was sind die Fakten? – Die Zahlen für 2021: Bruttostromerzeugung durch die Geothermie 0,2 %, Wärmeerzeugung durch die Geothermie in Bayern 0,5 %. Es wäre sogar noch weniger, wenn nicht SPD-regierte Städte wie München massiv den Ausbau der Geothermie vorantreiben würden.

(Beifall bei der SPD)

Also: Wir brauchen einen Politikwechsel und kein Blabla und auch kein Klimaver sagen. Wir brauchen Handeln: 10 H endgültig abschaffen, die Planung und die Genehmigung von erneuerbarer Energie schnell entbürokratisieren, die Speicher ausbauen, mehr Geld für Geothermie, Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Wir brauchen einen Politikwechsel, wir brauchen Handeln statt Reden und Machen statt immer nur Södern für Klimaschutz und für bezahlbare Energie. – Vielen Dank, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist gut, dass wir heute in der Aktuellen Stunde wieder einmal über

das bayerische Klima reden. Wenn man den Vorrednern so zuhört, dann hat man den Eindruck, es ist nicht nur draußen ziemlich heiß, sondern auch hier, im Plenarsaal. Ich glaube, das ist bei diesem Thema ganz angebracht; denn der bayerische Klimabericht, der uns freundlicherweise letzte Woche, eine Stunde nach dem letzten Umweltausschuss, zugegangen ist – er wurde schon am 27.06.2023 im Ministerrat behandelt –, hat einige Punkte in sich, über die man reden sollte.

Dieses Thema müssen wir – und das haben schon einige Vorredner angesprochen – transparent behandeln. Wir müssen die Bevölkerung und die Gesellschaft miteinbeziehen. Das haben nicht zuletzt die Diskussionen um das GEG – Gebäudeenergiegesetz – gezeigt; denn die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft wird steinig werden. Da dürfen wir uns, gerade auch die Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, nicht wegducken. Das wäre fehlerhaft.

(Beifall bei der FDP)

Hier helfen aber weder utopische Zielsetzungen, wie die Klimaneutralität Bayerns vorzuziehen, noch Gesetzesvorhaben, die mit der Brechstange durchgesetzt werden, wie das an anderen Orten passiert. Wir kommen beim Klimaschutz so langsam in ein Fahrwasser, wo man ehrlich sein muss. Klimaschutz wird es nicht zum Nulltarif geben; die Einschnitte in die Lebensweise der Menschen werden kommen. Wir können und wir werden in einigen Jahren keine fossilen Energieträger mehr nutzen, egal, ob das unsere Heizungen, Autos, Stromquellen oder auch die produzierten Güter betrifft. Diese Veränderungen haben natürlich ihren Preis, aber der wird in der Zukunft noch höher sein, wenn wir nicht langsam anfangen zu handeln. Wenn wir den Leuten aber keinen reinen Wein einschenken, was auf uns und die Gesellschaft zukommt, gelingt uns das nicht, und zwar nicht nur im Bereich des Klimawandels, sondern auch bei der Energiewende, und das wird die Wählerinnen und Wähler dann in die Arme der Populisten treiben.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Daher ist es entscheidend, dass wir jeden Schritt, den wir machen, betonen und auch erklären. Diese Schritte müssen langsam gemacht werden, nicht mit der grünen Brechstange. Die Menschen da draußen wollen keine apokalyptischen Aussichten von den GRÜNEN oder den Klimaklebern hören und auch nicht, dass sie von heute auf morgen ihre Heizungen rausreißen müssen. Sie wollen Klarheit und Stabilität in ihrer Lebensweise haben, und das bekommen sie, indem wir sagen: Ja, fossile Energieträger werden teurer werden, aber wir geben euch Möglichkeiten, euer Leben vom Kopf auf die Füße zu stellen, nämlich mit strombasierten Alternativen oder beispielsweise auch mit E-Fuels oder mit Wasserstoff.

(Beifall bei der FDP)

Wer also ein Elektroauto fahren oder kaufen möchte, kann das gerne tun. Für den, der aber weiterhin mit seinem Verbrenner oder Oldtimer fahren möchte, wird es E-Fuels oder Bio-Ethanol geben. Dieser technologieoffene Ansatz nimmt den Menschen Ängste und lässt sie nicht an der angeblichen Klimaapokalypse verzweifeln.

Für den Freistaat ist klar, dass die Transformation unserer Wirtschaft und Industrie nur durch einen Ausbau der erneuerbaren Energien gelingen wird. Daher muss die 10-H-Regelung endlich fallen. Unsere Stromnetze müssen schneller ausgebaut werden. Genehmigungs- und Planungsphasen müssen drastisch verkürzt werden. Die Ampel-Regierung hat dies beim Bau der LNG-Terminals vorgemacht. Nun muss die Staatsregierung in Bayern nachlegen. Für die soziale Komponente – ich glaube, das war auch Bestandteil der Aktuellen Stunde – gibt es eine einfache Lösung, nämlich die Klimadividende. Das heißt, dass Einnahmen aus dem Emis-

sionshandel pro Kopf wieder an die Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt werden sollen. Damit entlastet man vor allem ärmere Haushalte, die prozentual mehr ihres Nettoeinkommens für Heizen und Tanken ausgeben müssen.

Die Klimapolitik sollte ohne Scheuklappen und ohne Denkverbote stattfinden. So manche Pressemitteilung aus dem Umweltministerium lässt mich daran zweifeln, zum Beispiel die gestrige bezüglich der neuen Gentechnik CRISPR/Cas9. Es tut mir leid, aber dies auszuschließen und diese Form für Bayern skeptisch zu beurteilen und quasi schon im Vorfeld aus dem Weg zu räumen, finde ich falsch. Wir müssen jeden Ansatz, der uns zur Verfügung steht, nutzen, sonst wird es nichts mit dem Weg zur Klimaneutralität!

(Beifall bei der FDP)

Zur Frage, ob Bayern spitze ist, nur eine Anmerkung: Bruno Burger, Professor am Fraunhofer-Institut, hat klargestellt, dass es nicht allein um die installierte Leistung geht, sondern immer um den Bezug zur Fläche und/oder den Bezug zur Bevölkerungszahl. Wir können nicht nur sagen, wir haben soundso viel kW installierte Leistung. Bayern liegt hier eher im Mittelfeld, was zur mittelmäßigen Regierungspolitik passt. Wir haben 2021 sechs neue Windkraftanlagen genehmigt, Nordrhein-Westfalen – nur halb so groß und mit einer höheren Bevölkerungsdichte – 181.

Das heißt, man könnte zusammenfassend sagen – letzter Satz –: Wie die dpa heute zur Sitzung des Bayerischen Kabinetts mit Fokus auf Wirtschaftsthemen mitteilt, entfällt die Berichterstattung mangels Nachrichtenwert. Dies ist bildlich für die Arbeit dieser Staatsregierung und setzt sich auch im Bereich der Klimaschutzpolitik fort.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Eric Beißwenger von der CSU-Fraktion.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Unerlässlich für eine erfolgreiche Klimapolitik ist es, Klimaschutz und Klimaanpassung miteinander zu verbinden sowie durch Kommunikation und Bildung alle Menschen in Bayern zu informieren und zu motivieren, den Wandel Bayerns mitzugestalten. Ich sage bewusst: Von 1990 bis 2019 gab es einen Bevölkerungszuwachs von 16 % und eine hohe wirtschaftliche Dynamik. Trotzdem wurden 15 % Treibhausgasemissionen eingespart. Dies zeigt so viel auf: Klimaschutz und Klimaanpassung sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die im Freistaat Bayern von vielen engagierten Akteuren mitgestaltet und unterstützt wird. Den Freistaat zeichnen unter anderem ein hohes Potenzial für Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, insbesondere natürlich Solarenergie, sowie beste Voraussetzungen für die wirtschaftliche Nutzung von Tiefengeothermie aus.

Ich will aber auch betonen: 60 % aller Stromerzeugung, die deutschlandweit aus Wasser zustande kommen, kommen aus Bayern. Im Übrigen produzieren wir auch 60 % mehr Strom aus Windenergie als Baden-Württemberg, das seit Jahren grün regiert wird. Durch den Erhalt und die Stärkung natürlicher Kohlenstoffsenken wie zum Beispiel Moore, Wälder und Humus im Boden können die Emissionen von Treibhausgasen reduziert und Kohlendioxid aus der Atmosphäre in Form von Kohlenstoff langfristig gebunden werden. Der Sektor Landwirtschaft hat übrigens auch in dem von mir beschriebenen Zeitraum mit 15 % Reduktion von Treibhausgasen zum Klimaschutz beigetragen.

Dabei gilt für uns der Dreiklang aus Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialer Verträglichkeit. Wir sind der Überzeugung, dass eine kluge Klimapolitik einen In-

strumentenmix braucht, der die unterschiedlichen Potenziale und Kosten berücksichtigt, aber gleichzeitig auch eine gute Wirtschafts- und Sozialpolitik ist; denn eine Zukunft mit Verzicht auf Innovation und ein Verzicht auf nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum werden keines der drängenden globalen Probleme lösen können, insbesondere nicht im Klimawandel.

Der Freistaat stellt bis 2040 22 Milliarden Euro für den Klimahaushalt – nennen wir es so – zur Verfügung. Klimaschutz und – das will ich betonen – Klimaanpassung müssen in Zukunft noch stärker zusammen gedacht und als zwei Seiten derselben Medaille verstanden werden. Es gilt, mit bereits bestehenden Klimafolgen umzugehen, gleichzeitig aber mit aller Kraft zukünftige Risiken zu vermeiden. Eines gilt für uns: Wir müssen die Menschen mitnehmen, nicht alles bis ins kleinste Detail anordnen und die Menschen nicht mit Verboten oder Ideologie, sondern mit Technologieoffenheit überzeugen. Das ist unser Weg.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Katharina Schulze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich auf die Aktuelle Stunde gefreut, weil ich dachte, vielleicht erfahren wir endlich einmal von der CSU, wie sie sich die Gestaltung der Zukunft vorstellt. Aber ich muss sagen, Herr Huber, das, was Sie abgeliefert haben, war zum Fremdschämen. Inhaltliche Leere, egal, wohin man geblickt hat!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inhaltliche Leere, gepaart mit Ampel-Bashing und Desinformationsgerede. Nein, es wird nicht besser, wenn Sie jedes Mal behaupten, Bayern wäre beim Ausbau der erneuerbaren Energien ganz vorne dabei. Sie müssen es auf die Größe des Landes umrechnen, und hier sind wir nur Mittelmaß, beim Wind sogar ganz hinten dran. Nein, wir GRÜNE haben uns schon mehrfach klar von den Aktionen der Letzten Generation distanziert. Aber in einem Punkt sind wir ebenfalls klar: Die Klimakrise ist da, und wir müssen jetzt endlich etwas tun!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fand manche Aussagen der Redner hier an diesem Redepult recht irritierend. Sie haben alle so getan, als wäre die Klimakrise irgendetwas, was irgendwann vielleicht einmal zu uns kommt. Aber schauen Sie doch einmal: Die Klimakrise ist da: Dürre, Hitze und Starkwetterereignisse, die zu Belastungen der Natur, von uns Menschen und unserer Rettungsdienstorganisationen führen. Hier brauchen wir eine konkrete Klimafolgenanpassung, Hitzeschutz, mehr Schwammstädte, Trinkwasserschutz und Investitionen in den Katastrophenschutz. Hier von Ihnen einmal etwas Konkretes zu hören, wäre gut gewesen; aber hier kommt von Ihnen wenig bis gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Man muss es ja schon fast positiv sehen, dass heute hier nicht die Idee des Ministerpräsidenten wiederholt wurde, die Kernkraft in Eigenregie in Bayern zu betreiben. Ansonsten war von Ihrer energiepolitischen Kompetenz wenig zu hören und zu sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wir müssen massiv in die erneuerbaren Energien, in die Stromleitungen und in die Speichertechnologien investieren. Jetzt an all die – hier sehe ich vor allem die

FREIEN WÄHLER an –, die vom Wasserstoff träumen: Das ist ja schön und gut, aber Sie wissen auch, für Wasserstoff brauchen wir massiv viele erneuerbare Energien. Vielleicht erledigen Sie erst einmal dort Ihre Hausaufgaben, bevor Sie von anderen Dingen träumen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Nummer eins in Deutschland laut Habeck!)

Wir GRÜNE sind bei dem Thema auch deswegen so klar und so deutlich, weil wir erst in den letzten Tagen erleben mussten, dass die Durchschnittstemperatur global so hoch war wie noch nie. Das sind alles klare Fakten,

(Hans Herold (CSU): Kohlekraftwerke! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

auf die wir als politisch Verantwortliche reagieren müssen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Kohlekraftwerke!)

Ich weiß nicht – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dank der Ampel-Bundesregierung und dank Robert Habeck werden die erneuerbaren Energien entfesselt, und selbst Sie in Bayern müssen Windräder bauen.

(Zurufe von der CSU)

Alleine dafür hat sich die Ampel-Regierung schon gelohnt, meine Damen und Herren.

(Zurufe von den GRÜNEN: Bravo! – Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, was ich persönlich an der Debatte ehrlich gesagt am schmerzhaftesten finde?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Klimakleber! – Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Nein, am schmerzhaftesten finde ich genau so ein Gelächter wie hier gerade auf der Regierungsbank; denn ich weiß nicht, ob Sie nicht manchmal auch in Schulklassen sind, ob Sie mit Schulklassen oder mit Studierenden reden.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD) – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vielleicht kriegen Sie dann manchmal auch gespiegelt, dass es sehr viele Menschen in unserem Land gibt, vor allem junge Menschen, die richtig Angst haben,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wer macht ihnen denn hier die Angst?
– Thomas Kreuzer (CSU): Sie befeuern das doch!)

die Angst vor ihrer Zukunft haben, weil sie nicht wissen, in was für einer Gesellschaft sie aufwachsen werden, weil diese jungen Leute im Gegensatz zu Ihnen Statistiken lesen können und sehen, dass wir weniger Zeit haben als zuvor, um CO₂ zu reduzieren. Deswegen würde ich von Ihnen mal erwarten, dass Sie die CO₂-Reduktion anpacken, anstatt hier ständig Nebeneffekte anzuführen. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Anhaltende Unruhe)

Sie führen hier ständig Ablenkungsmanöver durch, damit Sie nicht daran gemessen werden, dass Sie beim Klimaschutz versagen.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Buh!)

Aber es geht darum, CO₂ zu reduzieren, damit auch noch nachfolgende Generationen gut auf unserem Planeten leben können. Dafür stehen wir GRÜNE:

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) und Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, damit wir, unsere Kinder und unsere Enkelkinder hier noch gut leben können. Da werden wir auch nicht aufhören, so eine Politik zu machen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Alexander Flierl von der CSU-Fraktion.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, jeder, der mit offenen Augen durch die Welt geht und auch in unsere Umwelt und Natur blickt, erkennt, dass wir eine ambitionierte Klimapolitik benötigen, dass wir hier viel tun müssen und dass es insbesondere auch internationaler Anstrengungen bedarf, um hier weiter voranzukommen und das Pariser Abkommen einzuhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber von der heute geführten Debatte kann man eigentlich nur festhalten, dass es äußerst enttäuschend ist, was hier von der Opposition abgeliefert wird. Liebe Kollegin Schulze, Lautstärke ersetzt eben nicht Argumente.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo!)

Ich hätte mir jetzt eigentlich vorgestellt, dass Sie, die Opposition und insbesondere die GRÜNEN, nachdem Sie ja diese Aktuelle Stunde gefordert haben, Konzepte und Vorschläge unterbreiten, was denn noch alles besser gemacht werden könnte, was nach Ihrer Ansicht notwendig wäre, um weiter voranzukommen in der Klimapolitik. Da kann ich nur feststellen: absolute Fehlanzeige. Sie haben Fragen aufgeworfen und eine vermeintliche Problemanalyse, der Sie eigentlich verhaftet sind. Aber Lösungen gab es überhaupt keine. Sie haben keinerlei Konzepte für den Klimaschutz in Bayern. Sie stehen absolut blank da.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Sie sind auch nach wie vor rein auf die Windkraft fixiert. Sie sehen nicht, dass hier für die Genehmigungshindernisse oft Bundesrecht einschlägig ist.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Warum ist NRW dann schneller?)

Sie glauben auch, den Klimaschutz an der Anzahl von Genehmigungen von Windkraftanlagen messen zu können. Damit springen Sie eindeutig zu kurz. Da kann man Ihnen nicht weiterhelfen. Wir brauchen hier sämtliche erneuerbaren Energieträger. Wir brauchen hier einfach mehr, und man kann das nicht nur an der Diskussion über Windkraftanlagen festmachen.

Diese Aktuelle Stunde ist auch ganz klar ein untauglicher Versuch, von der eigenen Verantwortung auf der Ebene des Bundes abzulenken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Geradezu peinlich wird es, Frau Schulze und Herr Kollege Hartmann, wenn Sie Ihren Bundeswirtschaftsminister Habeck loben. Entweder glauben Sie selber nicht an seine vermeintlichen Erfolge, oder es ist bei Ihnen Pfeifen im Wald, zeigt also Ihre Angst davor, hier entlarvt zu werden. Man braucht ja nur zu schauen, mit welchen Hindernissen Sie hier zu kämpfen haben, da Sie selber die Bevölkerung mit dem Gebäudeenergiegesetz maximal verunsichert haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir über Klimaschutz und Klimaanpassung sprechen und darüber, dass wir für den Klimaschutz mehr tun müssen, ist es einfach nicht nachvollziehbar, dass Holz als nachwachsender Rohstoff zunächst außen vor war und wir erst massiv dagegen vorgehen mussten, damit es überhaupt weiter aufgenommen wird. Auch das unterstreicht doch einmal mehr – und das Gebäudeenergiegesetz ist das beste Beispiel dafür –, dass bei Ihnen einfach Ideologie vor Logik, vor Argumenten

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

und vor den notwendigen neuen Technologien geht. Die müssen wir entsprechend ausbauen, weil wir hier zusätzlich auf einen breiten Instrumentenkasten setzen müssen. Deswegen ist es an Ihnen, das verspielte Vertrauen in der Bevölkerung wiederzugewinnen.

Wenn wir bei den Rahmenvorgaben des Bundes sind, dann sollten Sie sich in der Ampel in Berlin für passende Finanzierungsinstrumente für die Länder und für die Kommunen einsetzen, vor allem dafür, dass wir an der CO₂-Bepreisung beteiligt werden, dass wir eine erhöhte und vor allem verpflichtende Beteiligung der Kommunen an den Erträgen der Windkraftanlagen bekommen

(Florian von Brunn (SPD): Das hätten Sie alles bereits regeln können!)

und dass insbesondere auch Anreize für Maßnahmen zur Speicherung von Kohlenstoff in lokalen Kreisläufen geschaffen werden. Das wäre nämlich notwendig.

Wir sorgen hier dafür, dass die Mittel für die Wiedervernässung von Mooren vorhanden sind, dass mehr für den Humusaufbau getan wird und auch die Aufforstung vorankommt. Wir unterstreichen mit unseren 150 Maßnahmen, mit unserem Klimaktionsprogramm, welchen Weg wir gehen wollen. Jede einzelne Maßnahme ist es wert, dass sie für sich betrachtet wird und dass zur Kenntnis genommen wird, dass Bayern hier Unwahrscheinliches für den Klimaschutz und für die Anpassung an den Klimawandel leistet.

Sie tragen hierzu überhaupt nichts bei. Außer Schlechtreden können Sie nichts. Das bleibt auch Ihre Rolle in der Opposition. Sie haben keine Konzepte für den Klimaschutz, und Sie haben auch keine Konzepte für Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Flierl. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kollegin Eva Lettenbauer von der Fraktion der GRÜNEN auf. Bitte schön, Frau Lettenbauer.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin entsetzt, vor allem auch von den Worten,

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich aber auch!)

die Kollege Huber, die Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN hier gefunden haben. Herr Huber, Sie haben von uns als Klimaheuchlern gesprochen. Da frage ich mich doch, wann Sie endlich in der Realität ankommen. Die Klimakrise ist Realität. Das ist wahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Alexander König (CSU): Sie sind doch gerade erst gekommen!)

Kommen Sie an, und sorgen Sie für die Menschen in unserem Land, die die Klimakrise spüren. Sie verbreiten hier massive Fake News, eine an die andere gereiht!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Welche Fake News?)

Die Behauptung, seit der Ampel-Regierung sei der deutsche CO₂-Ausstoß durch Stromerzeugung der höchste in Europa, ist einfach falsch. Wir sind auf Platz acht. Wie können Sie da hier erzählen, dass die Ampel-Regierung den höchsten CO₂-Ausstoß in Europa verursacht?

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Mit Ihrem Populismus spalten Sie die ganze Gesellschaft. Sie spielen Menschen gegeneinander aus,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und Sie arbeiten nicht an Lösungen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Deshalb fordere ich Sie auf: Beginnen Sie endlich hier im Hohen Haus und auch darüber hinaus damit, verantwortungsvoll zu arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Spalter sind die GRÜNEN!)

Mit Ihrem Populismus sind Sie nämlich diejenigen, die die Menschen verunsichern,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Euer Heizungsgesetz! – Anhaltende Unruhe)

weil Sie eine Falschmeldung und eine Lüge nach der anderen über Gesetze und Kosten verbreiten. Sie machen Angst. Sie lassen die Menschen nicht mehr ruhig auf dem Sofa sitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denken Sie doch mal eine Minute, vielleicht aber auch eine Stunde im Jahr oder zehn Jahre über so eine Rede hier hinaus, über so ein kurzes Klatschen im Bierzelt hinaus.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wir sind hier nicht im Bierzelt! – Unruhe)

Wenn Sie jetzt Klimaschutzmaßnahmen verzögern, dann bedeutet das, dass unsere Zeit immer weniger wird. Wer jetzt Klimaschutzmaßnahmen verzögert,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

der sorgt dafür, dass kurz vor 2040 dann wirklich harte Maßnahmen notwendig werden.

(Alexander König (CSU): Bitte kleben Sie sich fest, damit wir gehen können!)

Gehen Sie den Weg mit uns, und sorgen Sie dafür, dass wir Schritt für Schritt Klimaschutz umsetzen und ihn nicht aufschieben. Das ist verantwortungsvolles Handeln für die Menschen hier in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen hier in Bayern wissen nämlich, dass ihr Leben in einem stabilen Klima geschützt werden muss, dass dafür etwas getan werden muss und dass dafür jetzt Schritt für Schritt Anpacken statt Verzögern notwendig ist.

(Zuruf: Klug daherreden! – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist ja unglaublich!)

Ich möchte und muss auch richtigstellen, dass wir GRÜNE selbstverständlich für die Windkraft und für eine billige Stromerzeugung kämpfen wie keine andere Partei. Wenn Sie erzählen, wir würden 40 Windräder verhindern, dann ist auch das einfach falsch.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerenergiebeteiligung in die Ausschreibung hineinkommt. Das ist alles andere als Verhindern. Das ist ein Umsetzen der Energiewende mit den Bürgerinnen und Bürgern, und zwar für billigen Strom und für unser Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Ich frage Herrn Söder trotz seiner Abwesenheit mit Blick auf die Klimakrise und auf das alltägliche Leben der Menschen und der Kinder hier in Bayern: Wollen Sie wirklich der alte grantige Großvater werden, der seinen Kindern und Kindeskindern die Zukunft verbaut hat? – Vor allem für die Kinder hier in Bayern muss klar sein, dass jedes Kind sicher und geborgen aufwachsen kann und dass jedes Kind, das das möchte, einen qualitätsvollen Kitaplatz bekommt und frühkindliche Bildung genießen kann. Bayern muss endlich Kitaplätze ausbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem verstaubten und alten Denken, das wir in der Klimaschutzpolitik sehen – die aber so gut wie nicht vorhanden ist –, geht es nicht weiter. Wir müssen aber auch die Arbeitsbedingungen in den Kitas verbessern, und zwar von Anfang an. Wir müssen Auszubildenden ein gutes Azubi-Gehalt zahlen – auch hierbei sehen wir verstaubtes, altes Denken. Damit kommen wir definitiv nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, für welches Bundesland ist diese Rede? – Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU) – Zurufe von Abgeordneten der AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Klimaschutz, Wasserschutz, Energiewende, aber auch soziale Politik für die Kinder und alle Generationen ist Politik für die Menschen und auch Menschheitsschutz, den wir hier in Bayern brauchen. Wir GRÜNE machen Politik für die Menschen. Ich lade Sie alle ein, endlich zu einem fairen, menschlichen und verantwortungsvollen Miteinander zu kommen, zu Diskussionen auf Faktenbasis. Dann können wir für

Bayern etwas bewegen sowie Wohlstand, Arbeitsplätze und eine gute Zukunft für Bayern sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe als nächsten Redner den zuständigen Staatsminister Thorsten Glauber auf. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Schulze, Herr Hartmann, Frau Lettenbauer, Herr von Brunn, wer schreit, hat selten recht. Mit Geschrei können Sie das Parlament nicht überzeugen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie uns einmal auf die Fakten schauen. Frau Schulze, Herr Hartmann, Herr von Brunn, haben Sie eigentlich den Klimabericht gelesen? –

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Nein!)

Nein! Sie haben ihn nicht gelesen, weil Sie nämlich ausweislich Ihrer Rede nicht verstanden haben, dass der Klimabericht für die Jahre 2019 und 2020 als Perspektive gilt. Damals hatte Bayern noch kein Klimaschutzgesetz. Damals hatte Bayern auch noch keine 150 Maßnahmen im Ausbau, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn Sie schon über Bildung in Schulen sprechen, dann sollten Sie damit anfangen, selber Lesen zu lernen; wenn man Lesen lernt, kann man einen Klimabericht auch korrekt wiedergeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Florian von Brunn (SPD): Haben Sie die Zahlen gesehen oder nicht?)

Bayern steht momentan bei 7,3 Tonnen und liegt damit 31 % unter dem Bundesdurchschnitt. Das ist ein Fakt. In den letzten zehn Jahren sind rund eine Million Menschen nach Bayern zugezogen. Damit ist Bayern gewachsen und hat es trotzdem geschafft, seinen CO₂-Ausstoß zu reduzieren, und hat damit schon ein großes Ziel erreicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das ist sehr gut!)

Fakten zum Ausbau der erneuerbaren Energien: Sie führen immer die Windkraft an. Als Allererstes mal zu Ihrem Verständnis der Wirtschaftspolitik: Herr Hartmann, Sie behaupten, dass andere Bundesländer es schaffen würden, die erneuerbaren Energien komplett für die Versorgung im Land herzunehmen. Herr Hartmann, das ist richtig; aber das zeigt auch Ihr Verständnis von Wirtschaftspolitik. Schauen Sie sich zwei nördliche Bundesländer an. Ich nenne Ihnen Zahlen. Schleswig-Holstein hat ein Bruttoinlandsprodukt von 38.000 Euro pro Kopf. Mecklenburg-Vorpommern hat ein Pro-Kopf-Einkommen, ein BIP von 28.000 Euro. In Bayern liegt das BIP bei 61.000 Euro pro Kopf. Sie wollen also im Prinzip ein Land mit zehn DAX-Unternehmen, das wirtschaftsstärkste Bundesland, das im Prinzip unter Volllast steht, mit Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein vergleichen. Mit Verlaub, das ist keine Wirtschaftspolitik. Das ist, finde ich, eher eine Märchenstunde als Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deshalb ist es auch richtig, dass in Bayern eine Koalition aus FREIEN WÄHLERN und der CSU regiert; denn sonst würde dieses Land einen anderen Weg gehen. Das wollen aber wir alle in Bayern nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf von den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Faktencheck Ländervergleich: Sie behaupten – seit 2011 regieren Sie von den GRÜNEN in Baden-Württemberg –, Sie könnten eine bessere Energiepolitik gestalten.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Hören Sie zu! – Faktencheck: Bayern hat eine Fläche von rund 70.000 Quadratkilometern. Baden-Württemberg hat eine Fläche von rund 36.000 Quadratkilometern.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist halb so groß!)

– Halb so groß. – Bayern hat die Kapazitäten der Photovoltaikanlagen um 21 Gigawatt ausgebaut, Baden-Württemberg lediglich um 9 Gigawatt. Das ist der Faktencheck. Damit ist klar, wer die Nase vorne hat. Herr Hartmann, die GRÜNEN regieren in Baden-Württemberg seit 2011.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Faktencheck Biomasse: Wenn Sie beim Faktencheck Biomasse gewonnen hätten, würden jetzt alle Hackschnitzel-Heizwerke nicht mehr funktionieren. Wenn Sie Ihr Gebäudeenergiegesetz durchgesetzt hätten, würde der Waldumbau bei uns am Ende nicht stattfinden.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Wir sind gottfroh, dass Sie in Bayern nicht regieren, weil wir dafür sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Alexander König (CSU): Gott sei Dank! – Zurufe der Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE) und Florian von Brunn (SPD))

Faktencheck Geothermie: In keinem anderen Bundesland gibt es so viel Tiefengeothermie wie in Bayern. Wir haben das Molassebecken. Wir brauchen von Ihnen keine Nachhilfe, wenn es um Tiefengeothermie und oberflächennahe Geothermie geht. Bayern ist Geothermie-Land, Bayern ist Biomasse-Land.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Bei der Biogasanlagen-Dichte sind wir grundlastfähig. In Baden-Württemberg können sie davon nur träumen. Deshalb ist klar: Bayern kann Energiewende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie haben natürlich recht – da braucht man gar nicht drum herumreden –: Bei der Windkraft stehen wir tatsächlich im Mittelfeld. Wir stehen aber immer noch vor Baden-Württemberg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Tatsächlich ist es so, dass der Windkraftausbau – das gehört auch zur Wahrheit – natürlich mit der 10-H-Regelung in Bayern zum Stocken gekommen ist. Aber wir haben uns drangemacht. Herr von Brunn, der Umweltminister erfreut sich bester Gesundheit, weil wir in den letzten Wochen und Monaten die sogenannten Regionalplanungen vorangetrieben haben, damit wir das 1,8-Prozent-Ziel deutlich überschreiten und beim Windkraftausbau jetzt wirklich Fahrt aufnehmen.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Jürgen Mistol (GRÜNE))

Dazu waren die Vorarbeiten zu leisten. Ihre Bundesregierung war nicht bereit, den Ländern FAQs an die Hand zu geben. Ihre Bundesregierung war nicht bereit, für die Windkraft Leitfäden auszuarbeiten. Sie wollten das nicht machen.

(Florian von Brunn (SPD): Das müssen Sie schon noch selber machen!)

Jetzt gibt es in Deutschland 16 verschiedene artenschutzrechtliche Bestimmungen. Sie wollten es nicht machen, Ihr Wirtschaftsminister wollte es nicht, Ihre Umweltministerin wollte es nicht.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das haben sie doch gemacht!)

Wir machen es in Bayern und werden auch die Windkraft deutlich ausbauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Natürlich hat das Klimaschutzgesetz verschiedene Säulen: die erneuerbaren Energien, die Klimaarchitektur, die natürlichen CO₂-Senken, die smarte Mobilität, natürlich Green-IT und Greentech-Heizinnovationen. Die einzelnen Bausteine haben wir in den letzten vierdreiviertel Jahren dieser Regierung in 150 Maßnahmen mit 1,7 Milliarden Euro begleitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, unser Wunsch an den Bund wäre, die Länder an der CO₂-Bepreisung endlich mal zu beteiligen, damit Gelder aus den Einnahmen des Bundes von mittlerweile fast 30 Milliarden auch an die Länder gingen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir würden unsere Kommunen gerne beteiligen. Wir machen es mit bayerischem Geld, wir würden aber auch das Bundesgeld gut einsetzen, damit unsere Gemeinden und unsere Städte tatsächlich beim Klimaschutz aktiv werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Freistaat Bayern hat einen Haushalt aufgestellt, der dem Klimaschutz in der Transformation wirklich einen Namen gibt. – Frau Schulze, Sie können davon überzeugt sein, dass Sie nicht die Einzige sind; von diesem Parlament sind hoffentlich alle in Schulen. Mit Alarmismus wird man jungen Menschen die Zukunft aber nicht wirklich gut darstellen können.

Ich bin der Meinung, wir sollten jungen Menschen die Hand reichen. Wir sollten sie an die Hand nehmen und ihnen eine gute Zukunft und eine gute Perspektive bieten. Im Fernsehen und bei der Berichterstattung in den sozialen Medien gibt es permanent negative Berichterstattung. Mit Ihrem Alarmismus werden Sie diese negative Berichterstattung nur triggern.

(Hans Herold (CSU): Genau so ist es!)

Wir brauchen gute Botschaften, wir brauchen Positives!

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dann machen Sie gute Politik! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er macht gute Politik!)

Das ist auch eine Einstellung in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns? – Wir haben in dieser Periode bei der Windkraft noch einmal einen Dreh gemacht. Wir haben versucht, beim Windkraftausbau gemeinsam einen neuen Weg zu gehen. Darauf hat sich diese Regierung auch verständigt. Wir haben diesen Weg für uns beschlossen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): 2032! In neun Jahren!)

– Herr Hartmann, Sie haben beim Gebäudeenergiegesetz alle Zurufe ignoriert, egal ob vom Handwerk, von der Wirtschaft, von der Wissenschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie glaubten mit Ihrem – –

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das stimmt doch nicht!)

– Doch, so war's! Herr Hartmann, Sie zeigen immer wieder, dass Sie keine Ahnung vom Gebäudeenergiegesetz haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie waren leider einfach völlig monokausal unterwegs. Für Sie gab's nur noch die Wärmepumpe.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Stimmt doch nicht!)

Die Wärmepumpe hat beim Neubau einen Vorteil. Sie ist aber beim Altbau das völlig falsche Instrument!

(Florian von Brunn (SPD): Herr Glauber, wir sind nicht schwerhörig!)

Sie verstehen es eben nicht. Wer Fachliches nicht kann, der hat auch Mitregieren nicht verstanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage deshalb noch mal zu Ihrem Gebäudeenergiegesetz und Ihrem Wirtschaftsminister: Dass Sie der Gesellschaft überhaupt so einen Murks anbieten, hat gezeigt, wie weit Sie von den Menschen weg sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie haben Menschen beschämt, und Sie haben 90 % der Menschen in die Enge getrieben. Wir jedenfalls werden eine andere Politik machen, weil wir bei den Menschen sind.

(Lang anhaltender Beifall – Florian von Brunn (SPD): Oberschreiminister Glauber! – Gisela Sengl (GRÜNE): Wer schreit, hat nicht recht!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister Glauber. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde.

(Unruhe)

Alle werden wieder schön ruhig. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Vorab ist über drei Anträge gesondert abzustimmen.

Zunächst lasse ich abstimmen über den

**Antrag der Abgeordneten
Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u. a. (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung und Förderung der bäuerlichen Herdbuchzucht in
Bayern (Drs. 18/28859)**

Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt Zustimmung. Wer diesem Antrag – das ist die Listennummer 59 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Plenk, Rieger und Sauter. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das sind der Kollege Swoboda (fraktionslos) und die AfD. Dann bitte ich Stimmenthaltungen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Meine Damen und Herren, damit ist dem Antrag zugestimmt.

(Zuruf)

– Was haben wir noch? – Der Herr Busch (fraktionslos) sitzt da hinten. Enthaltung.
– Danke, das nehmen wir zu Protokoll.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den

**Antrag der Abgeordneten
Barbara Becker, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u. a. (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u. a. und Fraktion
(FREIE WÄHLER)
Wiederverwendung von Wasser aus Kläranlagen (Drs. 18/29483)**

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt Zustimmung. Wer diesem Antrag mit der Listennummer 177 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und die fraktionslosen Abgeordneten Plenk, Bayerbach und Rieger. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Ich bitte die Stimmenthaltungen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FDP und der fraktionslose Abgeordnete Busch. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Ich lasse nun abstimmen über

Antrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD),
Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**
**zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
hier: Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine
Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer
Berufsreglementierungen (Drs. 18/29502)**

Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt Zustimmung. In § 2 des Antrags ist noch das Datum des Inkrafttretens einzusetzen. Es wird vorgeschlagen, den 21. Juli 2023 einzufügen.

Wer dem Antrag mit Listennummer 179 zur Änderung der Geschäftsordnung mit diesem Inkrafttretensdatum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Rieger, Busch und Sauter. Dann frage ich nach den Gegenstimmen. – Gegenstimmen der beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Damit ist dem Antrag zugestimmt.

(Zuruf)

– Enthaltung? – Ich bitte die Enthaltungen anzuzeigen. – Das sind die Fraktion der AfD und der Kollege Bayerbach (fraktionslos).

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind zunächst alle Fraktionen und die fraktionslosen Abgeordneten Rieger und Sauter. Dann bitte ich die Gegenstimmen anzuzeigen. – Dann bitte ich die Stimmenthaltungen anzuzeigen. – Das sind die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Swoboda, Plenk und Bayerbach. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Wahlen von berufsrichterlichen Mitgliedern des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Der Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass mit Ablauf des 31. August 2023 die Amtszeit des berufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Herrn Hans-Uwe Kahl und mit Ablauf des 24. September 2023 die Amtszeit des berufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Herrn Andreas Schmitz endet. Der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs schlägt beide zur Wiederwahl vor.

Darüber hinaus endet mit Ablauf des 24. September 2023 die Amtszeit des berufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Frau Judith Müller. Als deren Nachfolger wird Herr Dr. Jörg Singer, Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, vorgeschlagen. Die Richterinnen- und Richter-Wahl-Kommission hat in ihrer Sitzung am 12. Juli 2023 den Vorschlägen des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs zugestimmt und beschlossen, der Vollversammlung zu empfehlen, diese Wahlvorschläge anzunehmen. Die vorgeschlagenen Kandidaten sind bereit, im Fall der Wahl die Ämter anzunehmen, und haben die entsprechenden Erklärungen gemäß Artikel 6 des Verfassungsgerichtshofgesetzes abgegeben.

Eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt. Wir kommen damit gleich zur Wahl. Diese wird in geheimer Form durchgeführt. An Ihrem Platz finden Sie die hierfür benötigten drei farbigen Stimmzettel vor. Wir führen für jeden Kandidaten einen eigenen Wahlgang durch. Das heißt, es finden insgesamt drei Wahlgänge statt. Bitte verwenden Sie für jeden Wahlgang ausschließlich den jeweiligen Stimmzettel sowie Ihre Namenskarte. Sofern Ihnen Ihre Stimmkartentasche mit Ihrer gelben Namenskarte nicht vorliegt, ist diese in Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal hinterlegt.

Enthaltungen sind gültige Stimmen, und unverändert abgegebene Stimmzettel gelten als Enthaltungen. Ungültig sind abgegebene Stimmzettel, wenn sie Zusätze oder Veränderungen enthalten.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. Das Prozedere ist Ihnen bekannt. Bitte werfen Sie die Namenskarte und den jeweiligen Stimmzettel nicht selbst in die Urnen, sondern händigen Sie diese den hierfür bereitstehenden Mitarbeitern des Landtagsamts aus.

Wir beginnen mit der Wahl von Herrn Hans-Uwe Kahl. Bitte verwenden Sie hierfür den weißen Stimmzettel. Für den Wahlvorgang stehen fünf Minuten zur Verfügung. Wir beginnen mit der Wahl.

(Stimmabgabe von 14:31 bis 14:36 Uhr)

Haben alle Mitglieder des Hauses ihre Stimme abgegeben? – Damit ist dieser Wahlgang geschlossen.

Wir machen zwei Minuten Pause, damit die Wahlurnen geleert und wieder bereitgestellt werden können. Nur zur Erläuterung: Bei Wahlen beträgt die Abstimmungszeit fünf Minuten, bei namentlichen Abstimmungen drei Minuten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fahren mit der Wahl von Herrn Andreas Schmitz fort. Bitte verwenden Sie hierfür den gelben Stimmzettel. Für den Wahlvorgang stehen erneut fünf Minuten zur Verfügung. Wir beginnen mit der Wahl.

Jetzt! Hört mich jeder? – Der Wahlgang hat begonnen. Bitte schön, werfen Sie ein. Fünf Minuten Zeit.

(Stimmabgabe von 14:39 bis 14:44 Uhr)

Haben alle abgegeben? – Hiermit ist der Wahlgang beendet. Es gibt wieder eine kurze Pause. Ich befürchte, dass wir drei Minuten brauchen, weil die Urnen so schwer aufgegangen sind, wie ich gerade gehört habe. Dann machen wir drei Minuten.

(Unterbrechung von 14:45 bis 14:49 Uhr)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe gerade gehört, dass das Schloss einer Wahlurne defekt war. Das Problem ist gelöst.

Damit kommen wir zum letzten Wahlgang.

(Unruhe)

– Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit, damit Sie wissen, wer zur Wahl steht. Wir kommen zur Wahl von Herrn Dr. Jörg Singer. Bitte verwenden Sie hierfür den blauen Stimmzettel. Auch für diesen Wahlvorgang stehen fünf Minuten zur Verfügung. Wir beginnen mit der Wahl.

Sie haben noch eine Minute. Ich bitte Sie, unverzüglich Ihren Weg zur Wahlurne zu finden, damit wir sofort und unverzüglich mit dem nächsten Tagesordnungspunkt weitermachen können.

(Stimmabgabe von 14:50 bis 14:55 Uhr)

So, haben alle ihre Stimmen abgegeben? – Dann ist der Wahlgang hiermit beendet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wahlergebnisse werden später bekannt gegeben.

Ich rufe sofort den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Schlussbericht
des Zweiten Untersuchungsausschusses des Landtags zur weiteren
Aufklärung des NSU-Komplexes (Drs. 18/21923, 18/22844)
(Drs. 18/29926)**

Bevor wir in die Aussprache eintreten, erteile ich zur allgemeinen Berichterstattung dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Herrn Kollegen Toni Schuberl das Wort. Hierfür stehen ihm zehn Minuten Redezeit zur Verfügung.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Dank beginnen. Die Zusammenarbeit im Ausschuss war sehr kollegial und von Respekt geprägt. Wir haben sehr viel ausdiskutiert und konnten viele Kompromisse schließen. Natürlich hat es schon auch mal gekracht, und der Streit musste auch zweimal im Plenum ausgetragen werden. Trotzdem möchte ich festhalten, dass wir immer nur in der Sache gestritten haben und nicht persönlich geworden sind.

Für diese Atmosphäre möchte ich mich bei der Kollegin und bei den Kollegen bedanken, stellvertretend bei Josef Schmid und Holger Dremel, die meine Stellvertreter waren. Besonders danken möchte ich dem Justizariat, namentlich Frau Hohagen und Frau Bründl für das sehr professionelle und über das normale Maß hinausgehende Engagement, um die vielen Herausforderungen unseres Ausschusses zu bewältigen. Den Mitarbeitenden aus allen Fraktionen möchte ich auch danken, da diese die Hauptlast der Recherche getragen haben. Auch für den Stenografischen Dienst, die Offizianten und die Beauftragten in den Ministerien war es sicher nicht immer einfach. Das gilt vor allem für die stundenlangen Sitzungen bis in die Nacht hinein. Einmal haben wir fast 13 Stunden am Stück getagt. Eine Vielzahl von Beamtinnen und Beamten der Polizei hat monatelang Akten gesucht und digitalisiert, um sie dem Ausschuss vorzulegen. Auch hierfür sage ich Ihnen vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP)

In 36 Sitzungen im, wie ich finde, dafür namentlich sehr passenden Weiße-Rose-Saal haben wir 80 Zeuginnen und Zeugen vernommen und 12.027 Akten bearbeitet. Ich habe nicht nachgezählt, aber es wurde gesagt, dass es weit über 1,6 Millionen Seiten waren. Leider wurde die Hälfte dieser Akten erst kurz vor Ende des Untersuchungsausschusses vorgelegt, sodass wir bei Weitem nicht alles bearbeiten konnten. Diese Akten sollten dem von der Bundesregierung geplanten zentralen Archiv für Rechtsterrorismus gegeben werden, damit die Forschung hier in Zukunft weiterarbeiten kann.

Wir haben versucht, unsere 150 Fragen – inklusive der Teilfragen sind es sogar 236 Fragen – soweit wie möglich zu beantworten. Da sind einige spannende Ergebnisse herausgekommen. Der offene Abschlussbericht umfasst 396 Seiten. Er ist hier.

(Der Redner hält den Bericht hoch)

Dazu kommt ein weiterer Abschlussbericht von uns GRÜNEN mit über 800 Seiten, der jedoch nicht offen verwendet werden darf.

Wir konnten eine ganze Reihe von Zeuginnen und Zeugen vernehmen, die bisher noch nie jemand vernehmen konnte. Das war nicht immer einfach. Manche haben sich vehement dagegen gesperrt, auch mit einem Anwalt, und konnten dann nur durch eine ähnliche Vehemenz vonseiten des Ausschusses dazu gezwungen werden, doch auszusagen. Manche Zeugen haben geschrien, haben uns beleidigt und mussten am Ende dennoch reden. Klare Haltung und ruhige Art haben unsere Vernehmungsweise geprägt. Ich musste als Vorsitzender keine einzige Frage zurückweisen. Auch das ist wohl ein Novum in der Geschichte des Bayerischen Landtags. Für mich war es eine sehr spannende und lehrreiche, wenn auch zeitintensive Erfahrung.

Jetzt komme ich zur Kritik an der Staatsregierung. Selbst uralte Akten sind immer noch sehr streng eingestuft. Immer noch gibt es massive Schwärzungen. Diese sind jetzt teilweise sehr viel stärker geschwärzt als noch vor zehn Jahren beim ersten UA. Akten mit dem Verschlussgrad "NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH" können in anderen Bundesländern offen, in öffentlicher Sitzung verwendet werden, da die Verwendung im Untersuchungsausschuss als Dienstgebrauch gesehen wird. Bei uns in Bayern sind diese Informationen nur in nicht öffentlicher Sitzung verwendbar gewesen. Wir durften diese auch nicht im Bericht verwenden. Dies führte im Abschlussbericht zu weitreichenden Schwärzungen. Die Aussagebeschränkungen für Zeug*innen des Verfassungsschutzes waren zu restriktiv. Das gipfelte darin, dass der Präsident des Verfassungsschutzes in öffentlicher Sitzung eigentlich nicht einmal seinen Namen hätte nennen dürfen.

Wir hatten behördliche Zeugenaussagen, die nicht der Wahrheit entsprachen. Uns wurde beispielsweise gesagt, dass es keine V-Personen der Polizei in der rechts-extremen Szene gegeben habe, sondern nur V-Leute des Verfassungsschutzes. Das haben wir immer und immer wieder gefragt und haben immer die gleiche Antwort bekommen, dass so was nicht gemacht werde. Wir wissen aber aus den Akten, dass dies nicht stimmt. Mindestens eine V-Person der Polizei ist gegen einen Rechtsextremisten eingesetzt worden. Das fanden wir nur zufällig, weil wir keine Akten von V-Personen der Polizei bekommen hatten. Das sind meiner Meinung nach Falschaussagen.

Ein zweiter Punkt hat mich persönlich sehr geärgert. Uns wurden erst im Nachhinein Quellenberichte des V-Manns Dalek aus der relevanten Zeit, nämlich 1997 und 1998, zugeliefert. Erst mussten wir nachweisen, dass da noch Berichte sein müssten. Erst dann haben wir sie bekommen. Immer wieder wurde aber von Behörden-seite betont, dass es keine weiteren Berichte gebe, und insbesondere keine Be-

richte, in denen von Waffen die Rede sei. Wir wissen aber, dass es einen Bericht Daleks zu Waffen in der rechtsextremen Szene und zu potenziellen Rechtsterroristen aus dem Oktober 1997 gegeben hat. Der Verfassungsschutz hat sich aber bis zuletzt geweigert, Auszüge aus dieser Akte herauszugeben, obwohl der Ausschuss dies einstimmig gefordert hatte. Das ist so nicht akzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Zu den Erkenntnissen des Ausschusses möchte ich mehrere Punkte herausgreifen. Mein Kollege Cemal Bozoğlu wird noch auf weitere Punkte eingehen. Zur Rolle des V-Manns Dalek und des Verfassungsschutzes werde ich in der folgenden Aussprache noch etwas sagen.

Ein wichtiger Aspekt war für uns das Taschenlampenattentat in Nürnberg 1999. Das ist der erste bekannte Anschlag des NSU. Keine Institution hat dieses Verbrechen bisher endgültig ausermittelt, weil die Ermittlungen im NSU-Prozess hierzu eingestellt worden sind. Wir als Untersuchungsausschuss waren sozusagen die letzte Instanz, die dies tun konnte. Daher haben wir diesem Kapitel große Aufmerksamkeit gewidmet. Es gab viele Widersprüche – auch in den Aussagen – und Fragezeichen, die wir aber größtenteils auch auflösen konnten.

Ein großer Fehler 1999 war die Einstufung dieses versuchten Mordes als fahrlässige Körperverletzung. Erklärbar wurde das nur dadurch, dass bei 100 bis 150 Fällen pro Monat eine Staatsanwältin in Vollzeit durchschnittlich nur eine Stunde pro Fall hat; dabei wird ein Schwerpunkt auf die Fälle gelegt, bei denen Täter bekannt sind und auch Gerichtsverfahren durchgeführt werden. Diese Überlastung der Justiz ist gefährlich, und auch heute noch bräuchten wir sehr viel mehr Personal in der Justiz, um solche Situationen zu vermeiden.

Wirklich schockierend war aber, dass die Staatsanwältin als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss auch heute nicht eingesehen hat, dass die Tat als versuchter Mord hätte eingestuft werden müssen. Hier fehlt eine souveräne Fehlerkultur. Diese falsche Einstufung hatte auch praktische Folgen: Wäre die Tat als versuchter Mord erkannt worden, wären die Asservate nicht entsorgt worden; zumindest auf den Splittern der Taschenlampe hätte man vielleicht im Nachhinein noch DNA finden können. Diese Splitter wurden nämlich – im Gegensatz zum Rohr der Rohrbombe – nicht auf 1.000 Grad erhitzt.

Zu Beginn der Ermittlungen zum Taschenlampenattentat ist der Staatsschutz hinzugezogen worden. Dies erschien uns erst einmal positiv zu sein; denn wir hatten nicht erwartet, dass hier ausnahmsweise in Richtung Rechtsextremismus überlegt worden ist. Die Überraschung ist schnell Ernüchterung gewichen. Der Staatsschutz wurde nämlich nicht wegen der Frage des Rechtsextremismus hinzugezogen – daran hatte man gar nicht gedacht –, sondern wegen des Verdachts auf Ausländerkriminalität. Das ist das typische Muster: Bei einem migrantischen Opfer dachten die Sicherheitsbehörden nicht an Rechtsextreme, sondern wieder einmal automatisch an migrantische Täter. Leider zeigten behördliche Zeugen auch heute noch vor dem Untersuchungsausschuss Lücken in der Analysekompetenz bezüglich Rechtsextremismus. Hier muss nachgebessert werden.

Nun zu den Ermittlungen nach 2011: Der Generalbundesanwalt und das BKA haben sich viel zu früh auf das Trio festgelegt; das zeigen mehrere Vermerke. Das muss ich kurz erklären: Es gab Betroffene auf Adresslisten des NSU, die als Gefährdete informiert worden sind. Aber es sind nur diejenigen informiert worden, die wirklich auf den großen ausgedruckten oder digitalen Listen standen. Die anderen, die nur auf den Listen mit handschriftlichen Bemerkungen oder den kleineren Listen standen und bei denen die Behörden davon ausgingen, dass sie das Trio persönlich ausgespäht hat, wirklich vor Ort gewesen ist und diese ausgewählt hat, um

sie zu ermorden, wurden nicht informiert, weil ja keine Gefahr mehr besteht. Die Uwes sind tot, und Zschäpe ist eingesperrt. Das war im November oder Dezember 2011 ganz kurz nach der Selbstenttarnung. Sie gingen davon aus, dass sie keinen Kontakt nach außen hatten; damals gingen sie schon davon aus. Das war viel zu früh; das ist skandalös. Das führt auch dazu, dass Ermittlungen bayerischer Beamter im rechtsextremen Milieu beendet worden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Untersuchungsausschuss war notwendig. Er hat in einer Vielzahl von Aspekten Fragen beantworten können. Unser Versprechen, weitere Puzzlestücke zum Bild des NSU-Komplexes beizutragen, konnten wir einlösen. Es fehlt in den Behörden aber immer noch die Bereitschaft, eine souveräne Fehlerkultur zu leben. Statt einzugestehen, was schlecht gelaufen ist, um in Zukunft besser zu werden, wird stur verteidigt und Kritik zurückgewiesen. Das muss sich in Zukunft ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schubert. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Holger Dremel von der CSU-Fraktion aufrufen. Herr Kollege Dremel, Sie sind am Zug.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der NSU-Terror in Deutschland hat nicht nur Bayern, sondern auch Deutschland in Angst und Schrecken versetzt. Den Hinterbliebenen, Opfern und Angehörigen gilt an dieser Stelle zuerst einmal unser aufrichtiges Mitgefühl.

Wir haben diesen NSU-Untersuchungsausschuss in das Licht gestellt, die Hoffnungen der Angehörigen, der Opfer und Hinterbliebenen letztendlich zu befriedigen. Wir müssen nach vielen langen Sitzungen sagen: Wir haben das Wie und das Warum leider nicht aufklären können. Wir waren der 15. Untersuchungsausschuss in ganz Deutschland, und auch ein umfangreicher Prozess vor dem Oberlandesgericht München – nicht Nürnberg, Herr Kollege – hat stattgefunden.

Der Untersuchungsausschuss NSU II – der Name sagt es bereits – hat eine Sonderstellung, weil es bereits der zweite Untersuchungsausschuss in Bayern war. Wir haben uns schwerpunktmäßig damit beschäftigt, ob es in Bayern Personen gab, die das NSU-Kerntrio bei der Planung und Begehung seiner Taten unterstützt haben. Es ging nicht wie in vielen anderen Untersuchungsausschüssen um eine Kontrolle des Handelns der Staatsregierung, sondern um das mögliche Verhalten auch von Privatpersonen.

Meine Damen und Herren, auch wenn ich das Lob des Herrn Vorsitzenden bestätigen muss, dass wir sehr konstruktiv und sehr sachlich zusammengearbeitet haben, kann ich nicht verhehlen, dass wir oft über die Zulässigkeit von Fragen diskutiert haben und oft uneinig darin waren, ob eine Frage vom Untersuchungsauftrag noch gedeckt oder nicht mehr gedeckt ist. Über weite Teile aber – ich habe es bereits gesagt – haben wir konstruktiv und sachlich zusammengearbeitet.

Die Hauptfrage des Untersuchungsauftrages war: Gab es ein bayerisches Unterstützernetzwerk des NSU-Kerntrios? Alle Fraktionen – sowohl die SPD, die AfD als auch die Regierungsfaktionen und die Fraktion des Vorsitzenden – kommen zu dem Schluss, dass es keine Beweise für ein bayerisches Unterstützernetzwerk des NSU-Kerntrios gibt. Die FDP hat sich zu dieser Kernfrage in ihrem Minderheitenbericht nicht geäußert.

Angesichts des Umfangs unseres Abschlussberichts kann dieser nicht im Detail vorgestellt werden. Ich verweise hier auf die Drucklegung und kann natürlich nur auf relevante Punkte eingehen. Wir von den Regierungsfaktionen haben einen

Abschlussbericht mit 110 Seiten abgeliefert. Insgesamt umfasst der Abschlussbericht 396 Seiten.

Was hat die umfangreiche Beweisaufnahme ergeben, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Ein bayerisches Unterstützernetzwerk kann weder ausgeschlossen noch belegt werden; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen immer bei den Fakten bleiben. Wir sprechen über das Jahr 2011. Nach der Enttarnung des NSU-Kerntrios stellte sich die Frage: Was hat der Bund, was hat das Land in den verschiedenen Bereichen getan, damit so etwas nicht mehr vorkommt bzw. um so etwas vorbeugen zu können?

Man muss feststellen, dass die Beweisaufnahme ergeben hat, dass in sämtliche Richtungen ermittelt worden ist, um den NSU-Komplex soweit wie irgendwie möglich aufzuklären. Es fand auch keine Engführung der Ermittlungen statt. Mehrere Zeugen und sachverständige Zeugen schilderten uns glaubhaft, dass sämtliche Szenarien in Betracht gezogen und entsprechende Ermittlungen in die Wege geleitet wurden. Am Ende ergab sich aber das faktenbasierte Bild eines weitestgehend abgeschotteten Terrortrios. Trotz umfangreicher Ermittlungen wird es stets Fragen geben, die nicht vollends beantwortet werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Umstand darf aber nicht dazu führen, dass wir durch bloße Mutmaßungen, durch Spekulationen oder durch Plausibilitätsüberlegungen die Ermittlungsbehörden und auch die Ermittlungsergebnisse der Behörden und der Justiz über diesen langen Zeitraum in Misskredit bringen.

Ich will auf das Taschenlampenattentat eingehen. Es ist richtig: Es war eines unserer Kernanliegen, das zu untersuchen, nachdem es in den OLG-Prozess Eingang gefunden hat. Man muss sagen: Ja, die Staatsanwältin hat es als fahrlässige Körperverletzung falsch eingestuft. Das ist richtig. Viele, die im Gerichts- und im Polizeiverfahren verhaftet sind, wissen aber auch, dass zum Schluss die Einstellungsverfügung der Staatsanwältin zum Tragen kam. Die Polizei hat wegen eines Verbrechens ermittelt; sie hat sämtliche Möglichkeiten, die damals Stand der Technik waren, genutzt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Auswertung von DNA hat es damals, 1999, noch nicht gegeben. Man hat das LKA hinzugezogen und zum Straftatbestand eines Verbrechens ermittelt und alles getan, was damals notwendig war. Wie es so oft der Fall ist: Es wurde kein Täter ermittelt. Das Verfahren wurde nicht deswegen eingestellt, weil etwas offenblieb – nein –, sondern weil ein Täter nicht ermittelt werden konnte.

Meine Damen und Herren, der Zeuge und Geschädigte Mehmet O., der uns öffentlich auch Falsches berichtet hat, wenn ich das an dieser Stelle sagen darf, war ständig darüber informiert, um welche Straftat es sich handelt. Er wurde von den Behörden umfassend informiert.

Nach Entdeckung des NSU haben sich die bayerischen Behörden intensiv mit der Frage beschäftigt, was getan werden muss, um rechtsextremistische Straftaten besser aufzuklären, um aber auch besser vorzubeugen.

Aus den Fehlern der Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurden die entsprechenden Konsequenzen gezogen und infolge richtige Maßnahmen ergriffen. So wurde beispielsweise der bayerische Verfassungsschutz neu konzipiert. Das Bayerische Verfassungsschutzgesetz, lieber Kollege Arnold, wollen wir morgen in die richtigen Bahnen lenken. Wie der Präsident des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz gesagt hat: Die Arbeit des Verfassungsschutzes wurde von den Füßen auf den Kopf und vom Kopf wieder zurück auf die Füße gestellt. Dies waren die Worte von Dr. Körner. Ich habe keinen Zweifel daran. Auch die Zeugen aus dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, die wir vernommen haben, haben die Umorganisation bestätigt.

In der folgenden Zeit gab es auch eine Form der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, zwischen den verschiedenen Polizeien, um zu verhindern, dass Informationsdefizite entstehen. Letztendlich hat man auch nach der Person K. D., Kai Dalek – ein ehemaliger V-Mann –, Konsequenzen gezogen. Man hat auch rechtlich dafür gesorgt, dass solche Sachen in Zukunft nicht mehr in dieser Art und Weise stattfinden können.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde auch nicht dadurch behindert, dass Daten im sogenannten EASy-Datensystem des Bayerischen Landeskriminalamts gelöscht wurden, auch nicht durch die Aussonderung von Akten. Die Löschung von Daten betraf insgesamt sieben Akten, die letztendlich komplett wiederhergestellt werden konnten und uns als Untersuchungsausschuss auch vorgelegt wurden. Die Opposition spricht immer von über 500.000 Datensätzen. Diese haben aber absolut keinen Bezug zum NSU. Einen Skandal, wie er hier zu konstruieren versucht wurde, hat es nicht gegeben. Auch das Gutachten und die persönliche Vorsprache des Landesdatenschutzbeauftragten Prof. Dr. Petri ergaben ein Versehen. Alles konnte wiederhergestellt werden.

Ich will jetzt noch auf den Minderheitenbericht und die Arbeitsweise der Ampel-Fraktionen eingehen.

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kam im vorliegenden Fall natürlich eine besondere Rolle zu, weil sie den Vorsitzenden stellte. Ich muss leider konstatieren, dass es dem Vorsitzenden nicht gelungen ist, einen Abschlussbericht rechtzeitig vorzulegen, wie es ihm rechtlich aufgetragen ist. Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht. Schon die Frist zur Einreichung beim Landtagsamt am 30. Juni und am 3. Juli hat für ihn ein Problem dargestellt. Eigentlich hätte man zu diesem Zeitpunkt sowohl den Feststellungsteil B als auch den Bewertungsteil C vorlegen müssen. Leider wussten wir aber bis zum Tag der Veröffentlichung des Abschlussberichts am 14. Juli nicht, ob und, wenn ja, mit welchem Inhalt der Vorsitzende einen Abschlussbericht vorlegen wird. Ich sagte bereits, dass das Untersuchungsausschussgesetz vorsieht, dass ein Vorsitzender einen Abschlussbericht vorlegen muss.

Hintergrund war, dass der Vorsitzende und seine Mitarbeiter bei der Abfassung des Schlussberichts nicht darauf geachtet haben, welche Inhalte sie in einem öffentlichen Bericht wiedergeben. Letztendlich wurde er verspätet abgeliefert. Wir konnten durch einen Mitarbeiter unserer Fraktion größeren Schaden abwenden, nachdem Akten, die als vertraulich und als Geheimakten eingestuft wurden, im 800-seitigen Abschlussbericht, den der Vorsitzende genannt hat, enthalten waren. Dieser Bericht musste anschließend aus der Materialverwaltung genommen werden.

Mich wundert, wenn im Minderheitenbericht vom Vorsitzenden unter dem Punkt "Geheimniskrämerei statt erforderlichem Geheimschutz" das Innenministerium und das Landesamt für Verfassungsschutz dafür kritisiert werden, Akteninhalte willkürlich als geheimhaltungsbedürftig eingestuft zu haben, um die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu behindern.

An einer weiteren Stelle heißt es dann:

Die restriktive Informationspraxis des Innenministeriums bezüglich der Unterlagen des Verfassungsschutzes, die man durchaus als Vertuschung bezeichnen kann, deuten darauf hin, dass die bayerische Staatsregierung nicht bereit ist, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss ich nach unserer Beweisaufnahme entschieden zurückweisen.

Gerade das leichtfertige Verhalten unseres Vorsitzenden und seiner Mitarbeiter bezüglich geheimhaltungsbedürftiger Akteninhalte hat meiner Meinung nach auch gezeigt, dass zu Recht, völlig zu Recht, ein strenger Maßstab angelegt werden muss, um zu verhindern, dass manche Informationen publik werden, die nicht dazu bestimmt sind, veröffentlicht zu werden.

Im Übrigen werden die Fragen des Untersuchungsauftrages im Bericht des Vorsitzenden nur in einem geringen Umfang vollständig beantwortet. Es ist mir klar, dass es mir nicht zusteht, die Gestaltung des Berichts des Vorsitzenden zu bestimmen. Dass man sich aber nicht an den Fragenkatalog hält, hat mich schon etwas erstaunt, gerade weil man bei der Ausarbeitung dieses Fragenkataloges – zumindest hat das Kollege Josef Schmid so geschildert – sehr zäh verhandelt hat und bei vielen Fragen hartnäckig darauf bestanden hat, dass sie Teil des Untersuchungsauftrages werden.

Es ist für mich wirklich verwunderlich, dass ein Großteil des Fragenkatalogs im Schlussbericht des Vorsitzenden unbeantwortet bleibt. Ich will auf die Nummern bewusst aus Zeitgründen nicht eingehen. Es scheint, als hätte sich der Vorsitzende, ohne dies mit uns abzusprechen, darauf verlassen, dass zumindest die Regierungsfractionen einen komplizierten Fragenkatalog abarbeiten. – Völlig zu Recht, meine Damen und Herren, denn alles andere hätten wir als unseriöses Arbeiten angesehen. Dennoch meine ich, dass der Vorsitzende es sich an dieser Stelle zu leicht gemacht hat; zumal er unseren Bericht an dieser Stelle, weil die Frist nicht eingehalten wurde, nicht vor der Veröffentlichung seines eigenen Berichtes zu Gesicht bekommen hätte.

Meine Damen und Herren, zwei persönliche Anmerkungen will ich noch machen:

Mich erstaunt an dem Minderheitenbericht der SPD, auf den mein Kollege Norbert Dünkel noch eingehen wird, dass man schreibt, dass der Geheimschutz letztendlich verhindert hat, dass wir den NSU-Komplex aufklären konnten.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat uns einen eigenen Geheimschutzraum zur Verfügung gestellt. Ich muss persönlich sagen: Von uns waren ziemlich viele Abgeordnete da. Die SPD hat davon keinen Gebrauch gemacht.

Meine Damen und Herren, ich bin auch etwas erstaunt, dass unser neutraler, gemeinsam eingesetzter Sachverständiger Jonas Miller plötzlich im Namensregister als Fraktionsmitarbeiter bei den GRÜNEN auftaucht. Auch das verwirrt mich sehr, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir hatten 35 Sitzungen mit über 200 Sitzungsstunden, 3 Sachverständige – einen habe ich bereits genannt –, 8 sachverständige Zeugen, 69 Zeugen und über 12.000 Akten. 110 Seiten lang ist der Abschlussbericht von CSU und FREIEN WÄHLERN, der dann letztendlich in einen 396-seitigen Abschlussbericht mündete.

Meine Damen und Herren, ich kann abschließend sagen: Wir haben leider kaum neuen Erkenntnisgewinn. Das Landesamt für Verfassungsschutz und auch die Polizeibehörden haben seit der Entdeckung des NSU ihre Arbeitsweise umgestellt, ihre Struktur verändert und auch reagiert. Deswegen ist es jetzt nicht an der Zeit, Herr Vorsitzender, zu sagen, dass hier nachgebessert werden muss.

Die Angehörigen und die Hinterbliebenen werden weiterhin dieses "Warum?" nicht beantwortet bekommen. Deswegen sollten wir bei der Frage "Soll es neue Untersuchungsausschüsse geben?" immer miteinbeziehen, dass wir auch den Angehörigen mit Respekt gegenüber treten und uns hinterfragen, ob wir mit der Einberufung eines neuen NSU-Untersuchungsausschusses Hoffnungen bei den Hinterbliebe-

nen wecken mit Antworten auf Fragen, die wir vermutlich nicht beantworten können.

Ganz zum Schluss danke ich noch mal allen Kolleginnen und Kollegen. Bei aller unterschiedlichen Sachansicht und bei manchen Diskussionen war es doch ein konstruktives Miteinander und ein sachliches Miteinander. Danke sage ich auch noch mal allen, die beigetragen haben: dem Landtagsamt, den Stenografen, den Mitarbeitern im Landtagsamt, den Offizianten, den Behörden und Ministerien, aber auch, last, but not least – der Kollege Schubert hat es bereits erwähnt –, den Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei, die über Monate hinweg in Zugstärke Akten digitalisiert haben, damit diese uns zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, abschließend ist festzustellen, dass dieser zweite bayerische NSU-Untersuchungsausschuss leider keine neuen Erkenntnisse gebracht hat, die uns zu Antworten darauf führen, warum der NSU in Deutschland und auch in Bayern gemordet hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Dremel, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Toni Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Toni Schubert (GRÜNE): Herr Kollege Dremel, jetzt muss ich schon was sagen. Ich glaube, das hätte es nicht gebraucht, aber jetzt muss ich was sagen: Wir haben eine interne Frist festgelegt, dass wir das an dem einen Freitag abgeben. Dann haben wir Frau Bründl gefragt, ob das auch am Montag geht. Frau Bründl hat gesagt, dass das auch geht. Dann haben wir das am Montag abgegeben, und zwar beide Teile. Den zweiten Teil hätten wir eh erst am Montag abgeben müssen.

Ich weiß nicht, warum man das so breit als Ergebnis des Untersuchungsausschusses breittreten muss. Wir haben 800 Seiten vorgelegt. Wir haben von vornherein klargestellt, dass dort auch entsprechend eingestufte Sachen enthalten sind. Es war klar, dass der Teil nicht veröffentlicht werden kann. Ich weiß auch nicht genau, warum Sie uns da vor irgendetwas gerettet haben. Das ist bei 800 Seiten halt passiert, dass wir das nicht am Freitag, sondern am Montag abgegeben haben. Ich bitte schon darum, das jetzt nicht so hoch zu hängen.

Es tut mir fast ein bisschen leid, das jetzt so sagen zu müssen, weil die Zusammenarbeit gut war. Aber das muss ich klarstellen, weil sich das jetzt schon komisch angehört hat.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Dremel.

Holger Dremel (CSU): Ich hätte es mir auch gern erspart zu antworten, aber letztendlich ist die Fassung dieses 800-seitigen Berichtes, so wie sie vorgelegt wurde, die vierte Korrektur. Wir haben die Fristen Wochen zuvor mit dem Landtagsamt ausgemacht. Ich persönlich bin der Überzeugung: Wenn man Fristen festgelegt hat, dann hält man sie ein.

Wir wussten auch im Vorfeld durch die Beratung der Ministerien, für die ich mich an der Stelle auch noch mal bedanke, dass wir letztendlich mit den Ministerien abklären, was veröffentlicht werden kann und was nicht. Wir hätten also weit im Vorfeld klären können: Kann man das veröffentlichen, oder kann man das nicht veröffentlichen?

Deswegen meine ich schon, dass wir Fristen, auch wenn sie vom Landtagsamt sind, einhalten sollen und dann einen Bericht abgeben. Wie gesagt, der 800-seitige

Bericht ist schön und gut, aber vieles ist natürlich auch geschwärzt. Deswegen freue ich mich, dass wir mit den 110 Seiten dazu beigetragen haben, dass wir nach dem Untersuchungsausschuss NSU II ein Mehrheitsergebnis haben.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Cemal Bozoğlu für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht nur mal eine kleine Verbesserung: Mein Name wird "Tschemal" ausgesprochen. "Kemal" heißt "anständig", und "Tschemal" heißt "schönes Gesicht".

(Heiterkeit – Holger Dremel (CSU): Trifft beides zu!)

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es war uns klar, dass wir unter den Rahmenbedingungen eine schwere Aufgabe auf uns nehmen würden. Dennoch haben wir uns fast einstimmig für diesen UA entschieden, weil wir dem gesellschaftlichen Wunsch nach mehr Aufklärung nachkommen wollten. Dabei wäre es für uns keine Option gewesen, einfach alles zu wiederholen, was vor uns bereits andere Ausschüsse und Gerichte gemacht haben. Damit wären wir der Verantwortung nicht gerecht geworden, die wir auf uns genommen haben. Weil es unser Anspruch war, neue Erkenntnisse zu gewinnen, haben wir uns zum Beispiel bewusst dafür entschieden, Menschen zu verhören, die viel wissen und sprechen können, auch wenn sie Täter oder Mittäter des NSU sind.

Diese Strategie ist aufgegangen. Manche dieser Menschen hatten sich bisher noch nie öffentlich geäußert, und wir haben bei den Verhören wirklich um jedes neue Detail gerungen. Auch deshalb ist dieser bayerische UA ein wichtiger Meilenstein. Seine Ergebnisse bieten viel Material für zukünftige Aufklärungsbemühungen und die wissenschaftliche Arbeit.

Die insgesamt 236 Fragen des Untersuchungsauftrags können wir in drei Kernbereiche gliedern, auf die ich jetzt eingehen werde:

Erstens. Gab es in Bayern ein Unterstützernetzwerk des NSU? Gab es Ankerpunkte für die Rechtsterroristen oder sogar Mitwisser und Mittäter?

Nach unseren Feststellungen können wir nun Folgendes klar sagen: Zwar war das Terrortrio untergetaucht, aber es war nicht abgekoppelt von der rechtsextremen Szene. Der im Jahr 2002 erschienene Gruß an den NSU im Neonazi-Magazin "Der Weiße Wolf" und die Spenden an rechtsextreme Zeitschriften beweisen das. Außerdem hat Beate Zschäpe in ihrem Verhör Folgendes gesagt: Für die Außenkommunikation war Uwe Mundlos zuständig. Das belegt auch die Vernetzung dieses Kerntrios. Für die Zeit vor dem Untertauchen sind aktive Verbindungen in die Nürnberger Szene belegbar. Das erklärt auch, warum die meisten Morde im Raum Nürnberg erfolgt sind. In geringerem Ausmaß sind außerdem Verbindungen nach München belegbar. Nach der Enttarnung des NSU gab es dazu polizeiliche Ermittlungsarbeit, die in die richtige Richtung ging. Diese Ermittlungen wurden leider nicht weiterverfolgt, weil sich die Bundesanwaltschaft und das BKA sehr früh auf die These vom abgeschotteten NSU-Trio mit einem sehr kleinen Kreis an Unterstützern festgelegt haben – das war ein Fehler.

Zweitens. Warum war es unseren Sicherheitsbehörden nicht möglich, vorurteilsfrei Ermittlungen durchzuführen?

Das erste bekannte Vorurteil war: Da es kein Bekennerschreiben gab, kann es sich nicht um eine rechtsextremistische Tat handeln. Weiterhin: Wenn Migranten sterben, dann sind die Täter innerhalb der migrantischen Community zu suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, spätestens seit dem Anschlag in der Keupstraße in Köln und dem Mord an İsmail Yaşar müsste doch klar gewesen sein, aus welcher Ecke die Täter kommen könnten. Scheuklappen haben dazu geführt, dass man diese Indizien übersehen hat. Die fehlerhaften und völlig einseitigen Ermittlungen wurden bereits im ersten Untersuchungsausschuss untersucht und festgestellt. Nun ist entscheidend: Was hat man daraus gelernt und was macht man nun anders? – Als Abgeordneter, der sich mit dem Themenfeld Rechtsextremismus intensiv beschäftigt, kann ich sagen, wir haben daraus gelernt. Einiges läuft jetzt anders als früher. Im Verfassungsschutz gibt es eine Abteilung, die sich auf Rechtsextremismus fokussiert. Auch die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus sehe ich als positive Entwicklung.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass mit Blick auf aktuelle Herausforderungen wie Reichsbürgerbewegung, rechtsextreme Burschenschaften und Umsturzpläne aus dem Querdenker-Milieu sowie bei Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen, immer noch zu verharmlosend und nicht entschieden genug agiert wird. Immer noch ist bei rechten Gewalttaten viel zu oft von Einzeltätern die Rede; immer noch ist der Ermittlungsdruck gegenüber der rechtsextremen Szene zu gering; immer noch werden viele Taten nicht oder viel zu spät als rassistische oder rechtsextreme Angriffe erkannt; immer noch gibt es zu wenig Beratungs- und Hilfsangebote für die Opfer rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Gewalt.

Drittens. Wir wollten das Vertrauen der Opferangehörigen in den Rechtsstaat und seinen Sicherheitsapparat zurückgewinnen. In diesem Punkt muss ich leider Folgendes feststellen: Die Enttäuschungen und Kränkungen sind so tief und die Bemühungen der Staatsregierung derart unzureichend, dass das definitiv nicht gelungen ist. Von höchster Stelle aus – vom Ministerpräsidenten und der Landtagspräsidentin – braucht es eine öffentliche Entschuldigung dafür, dass unser Bundesland ihre Angehörigen nicht schützen konnte und jahrelang das falsche Vorgehen bei den Ermittlungen zu unendlichem Leid bei den Opferangehörigen geführt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bezug auf das Oktoberfest-Attentat hat es vierzig Jahre gedauert, bis es zu einer offiziellen Entschuldigung kam. Das darf dieses Mal nicht so lange dauern. Die Beseitigung dieses Defizits ist die erste Aufgabe für die nächste Legislaturperiode. Die Demokratie hat nämlich keine Zeit zu verlieren, wenn es um das Vertrauen von Menschen geht. Zudem müssen weitere Schritte unternommen werden, die dabei helfen, den Menschen ihre Würde zurückzugeben. Dies kann mit der Einrichtung eines Dokumentations- oder Archivzentrums zum NSU in Bayern oder der Errichtung eines zentralen Mahnmals erfolgen. Die Optionen sind da.

Gerichte, Staatsanwaltschaften und Ermittlungsbehörden kümmern sich um die Strafprozessordnung. Wir hingegen kümmern uns um die politische Analyse und Bewertung. Für mich war der NSU-Komplex nicht eine aus drei Terroristen bestehende isolierte Zelle, sondern das Glied einer gewaltorientierten rechtsterroristischen Bewegung. Betrachtet man die Zeit seit der Wiedervereinigung, lässt sich erkennen, dass 230 Menschen wegen rechtsextremer oder rassistischer Motive ermordet wurden. Diese Szene ist vernetzt, kommuniziert miteinander und befeuert sich gegenseitig. Der NSU war ein Teil dieses Spektrums, ohne Wenn und Aber.

Nur wenn wir den Zeitraum von 1990 bis heute unter diesem Blickwinkel analysieren, werden wir wissen, ob es noch weitere Morde oder Taten gegeben haben

könnte, die vom NSU oder anderen Rechtsextremisten begangen worden sind. Das ist ein Szenario, welches laut Aussage von Beate Zschäpe im Untersuchungsausschuss durchaus denkbar ist. Mit dieser Erkenntnis müssen bundesweit alle bisher ungeklärten Fälle noch einmal geprüft werden, und es muss kategorisch nach Bezügen zum rechten Terror gesucht werden. Folgende Fragen sind wichtig: Welche anderen Zellen hatte der braune Sumpf? Wo haben sie gemordet oder verletzt und sind bisher unerkannt geblieben?

Der Untersuchungsausschuss hat erstmals die Terroristen und ihre Unterstützer wie Zschäpe, Eminger und Dienelt zum Reden gebracht. Das BKA und der investigative Journalismus müssen das aufgreifen und weitermachen. Wir wissen, dass sie viel wissen, aber längst nicht alles gesagt haben. Gerade deshalb ist es mir wichtig, abschließend zu betonen, dass das Ende des Untersuchungsausschusses keinen Schlusstrich bedeutet. Die Aufklärung muss weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Untersuchungsausschuss NSU II wurde im Mai 2022 eingesetzt. Wir hatten für diesen Untersuchungsausschuss nur etwas über ein Jahr Zeit. Das war eigentlich zu wenig, um das Thema vertieft abzuarbeiten. Daher war eine Schwerpunktsetzung unverzichtbar. Es war bereits der zweite bayerische und bundesweit der 15. Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex. Es war eine intensive Arbeit: Über 12.000 Akten wurden beigezogen, über 80 Zeugen und Sachverständige wurden vernommen und 36 Sitzungen mit über 200 Sitzungsstunden wurden durchgeführt.

Im Ergebnis haben sich kaum neue Erkenntnisse ergeben, obwohl aus Respekt vor den Opfern und deren Hinterbliebenen alles versucht wurde, um neue Erkenntnisse zu gewinnen. Ich bedauere sehr, dass die vielen Fragen der Opferangehörigen leider nicht beantwortet werden konnten. Das Ergebnis der Beweisaufnahme ist aber auch, dass viele Spekulationen öffentlich verbreitet werden, die schlicht falsch sind oder für die es keine Faktengrundlage gibt.

Erster Schwerpunkt war die Frage: Gab es ein bayerisches Unterstützernetzwerk? Zweiter Schwerpunkt: Wie waren die Ermittlungen zum Taschenlampenattentat ausgestaltet? – Dieser Schwerpunkt wurde erstmals ausführlich öffentlich behandelt, da das Attentat erst im Laufe des NSU-Prozesses dem NSU zugeordnet wurde. Eine weitere Besonderheit unseres Untersuchungsausschusses war, dass wir Beate Zschäpe zu den Hintergründen vernehmen konnten.

Zu den Ergebnissen: Für ein bayerisches Unterstützernetzwerk konnte der Untersuchungsausschuss – erstens – keine Beweise finden. Ein solches ist aber auch nicht ausschließbar. Das zeigt sich daran, dass der Generalbundesanwalt heute noch ein Verfahren gegen Unbekannt führt. Es wird noch immer ermittelt, ob es weitere Tatbeteiligte gibt. Die Akten sind auch bei diesem Thema noch nicht geschlossen. Zweitens. Die Auswahl der Tatorte in München und Nürnberg lässt keinen zwingenden Schluss auf die Beteiligung ortskundiger Dritter an den Taten des NSU zu. Drittens. Die Einbeziehung weiterer Personen in die Taten des NSU-Kerntrios hätte für dieses ein deutlich erhöhtes Entdeckungsrisiko bedeutet, was den Mitgliedern des NSU-Kerntrios bewusst war. Das ergab sich unter anderem aus der Vernehmung von Beate Zschäpe. Viertens. Sämtliche Sozialkontakte des NSU-Kerntrios vor und nach dem Untertauchen wurden durch die Ermittlungsbehörden beleuchtet. Eine Versteifung der Ermittler auf die Annahme, das NSU-Kerntrio

habe seine Taten alleine vorbereitet und begangen, kann ausgeschlossen werden. Soweit Ermittlungsansätze nicht weiterverfolgt wurden, war dies stets plausibel. Die ermittelnden Beamten schilderten dies nachvollziehbar.

Eine von der Opposition gewünschte Ausforschung des gesamten rechtsextremen Spektrums lässt die Strafprozessordnung nicht zu. Deswegen konnten nicht alle Ermittlungen so durchgeführt werden, wie das von der Opposition gewünscht worden wäre. Die ermittelnden Behörden sind an Recht und Gesetz gebunden. Der Untersuchungsausschuss konnte einen weiteren Unterstützerbegriff zugrunde legen, als ihn die Strafprozessordnung fordert. Dennoch haben sich keine Unterstützungshandlungen ergeben.

Das Taschenlampenattentat wurde vom Untersuchungsausschuss umfangreich untersucht. Hierzu lagen alle Akten vollständig vor. Die nicht mehr nachvollziehbare Deliktseinordnung als fahrlässige Körperverletzung im Jahr 1999 durch die Staatsanwaltschaft hatte keine negativen Auswirkungen auf die Ermittlungstiefe. Sowohl die aufnehmende Polizeidienststelle als auch das BLKA ermittelten umfassend aufgrund eines Verbrechenstatbestandes – Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion. Aus damaliger Sicht blieben keine Ermittlungsansätze offen.

Die verwendete Sprengvorrichtung in der Taschenlampe konnte dem NSU-Kerntrio nicht mittels eines Tatmittelvergleichs zugeordnet werden. Sie stimmte weder mit den Garagenfunden noch mit den übrigen Sprengvorrichtungen des NSU-Kerntrios überein. Auch im Jahr 1999 hätte eine Zuordnung zum NSU-Kerntrio über einen Vergleich der Sprengvorrichtungen mithin nicht erfolgen können. Übereinstimmende Alleinstellungsmerkmale der Sprengvorrichtungen oder anderer Spuren gab es nicht. Der Sprengsatz des Taschenlampenattentats wurde im Rahmen der Ermittlungen der Bundesanwaltschaft sowohl mit den Bombenattrappen aus dem Jahr 1997 in Jena als auch mit den Garagenfunden aus dem Jahr 1998 verglichen. Die Bombenattrappen aus dem Jahr 1997 wiesen keinerlei Ähnlichkeiten auf. Bei zwei der Garagenfunde konnte festgestellt werden, dass auch ein Rohrstück mit Verschlusskappen verwendet worden war. Darüber hinausgehende Anhaltspunkte, insbesondere Einkerbungen in dem Metallrohr oder auch Zündvorrichtungen, gab es nicht.

Eine DNA-analytische Untersuchung der Sprengvorrichtung in der Taschenlampe war im Jahr 1999 technisch noch nicht möglich. Der Sprengsatz detonierte mit über 1.000 Grad. Deshalb wäre es auch im Jahr 2013 nahezu ausgeschlossen gewesen, verwertbare DNA-Spuren zu finden. Kollege Schuberl, du hast angeführt: Ja, vielleicht hätte man auf den Splintern der Taschenlampe DNA-Spuren finden können. – Das ist nicht auszuschließen. Konkret diese Fragen wurden aber im Untersuchungsausschuss nicht an die Zeugen und die Sachverständigen gestellt.

Erkenntnisse zu einer Tatbeteiligung von S. E. liegen nicht vor. Das BKA hat dahingehend ermittelt. Bezüge konnten nicht festgestellt werden. Es ist nicht davon auszugehen, dass der Geschädigte Mehmet O. die S. E. tatsächlich in Nürnberg gesehen hat. Im Rahmen einer Lichtbildvorzeigedatei wurden dem Geschädigten Mehmet O. zwei Bilder von S. E. vorgelegt. Auf einem der Bilder erkannte er sie nicht, auf einem anderen meinte er, sie als flüchtig bekannt zu erkennen. Er schloss aus, sie in der Umgebung des Tatortes gesehen zu haben. Das äußere Erscheinungsbild von S. E. auf den Bildern wich gravierend von ihrem Erscheinungsbild zum Tatzeitpunkt im Jahr 1999 ab. Der Geschädigte Mehmet O. wurde sowohl im Jahr 2000 als auch ab dem Jahr 2011 seitens der Ermittlungsbehörden umfassend über den aktuellen Ermittlungsstand und die Hintergründe informiert. Ihm wurde der NSU-Bezug dargelegt.

Zur Zeugenvernehmung Beate Zschäpe: Der Untersuchungsausschuss hat die Möglichkeit, dass Beate Zschäpe als einzige Überlebende des NSU-Kerntrios nach

Rechtskraft des gegen sie gesprochenen Urteils ihrer Verpflichtung zur Aussage nachkommt, genutzt. Wir haben sie über sieben Stunden befragt. Sie hat größtenteils frei geantwortet, ohne dass ihr Anwalt intervenierte. Das Ergebnis: Es gab kaum Verbindungen des Kerntrios nach Bayern. Wenn, dann vor dem Untertauchen. Es gab keine Helfer bei der Tatausspähung. Die Ausspähungshandlungen seien immer mehrere Tage vor Begehung der Taten durch Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt durchgeführt worden; es sei städteweise ausspioniert worden; die Morde habe man gezielt weiter entfernt vom damaligen Wohnort des NSU-Kerntrios begangen, denn hier habe man mit Ermittlungen in Richtung der rechten Szene gerechnet und daher das Entdeckungsrisiko höher eingeschätzt als bei den Banküberfällen.

Beeindruckend war auch, dass Beate Zschäpe bei unseren Vernehmungen ihre Mitschuld an den Morden eingestanden hat.

Zum Fazit: Die Regierungsfractionen haben den gemeinsam beschlossenen Fragenkatalog im Gegensatz zu den GRÜNEN, die den Vorsitzenden stellten, und den übrigen Oppositionsfractionen umfassend beantwortet. Wir haben Tausende Akten gesichtet und uns auf unseren Untersuchungsauftrag konzentriert, um offene Fragen zu beantworten. Hätten wir als Regierungskoalition keinen Bericht vorgelegt, hätte dieser Untersuchungsausschuss ohne Sachbericht geendet, zumindest stand dies zu befürchten, nachdem die Fristen nicht eingehalten wurden.

Zu den Hintergründen, warum der Bericht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so spät vorgelegt wurde, will ich gar nichts Näheres sagen, weil wir das nicht öffentlich behandelt haben. Es stand jedenfalls von vornherein fest, dass eingestufte Akteninhalte vor der Veröffentlichung ein Freigabeverfahren durchlaufen müssen, wenn sie Eingang in den Bericht finden wollen. Der Bericht der Regierungsfractionen enthält eine Vielzahl solcher Informationen, die allermeisten wurden seitens der Behörden freigegeben. Wir haben unser Möglichstes getan, neue Erkenntnisse zu gewinnen, aber eine Vielzahl von drängenden Fragen der Opferangehörigen wird wohl leider nie beantwortet werden können. Wir sind unserer Verantwortung gerecht geworden.

Zum Schluss möchte ich noch danken, und zwar für die kollegiale Zusammenarbeit innerhalb des Untersuchungsausschusses. Einen herzlichen Dank auch an das Landtagsamt, das uns immer unterstützt hat. Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien, die die 12.000 Akten aussortiert und dem Untersuchungsausschuss zugeleitet haben. Dank an die Zeugen und Sachverständigen aus den Behörden in Bayern und darüber hinaus.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Richard Graupner. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Infolge der Arbeit des ersten bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses kam es zu einer ganzen Reihe von Umstrukturierungen innerhalb der bayerischen Sicherheitsbehörden. Trotzdem blieben viele Fragen offen. So etwa, ob das NSU-Trio Hintermänner und Helfer in Bayern hatte. Auch die Rolle der Untersuchungsbehörden sowie der Geheimdienste blieb teilweise intransparent. Genau diesen Fragen sollte der Untersuchungsausschuss NSU II nachgehen.

Die AfD-Fraktion stand diesem Vorhaben von Anfang an konstruktiv, aber auch differenziert gegenüber. Grundsätzlich hatten wir unsere Zustimmung signalisiert, denn der Freistaat Bayern hat im gesamten NSU-Komplex eine herausragende Stellung. Aus Sicht der AfD sollte das Augenmerk der Aufarbeitung auf der Rolle des bayerischen Verfassungsschutzes liegen. Aber wir waren auch skeptisch hinsichtlich des zu erwartenden Erkenntnisgewinns, zum einen aufgrund des relativ späten Zeitpunkts der Einsetzung – nur gut ein Jahr vor Ende der Wahlperiode –, zum anderen im Hinblick auf eine mögliche politisch-ideologische Instrumentalisierung des Ausschusses in Wahlkampfzeiten, dies insbesondere aufgrund des Vorsitzes durch einen Vertreter der GRÜNEN.

Leider müssen wir konstatieren: Was meine Fraktion von Anfang an befürchtet hatte, trat während der Ausschussarbeit immer wieder klar hervor. Die ureigenste Aufgabe von Untersuchungsausschüssen besteht in der Kontrolle von Verwaltungshandlungen. Die Ausschussführung hingegen war insgesamt gesehen ein Politikum und muss daher scharf gerügt werden. Vor allem die immer wieder tendenziöse Befragung der Zeugen entsprach keiner sachbezogenen Aufklärungsarbeit. Streckenweise musste man den Eindruck gewinnen, hier würden letztlich Antifa-Recherchen unter dem Deckmäntelchen eines parlamentarischen Kontrollinstruments durchgeführt. In diesem Sinne halte ich für meine Fraktion fest: Das war ideologischer Missbrauch des Parlaments.

Bei den Befragungen durch den Ausschussvorsitzenden, aber auch durch einzelne andere Ausschussmitglieder war von Unvoreingenommenheit keine Spur. Das lag im Kern an zwei stillschweigenden Voraussetzungen: Zum einen an der sogenannten Helferthese, also der Annahme, dass das NSU-Trio bei der Ausspähung der Tatorte Unterstützung aus dem rechtsextremistischen Milieu erfahren haben müsse. Um nicht missverstanden zu werden: Die These ist für die Ermittlungsarbeit zunächst völlig legitim. Sie dient aber auch zur Stützung linker bis linksextremistischer Narrative und Forderungen wie etwa, dass tendenziell jeder Rechtsextremist ein potenzieller Mittäter des NSU sei. So bekannte der Ausschussvorsitzende in einem Schreiben an Innenminister Herrmann offen – Zitat –: Im Grunde sind alle Akten zu Rechtsextremisten aus unserer Sicht Akten mit potenziellem NSU-Bezug. – Eine so undifferenzierte und pauschalisierende Behauptung ist aus Sicht der AfD-Fraktion absolut unangemessen. Besonders nach Einvernahme der Zeugin Beate Zschäpe kommt unsere Fraktion zu dem Schluss, dass diese Helferthese nicht haltbar ist. Dies wurde auch bereits in vielen vorhergehenden Zeugenvernehmungen deutlich.

Zum anderen beeinträchtigte das Narrativ des strukturellen bzw. institutionellen Rassismus die Ergebnisoffenheit der Befragungen. Im ursprünglichen Einsetzungsantrag der GRÜNEN war die Frage noch explizit gestellt worden. Der spätere interfraktionelle Antrag wurde dann geringfügig entschärft, sodass dort nur noch von strukturellen Ursachen der Ermittlungsarbeit die Rede ist. Während der Zeugenbefragung wurde jedoch auch schnell deutlich, dass sowohl durch den Ausschussvorsitzenden als auch durch andere Ausschussmitglieder, vornehmlich der GRÜNEN, der SPD und der FDP, immer wieder versucht wurde, doch noch den Nachweis für die unterstellte rassistische Struktur zu erbringen.

Wir haben in unserem Bericht ein paar Beispiele für diese hoch suggestive und unprofessionelle Befragungsstrategie zusammengetragen. Für die AfD-Fraktion ergab sich während der Anhörung jedoch klar: Es gibt nicht den geringsten Beleg für die Behauptung, struktureller Rassismus sei bei der Aufklärung der NSU-Morde ermittlungsleitend gewesen. Die AfD lehnt das Konzept des institutionellen Rassismus aber auch prinzipiell aus theoretischen Erwägungen ab; denn durch den entgrenzten Gebrauch des Rassismus-Begriffs, der zum Beispiel im Geschwafel eines

"Rassismus ohne Rassismus" gipfelt, kann letztlich alles, was unerwünscht ist, mit dem Vorwurf des Rassismus belegt werden.

Aber auch in Sachen Datenschutz, den die GRÜNEN ja gern wie eine Monstranz vor sich hertragen, nimmt man es dann im Zweifel bei der Partei nicht so genau. Das sieht man an dem von Ihnen vorgelegten Abschlussbericht, der in weiten Teilen vom Verfassungsschutz gleich wieder einkassiert werden musste, weil Datenschutzbelange berührt waren. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt verlangten GRÜNE zusammen mit SPD und FDP in einem Beweisantrag persönliche Daten von 169 Personen aus dem tatsächlichen oder vermeintlich rechtsextremistischen Milieu. Allerdings war nur bei 45 Personen tatsächlich ein Bezug zum Untersuchungsauftrag gegeben. Dies ist ein sowohl rechtlich als auch politisch mehr als fragwürdiges Vorgehen. Die AfD trat hingegen ergebnisoffen in den Untersuchungsausschuss und in die Befragung der geladenen Zeugen ein.

Leider sieht sich unsere Fraktion seit ihrem Einzug in den Bayerischen Landtag immer wieder mit Stigmatisierungen und rechtswidrigen Ausgrenzungen der Altparteien konfrontiert. Dies wirkte bis in die Arbeit des Untersuchungsausschusses hinein. Zwar war der Umgang im Allgemeinen durchaus kollegial und konstruktiv, aber bereits der als interfraktionell betitelte Einsetzungsantrag war unter Ausschluss der AfD-Fraktion zustande gekommen. Zudem wurde für uns schnell deutlich, dass es auf der Arbeitsebene zu Hintergrundabsprachen zwischen den Referenten der Altparteien kam, von denen die AfD ebenfalls ausgeschlossen blieb, und zwar systematisch. Dies war eine klare und erhebliche Erschwernis für alle unsere Mitarbeiter. Während wir eigentlich von linker Seite nichts anderes erwartet hatten, muss man der CSU hier deutlich vorhalten, dass sie sich ohne Widerstand in diese ideologische Einheitsfront einspannen hat lassen. Auch sie hat dieses dümmliche, kleinkarierte und demokratiefeindliche Spiel nur allzu gerne mitgespielt.

Zu den diskriminierenden Praktiken zählt auch der Umgang mit den durch die AfD eingebrachten Beweisanträgen. Konkret geht es hier um die Ladung der Zeugen Günther Beckstein oder Beate Zschäpe. Beide waren eminent wichtig für die Aufklärung im Sinne des Untersuchungsauftrages, aber die Vertreter der Altparteien konnten sich nicht dazu durchringen, den Beweisanträgen der AfD zuzustimmen. Stattdessen wurde in beiden Fällen ein jeweils eigener, inhaltlich weitgehend identischer Beweisantrag nachgeschoben. Dies war eine politikkorrekte Posse, die dem Arbeitsauftrag des Ausschusses nur abträglich sein konnte.

Wir stellen aber mit Genugtuung fest, dass unsere konstruktiven Vorschläge letztlich dennoch Eingang in die Beweiserhebung fanden. Als größten Erfolg werten wir dabei die Initiative für die Vernehmung von Beate Zschäpe und die Ergebnisse aus ihrer Vernehmung dazu. Zu nennen sind hier vor allem ihre plausible Darstellung der zunehmenden Selbstisolierung und Abschottung des Trios nach seinem Untertauchen – dies war der entscheidende Mosaikstein zur Widerlegung der Helferthese – oder auch ihr erstmals ausdrücklich geäußertes Eingeständnis der eigenen Mitschuld an den Verbrechen des NSU.

Was ist nun allgemein das Fazit nach gut einem Jahr Ausschussarbeit? – Zwar haben sich im Detail interessante Erkenntnisse ergeben, für eine echte nachträgliche Aufklärung wurde der Ausschuss jedoch gerade mit Blick auf die Aktenlage zu spät eingesetzt. Die Vernehmung von Beate Zschäpe war zweifellos die bedeutendste Zeugeneinvernahme. Sie ging weit über die bisherigen parlamentarischen Bemühungen hinaus und lieferte neue Erkenntnisse über die Motive und das Handeln des NSU-Trios. Dies ist auch die historische Leistung des Untersuchungsausschusses.

Die wichtigsten Erkenntnisse, die sich aus Sicht der AfD aus der Ausschussarbeit ergeben, lauten:

Erstens. Die Helferthese ist widerlegt.

Zweitens. Die These, es gäbe strukturellen Rassismus innerhalb der Sicherheitsbehörden, ist widerlegt. Zwar wurden durchaus Mängel und Versäumnisse bei den Ermittlungen festgestellt, jedoch lässt sich daraus kein Schluss auf rassistisch motiviertes Handeln ziehen.

Drittens. Die Rolle des Verfassungsschutzes bleibt, wie zu erwarten war, weiterhin intransparent und unklar. Zumindest aber scheinen für das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz Vorwürfe in Richtung Vertuschung oder Mitwisserschaft unzutreffend zu sein.

Wir als AfD-Fraktion können daher sehr damit zufrieden sein, trotz der geschilderten Ausgrenzungen einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen dieser Ergebnisse geleistet zu haben.

Zu guter Letzt: Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Landtagsamtes war hervorragend. Sowohl wir Ausschussmitglieder als auch unsere Mitarbeiter konnten sich bei allen Anliegen stets auf ein offenes Ohr sowie eine reibungslose und vertrauensvolle Abwicklung verlassen. Dafür sei an dieser Stelle im Namen der AfD-Fraktion ein herzlicher Dank ausgesprochen, besonders an die Mitglieder des Referats A III.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Graupner, bleiben Sie gerade noch am Pult. – Ich erteile Herrn Kollegen Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Graupner,

(Zuruf von der AfD: Ui! Hört, hört!)

ich muss klarstellen, dass Ihre Fraktion keinen Beitrag zu diesem Untersuchungsausschuss geleistet hat. Wenn Sie überhaupt in den Sitzungen anwesend waren, haben Sie sich kaum an den Befragungen beteiligt. Sie, Ihre Mitstreiter und Mitarbeiter haben kein einziges Mal Einsicht in die Akten genommen, weder beim Verfassungsschutz noch beim Landtagsamt. Sie haben als einzigen Beitrag für sich verbucht, dass Sie zwei Beweisanträge gestellt haben, die insofern obsolet waren, weil die Zeugenladung von Frau Zschäpe von Anfang an unter den demokratischen Fraktionen abgesprochen war. Deshalb lautete unsere Sprachregelung gegenüber der Presse auch immer, wir werden jede Person laden, die uns Antworten geben kann. Ihren Antrag, der völlig unvorbereitet und ohne Absprache zum falschen Zeitpunkt kam, mussten wir ablehnen. Wir haben dann das beschlossen, was von Anfang an geplant war.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Graupner.

Richard Graupner (AfD): Herr Schuberl, der getroffene Hund bellt. Wir haben den Antrag auf Vernehmung von Beate Zschäpe gestellt. Sie wären laut Gesetz verpflichtet gewesen, diesen Antrag in der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Abstimmung zu stellen. Das haben Sie nicht getan, weil Sie im Hintergrund völlig aufgeregt waren, was Sie überhaupt mit diesem – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Da waren Sie nicht da!)

– Natürlich waren wir da! Erzählen Sie nicht solchen Unsinn. Erzählen Sie hier doch nicht die Unwahrheit! Sie erzählen oft genug die Unwahrheit, aber hören Sie doch im Parlament auf, die Unwahrheit zu erzählen. Natürlich waren wir da!

(Beifall bei der AfD)

Sie haben den Antrag nicht zur Abstimmung gestellt, weil Sie nicht wussten, wie Sie damit umzugehen haben. Es ist einzig und allein der Initiative der AfD zu verdanken, dass dieser Antrag am Schluss auch so umgesetzt wurde.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Beruhigen Sie sich bitte wieder! – Nächster Redner ist Herr Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der zweite NSU-Untersuchungsausschuss war tatsächlich ein sehr intensiver und zum größten Teil auch sehr emotionaler Untersuchungsausschuss, emotional vor allen Dingen bei den Vernehmungen einer Opferangehörigen und eines Betroffenen, der schon namentlich genannt wurde, Mehmet O. Wir haben uns die Entscheidung als SPD-Fraktion nicht leichtgemacht, als es darum ging, diesen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Ich kann mich erinnern, dass ich hier an dieser Stelle für die SPD-Fraktion deutlich gemacht habe, dass wir am Ende dieses Untersuchungsausschusses möglicherweise vor der Frage stehen werden, welche neuen Erkenntnisse wir gewinnen können und inwiefern – ich sage es jetzt noch offener – wir die Erwartungen der Angehörigen enttäuschen werden.

Aber natürlich habe ich auch deutlich gemacht, dass dieser Frage eine zweite Frage gegenübergestellt werden muss, nämlich die Frage, ob wir jetzt insbesondere die Opferangehörigen enttäuschen. Der Nürnberger Stadtrat hat einstimmig vom Bayerischen Landtag einen zweiten NSU-Untersuchungsausschuss gefordert, und auch Opferangehörige haben diesen NSU-Untersuchungsausschuss gefordert. Da haben wir als SPD-Fraktion festgestellt, dass für uns das Anliegen, Opferangehörige nicht von Beginn an enttäuschen zu wollen, indem wir sagen, nein, wir sind gegen einen NSU-Untersuchungsausschuss, gewichtiger ist als möglicherweise die Erkenntnis, dass wir aus dem NSU-Untersuchungsausschuss mit wenigen Erkenntnissen herausgehen. Deswegen sage ich, dass dieser NSU-Untersuchungsausschuss absolut richtig und auch wichtig war.

Der Untersuchungsausschuss hatte den Auftrag der Untersuchung und Aufklärung offener Fragen und möglicher Fehler der Sicherheits- und Justizbehörden sowie zuständiger Ministerien und politisch Verantwortlicher, unter anderem in Bezug auf – das haben Kollegen vor mir auch schon aufgezählt – Aufklärung und Ermittlung möglicher NSU-Unterstützungsnetzwerke in Bayern, Aufklärung der Rolle von V-Leuten und verdeckter Ermittler im Umfeld des NSU, Ermittlungen der Sicherheitsbehörden zum sogenannten Taschenlampenattentat in Nürnberg und Ermittlungen zum Umgang der Sicherheits- und Justizbehörden mit den Angehörigen der Opfer des NSU.

Unterstützungsnetzwerk des NSU in Bayern: Die Ermittlungen des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses konnten keine Beweise für das Vorliegen eines Unterstützungsnetzwerks in der rechtsextremen Szene in Bayern erbringen. Trotzdem bleibt die Frage offen, wie drei Personen aus Thüringen, die nie in Bayern gelebt haben, unerkannt fünf Morde in Bayern begehen konnten. Mir fällt es schwer zu glauben, dass die Ausspähung von Tatorten durch die Täter Mundlos und Böhnhardt allein auf Grundlage der detaillierten Auswertung von Adressen und Karten-

material, ohne genaue Ortskenntnis erfolgt sein soll. Wir haben auch die ausführliche Darstellung der Ermittler des BKA gehört, dass Mundlos und Böhnhardt ihrer Ansicht nach mit hoher Disziplin und Ausdauer über Wochen Tatorte ausgespäht haben sollen. Allein, auch da fehlt mir der Glaube.

Dr. Günther Beckstein äußerte ebenfalls Zweifel an dieser Theorie und vermutet ein Unterstützungsnetzwerk. Dem schließe ich mich ausdrücklich an. Auffallend war für mich persönlich auch, dass viele Zeugen der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden von Beginn an teilweise ungefragt deutlich machen wollten, dass es kein Unterstützungsnetzwerk in Bayern gab. Das war für mich sehr auffällig.

Auch die Zeugenvernehmung von Beate Zschäpe, die – gefühlt – in den ersten eineinhalb Stunden Bayern und Nürnberg nicht erwähnt hat und die dann in ihrer Vernehmung auch so tat, als würde sie Bayern gar nicht kennen und als gäbe es Nürnberg gar nicht, zeugt für mich davon, hier sollte tatsächlich vermieden werden, dass wir als NSU-Untersuchungsausschuss auf die Idee kommen könnten, dass es doch ein Unterstützungsnetzwerk um dieses Trio in Bayern gab.

Die Rolle von V-Leuten und verdeckten Ermittlern in Zusammenhang mit dem NSU: Auch da haben wir im Vergleich zum ersten NSU-Untersuchungsausschuss tatsächlich keine großen neuen Erkenntnisse gewonnen. Allerdings: Der Umgang mit V-Leuten erfordert vom Verfassungsschutz Umsicht und Aufmerksamkeit; denn der Einsatz von V-Leuten birgt immer das Risiko, dass diese V-Leute für sich selbst und nicht für den Verfassungsschutz tätig sind und nicht, um die Verfassung zu schützen.

So haben wir in der Vernehmung von Beate Zschäpe erfahren müssen, dass sie erst durch einen verdeckten Ermittler radikalisiert wurde und das Ganze auch politisch wurde. Dieser V-Mann hat nach dem Untertauchen des Trios ein Telefonat vereinbart aus einer Telefonzelle heraus, deren Nummer ihm bekannt war. Für die Sicherheitsbehörden wäre es also überhaupt kein Problem gewesen, zu diesem Zeitpunkt das Trio dort an Ort und Stelle zu verhaften. Das ist nicht geschehen. Das wirft schon die Frage auf, wie man zukünftig mit V-Leuten umzugehen hat, auch wenn das ein V-Mann oder verdeckter Ermittler in Thüringen war. Ich glaube, der Auftrag an uns und an den bayerischen Verfassungsschutz muss lauten, dass wir alles daransetzen, solches Verhalten zukünftig zu unterbinden.

Das Taschenlampenattentat: Die Zuordnung zum NSU wurde erst im Prozess des Oberlandesgerichts durch die Aussage eines Zeugen erkannt. Warum wurde damals nur wegen Körperverletzung ermittelt? Wegen geringer Verletzung des Opfers? – So war zumindest die Vermutung nach den Vernehmungen. Wäre es anders gelaufen, wenn wegen eines Tötungsdelikts ermittelt worden wäre? – Ich sage da Ja; denn man wäre ganz anders an die Sache herangegangen, und es wäre viel intensiver ermittelt worden. Die Polizisten, die wir dazu vernommen haben, haben auch gesagt, dass sie natürlich bei einem Tötungsdelikt ganz anders und viel intensiver ermitteln würden als bei einer Körperverletzung. Die Rolle der Staatsanwältin hat unser Vorsitzender in seiner Rede verdeutlicht.

Der Umgang mit den Opferangehörigen: Tatsächlich ist es kein Ruhmesblatt für die bayerischen Sicherheitsbehörden, wie man mit den Opferangehörigen umgegangen ist. Obwohl Günther Beckstein damals als zuständiger Innenminister deutlich gemacht hat, dass die Opfer anders behandelt werden müssen, dass man respektvoll mit diesen Opfern umgehen soll, ist da tatsächlich nichts in die Richtung passiert. Da muss insbesondere unsere Polizei sensibilisiert werden. – Ich habe nur noch 20 Sekunden, deswegen kürze ich ab.

Die Vernehmung von Beate Zschäpe war für mich im Grunde genommen eine Märchenstunde. Sie hat uns das erzählt, was sie uns erzählen wollte, und sie hat sich,

glaube ich, auch erhofft, dass sie Hafterleichterungen bekommt. Sie hat auch ein paarmal deutlich gesagt, dass sie in ein – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Aussteigerprogramm!)

Aussteigerprogramm aufgenommen werden möchte. – Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Deswegen hat auch die Vernehmung von Beate Zschäpe keine große Erkenntnis gebracht.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Taşdelen, Ihr Schlusssatz bitte!

Arif Taşdelen (SPD): Ich danke allen Beteiligten, unseren Kolleginnen und Kollegen des Untersuchungsausschusses, den Kolleginnen und Kollegen aus den Ministerien, des Landtagsamtes, den Offizianten für die hervorragende Zuarbeit. Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Matthias Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum noch einen Untersuchungsausschuss zum NSU? – Diese Frage kennen Sie wahrscheinlich alle. Es ist eine Frage, die ich zu Beginn des Untersuchungsausschusses NSU II auch gestellt habe. Aber allein die Tatsache, dass dies nicht nur der zweite Untersuchungsausschuss zum NSU in Bayern ist, sondern insgesamt der bundesweit 15. Untersuchungsausschuss, zeigt: Der NSU-Komplex beschäftigt und bewegt die Menschen im ganzen Land, weil zum Beispiel die vielen direkt oder indirekt Betroffenen, ja, wir alle es unbegreiflich finden, was eine Terrorgruppe über ein Jahrzehnt hinweg machen konnte, dass sie mordend und scheinbar unbemerkt durch unser Land gezogen ist. Es bewegt, dass unsere sonst so hochgelobten bayerischen Sicherheitsbehörden es nach fünf Morden in Bayern jahrelang nicht geschafft haben, die Täter und Unterstützer dieser Česká-Mordserie zu stellen.

Es bewegt, weil die Gefahren, die von Rechtsextremen ausgehen, nach wie vor groß sind. Man denke nur an die Morddrohungen gegen Kommunalpolitiker in Mittelfranken. Man denke in diesem Zusammenhang auch an den mit Glück verhinderten Brandanschlag, den eine Person aus dem Umfeld der ehemaligen NSU-Unterstützer geplant hatte. Und jetzt sehen wir auch, was im Bereich der Reichsbürger gerade an problematischen Vorgängen in den letzten Monaten bekannt geworden ist. Das heißt, der Kampf gegen Rechtsextremismus ist und bleibt wichtig.

Die Frage, die wir uns als Ausschussmitglieder stellen müssen, lautet: Was konnten wir überhaupt liefern? – So gab es die Befragung von Zeugen zu Vorgängen von vor über zehn, zwanzig oder sogar dreißig Jahren. Das ist natürlich alles andere als einfach, dennoch war sie nötig.

In diesem Zusammenhang ist das Abgleichen von Beweismitteln mit Akten ganz entscheidend, sofern sie denn rechtzeitig bereitgestellt werden konnten. Problematisch war aber schon bei der Einsetzung des Ausschusses der begrenzte Zeitrahmen. Er wurde durch die Entscheidung des Ältestenrates, im Gegensatz zu der letzten Legislaturperiode diesmal im September oder Oktober keine Sitzung vorzusehen, sondern dieses Sitzungsende in dieser Woche vorzuplanen, weiter massiv beschränkt. Deswegen ist die Frage: Was hat dieser Untersuchungsausschuss geleistet?

Wir haben natürlich erst einmal die Befragung vieler Zeuginnen und Zeugen durchgeführt, die sich auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen konnten. Da fallen zuerst einmal die Zeugen Eminger, Dienelt, Zschäpe usw. ein. Aussagen aus dem rechten Täterumfeld sind natürlich immer mit Vorsicht zu genießen, das muss ich sagen, zum Beispiel, wenn Zschäpe Kontakte nach Bayern abstreitet und das dann von der CSU bereitwillig als glaubwürdige Aussage aufgegriffen wird, obwohl danach in der Befragung beim Vorhalt entsprechender Beziehungen nach Bayern Zschäpe doch zurückrudern musste. Das fand ich etwas vorschnell interpretiert. Aber ich denke, es war trotzdem richtig, diese Person zur Rede zu stellen, dann seine eigenen Schlüsse daraus zu ziehen und die Person mit Beweisen zu konfrontieren.

Außerdem war dieser Untersuchungsausschuss der erste, der sich mit dem Taschenlampenattentat in Nürnberg beschäftigte, was weitere Verbindungen nach Bayern deutlich gemacht hat; allerdings war das Thema leider nicht abschließend zu klären. Nicht zuletzt muss man festhalten, dass dieser Untersuchungsausschuss mit seiner Beweiserhebung trotzdem viele kleine Bausteine in dem Mosaik NSU-Komplex erkennbar machen konnte, zum Beispiel, dass eine zentrale V-Person aus Bayern im Bereich Rechtsextremismus, Kai Dalek, der wirklich bis zum Jahr 1998 für den Verfassungsschutz tätig war, in dieser Zeit größtenteils arbeitslos, also abhängig vom Verfassungsschutz, war. Ich finde das bemerkenswert, weil das ein hoch kritischer Umstand ist.

Damit komme ich zur entscheidenden Frage: Was konnte dieser zweite NSU-Untersuchungsausschuss dann eigentlich liefern? Was konnte er nicht liefern, und warum nicht?

Daleks Arbeitslosigkeit zum Beispiel wirft die Frage auf, was er nach seiner Abschaltung im Jahr 1998, nach seiner Arbeit für das Landesamt für Verfassungsschutz gemacht hat. Zufälligerweise war das genau das Jahr, in dem das NSU-Kerntrio untergetaucht ist. Deshalb hat dieser Untersuchungsausschuss zu Recht Beweisbeschlüsse gefasst – unter anderem zu einer Aktenvorlage, welche nachrichtendienstlichen Tätigkeiten Dalek dann Behörden noch angeboten hat. Das wurde uns vom Innenministerium allerdings nicht so wie gewünscht ausgeliefert. Es wurde verweigert, uns Akten vorzulegen. Stattdessen gab es nur ein als "geheim" eingestuftes Schreiben mit einer Behördenauskunft. Nur ein einziger Satz wurde nach unserer expliziten Anforderung ausgestuft. Es sieht dann seitenweise wirklich so aus wie auf diesem Dokument: Wir sehen Schwärzungen. Nur eine kleine Stelle ist frei, die hier lautet:

[...] nahm DALEK im Dezember 2012 Kontakt zu K46 in Nürnberg auf, um auf kriminelle Strukturen in der JVA hinzuweisen, in der er einsaß [...]

Das ist ein Satz, bei dem das davor Geschriebene und das Nachstehende geschwärzt ist. Es ist ein Satz, der aber trotzdem viele Fragen aufwirft. Spannend ist, wie jemand wie Dalek darauf kommt, solche Tätigkeiten einem Kommissariat 46, das eigentlich allgemein nicht groß bekannt ist, anzubieten, und zwar aus einer Justizvollzugsanstalt, aus einem Gefängnis heraus. Das sind spannende Fragen. Ebenso gilt das für die Fragen zur polizeilichen V-Mann-Führung, die leider bei den entsprechenden Zeugen in nicht öffentlichen Sitzungen, also nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit, stattfinden konnten.

Das ist wie auch die beschränkten Aussagegenehmigungen ein generelles Problem gewesen. Das ist sehr deutlich geworden. Etwa Dalek hat Aussagen immer wieder verweigert, zum Beispiel bei einer möglichen Tätigkeit für das BKA. Er war ja zum NSU-Prozess über eine Adresse beim BKA in Meckenheim geladen. Er hat mit Verweis auf ein Schutzbedürfnis verweigert, darauf zu antworten. Er wusste allerdings viel über die V-Mann-Führung im Bereich des Islamismus zu sagen. Ich

fand durchaus interessant, welche Details darüber herauskamen. Außerdem ist ja schon hinlänglich aus dem "SPIEGEL" bekannt, dass er zwischen 2008 und 2009 noch einmal für den bayerischen Verfassungsschutz im Bereich der Organisierten Kriminalität tätig war. Er ist also eine schillernde Persönlichkeit, wo leider nicht immer aufgeklärt werden konnte, was er wirklich in den entscheidenden Zeiten gemacht hat. Deswegen wäre die Aktenvorlage so wichtig gewesen, weil eben gerade Aussagen von Dalek seitens des Verfassungsschutzes leider immer mit Vorsicht zu genießen waren.

Das hat im ersten Untersuchungsausschuss damit angefangen, dass der ehemalige Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz Forster erst mal geleugnet hat, dass dieser Mann V-Mann war. Er musste dann danach zurückrudern und hat das am nächsten Tag mehr oder weniger berichtet. Nach dem, was wir jetzt herausfinden konnten – leider haben wir keine Akten, sondern nur Informationen bekommen –, muss ich sagen: Aus Sicht der FDP-Fraktion war diese Aussage, dass er das nicht mehr wusste, eine grobe Nachlässigkeit in seiner Amtsführung oder eine bewusste Falschaussage. Jene ist allerdings schon viele Jahre her.

Man muss aber auch sagen: Auch unserem Untersuchungsausschuss wurden falsche Auskünfte gegeben, nämlich, dass uns alle Quellenberichte zur V-Person Kai Dalek vorlägen. Erst auf meine Nachfrage und einen Vorhalt entsprechender Zahlung hin kam dann heraus, dass da noch etwas fehlen musste. Dann wurde gesagt: Aufgrund eines technischen Fehlers sind noch zehn Berichte in der entscheidenden Phase rund um das Jahr 1998 aufgetaucht. Ob das wirklich alle Berichte waren, bezweifle ich auch gerade nach den Worten des Vorsitzenden Toni Schuberl wirklich. Deswegen wären die Beweisbeschlüsse des Untersuchungsausschusses so wichtig gewesen. Die Verweigerung bei einem schon lange enttarnten V-Mann, der vor über 25 Jahren abgeschaltet worden ist, überzeugt mich inhaltlich und rechtlich nicht.

Festzuhalten bleibt aber für unseren Ausschuss, dass wir nach dieser Arbeit leider keinen Schlusstrich unter den NSU-Komplex ziehen können, aber zu dessen Aufklärung beitragen konnten. Aus Sicht der FDP gibt es weiteren politischen Handlungsbedarf: Kontrolle der nachrichtendienstlichen Arbeit, klare Abgrenzung der Zuständigkeiten von Polizei und Verfassungsschutz gerade bei entsprechenden Tätigkeiten und nicht zuletzt eine bessere Auswahl und Ausbildung von V-Mann-Führung bei der Polizei – ja, auch bei der Polizei – und auch anderer nachrichtendienstlicher Mitarbeiter beim Verfassungsschutz.

Mir bleibt zu sagen: Es gibt auch für die Zukunft weiterhin viel zu tun. Ich denke, wir alle gehen mit dem Gefühl aus diesem NSU-Untersuchungsausschuss heraus, dass unsere Arbeit viel länger hätte gehen müssen. Wir hätten viel mehr Zeit gebraucht. Ich danke aber trotzdem allen, die sich während dieser Zeit engagiert haben, wie auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit und die Aufmerksamkeit heute.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Der nächste Redner ist der Kollege Norbert Dünkel für die CSU-Fraktion.

Norbert Dünkel (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich blicke noch einmal zurück. Bereits die Besichtigung der Tatorte und dann die Schicksale der Opfer der rechtsradikalen NSU-Mörderbande haben die Mitglieder des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses stark bewegt und unsere Motivation parteiübergreifend gestärkt, alles zu tun, um neue Erkenntnisse über die Frage eines bayerischen Unterstützernetzwerkes des NSU-Kerntrios ans Licht zu bringen. Am Ende

monatelanger Ermittlungsarbeit im Untersuchungsausschuss und der Einvernahme unzähliger Zeugen beziehe ich mich auf das Fazit aus dem Minderheitenbericht der GRÜNEN:

Trotz aller Bemühungen ist es dem Ausschuss [...] nicht gelungen, den Nachweis für konkrete Kontakte zu bayerischen Rechtsextremisten NACH dem Untertauchen des NSU zu erbringen.

Ich ergänze, dass dies – also der Nachweis konkreter Kontakte – auch aus Sicht der CSU nicht ausgeschlossen werden kann. Auch der frühere Innenminister Günther Beckstein hat gemutmaßt, dass das der Fall sein könnte. Jedoch ließen sich für diese Theorie keinerlei Beweise finden. Weder aus den Zeugenbefragungen noch aus der Auswertung Tausender Akten ergaben sich konkrete Beweise für tiefer gehende Kontakte des NSU-Kerntrios zu Personen in der rechten Szene Bayerns oder gar für die Beteiligung weiterer Personen an den Taten in Bayern. Dies gilt ausdrücklich auch für Personen, die zu den Tatzeitpunkten in den Tatortstädten München und Nürnberg wohnhaft waren.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass durch die Ermittlungsbehörden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene alles versucht wurde und bis zum heutigen Tag unternommen wird, um den NSU-Komplex so weit wie irgend möglich weiter aufzuhellen.

Die Behörden haben auch Konsequenzen gezogen. So wurde der Verfassungsschutz unter Verantwortung des Präsidenten Dr. Körner grundlegend reformiert. Das Landesamt wurde komplett umorganisiert, und notwendige Formen der Zusammenarbeit zwischen Polizei, Sicherheitsbehörden, Landesbehörden aus anderen Ländern, dem Bundesverfassungsschutz und Bundesbehörden wurden als neue starke tragende Ebene implementiert. Ich betone, dass all dies aus behördeninterner Veranlassung erfolgt ist und keiner Impulse aus dem Untersuchungsausschuss bedurfte.

Dennoch versuchte die FDP während der Beweisaufnahme und in ihrem Minderheitenbericht vergeblich, einen Skandal heraufzubeschwören, den es tatsächlich nicht gibt. Jegliche Skandalisierungsversuche gehen daher ins Leere und sind deutlich zurückzuweisen. Das Fehlen einer gewissen Logik lässt sich auch daran erkennen, dass Teile der Opposition gerne mehr Akten eingesehen hätten. Die SPD dagegen bringt in ihrem Bericht vor, es sei nahezu unmöglich gewesen, die zahlreichen Akten zu lesen und auszuwerten.

Wir können am Ende heute feststellen: Wir haben uns intensiv bemüht, uns viel Zeit genommen, viel ausgewertet, uns unendlich oft getroffen. Aber das Ergebnis im Sinne des Untersuchungsauftrags ist für uns nicht stärker fassbar als nach dem ersten Untersuchungsausschuss.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege.

Norbert Dünkel (CSU): In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dünkel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Toni Schuberl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Aspekt erscheint mir in Bezug auf die Arbeit des bayerischen Verfassungsschutzes

und auch für die Verantwortung Bayerns besonders erhellend zu sein. Es geht um die Tätigkeit des V-Manns Dalek.

Dalek ist, wie man aus der V-Mann-Akte lesen kann – über diesen Aspekt darf ich auch sprechen –, von Anfang an als V-Mann und nie als verdeckter Ermittler geführt worden. Die Art und Weise, wie er agiert hat, ähnelt inhaltlich jedoch eher der Arbeit eines verdeckten Ermittlers denn der eines V-Manns. Seine Einsatzweise ähnelte auch eher der eines Geheimdienstes als der eines Nachrichtendienstes.

Dalek baute im Auftrag des bayerischen Verfassungsschutzes nicht nur die rechts-extreme Szene in Nordbayern, sondern auch bundesweit und insbesondere in Thüringen auf. Dalek und der Thüringer V-Mann Brandt berichteten übereinstimmend, dass sie die unorganisierte Szene von der Straße wegbringen wollten, wo sie gewalttätig war. Sie sollten die Szene stattdessen in Parteien und Verbänden organisieren, die professioneller und dafür weniger anstößig agierten.

Man missverstand vom Verfassungsschutz aus Rechtsextremismus als legitimes Anliegen, das nur in eine ordentliche Form gegossen werden müsse. Hinter der Strategie des Verfassungsschutzes steckt ein falsches, in den Neunzigerjahren weitverbreitetes Verständnis vom Umgang mit Rechtsextremen, das bis heute noch nachhallt und wieder einen Aufschwung erlebt. Man glaubte, man müsse diesen besorgten Bürgern oder entwurzelten Jugendlichen Räume geben, in denen sie sich entfalten können; dann löse sich das Problem.

Das Gegenteil war der Fall. Die normalen Jugendlichen wurden aus den Jugendclubs verdrängt, die Rechtsextremen übernahmen den öffentlichen Raum. Diesen Fehler beging auch der Verfassungsschutz. Die offenen Straßenschlachten wurden zwar weniger, doch die rechtsextreme Szene wurde professionalisiert, tiefer ideologisiert und im Kern radikalisiert.

Spannend ist das Zusammenfallen des Untertauchens des Trios im Januar 1998 mit dem letzten uns vorgelegten – angeblich allerletzten – Quellenbericht Daleks, der ebenfalls aus dem Januar 1998 stammt; abgeschaltet wurde er erst im Juni 1998.

Vorangegangen war ein Konflikt mit der Bundesebene; denn aufgrund der zentralen Rolle Daleks in der bundesweiten rechtsextremen Szene ging man davon aus, dass die Aktivität der rechtsextremen Szene mit seiner Abschaltung deutlich zurückgehen werde.

Es gibt Hinweise darauf, dass Dalek auch für andere Behörden gearbeitet haben könnte. Wir konnten dies aber nicht weiter aufklären. In einem Punkt wäre es besonders interessant gewesen: Noch vor der Selbstenttarnung des NSU hatte Dalek dem bayerischen Verfassungsschutz angeboten, bezüglich der Česká-Mordserie Informationen einholen zu wollen. Unterlagen von Daleks Tätigkeit nach der Abschaltung als V-Mann haben wir jedoch nicht erhalten.

Man kann festhalten: Die gesamte V-Mann-Führung Daleks ist skandalös. Der Verfassungsschutz hat einen jungen Mann, der bis zuletzt finanziell nicht auf eigenen Beinen stehen konnte und keinen richtigen Beruf ausgeübt hatte, finanziell mit sehr umfangreichen Zahlungen abhängig und zu einer zentralen Figur der rechtsextremen Szene Deutschlands gemacht. Dalek ist vor Hausdurchsuchungen gewarnt worden. Das Landesamt hat sogar einmal Material aus seiner Wohnung in die Behörde gebracht, um es vor den durchsuchenden Beamten der anderen Behörde zu verstecken.

Dalek hat die linke Szene ausspioniert und dafür sogar eigene Spitzel eingesetzt. Der Verfassungsschutz stoppte die Sammlung von Namen und Adressen aus der

linken Szene durch Dalek nicht, obwohl das Landesamt wusste, dass Dalek diese Daten an Rechtsextreme weitergab, die diese sammelten. Das gefährdete Leib und Leben von linken Aktivistinnen und Aktivisten. Diese Gefährdung nahm das Landesamt für Verfassungsschutz billigend in Kauf. Es gibt sogar Hinweise, dass der Verfassungsschutz Dalek entweder bewaffnet hat oder von einer Bewaffnung zumindest gewusst oder sie geduldet hatte.

Bayern hat mit seinem falschen Verständnis vom Umgang mit Rechtsextremisten die rechtsextreme Szene aktiv gestärkt, und das nicht nur in Bayern, sondern insbesondere auch in Thüringen. Aus dieser Szene heraus ist der NSU entstanden. Damit hat Bayern – und damit die damaligen Innenminister Stoiber und Beckstein – auch eine Mitverantwortung für die Entstehung des NSU und der heutigen Szene in Thüringen.

Eine ähnliche Anbiederung an sogenannte besorgte Bürger und an Rechtspopulisten aus aller Welt ist auch heute wieder zu beobachten. Ich fordere Sie auf: Lernen Sie aus den Fehlern der Vergangenheit für die Zukunft!

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Schuberl, bitte kommen Sie noch einmal ans Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Holger Dremel, CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Dremel.

Holger Dremel (CSU): Lieber Kollege Schuberl, lieber Toni, ich muss jetzt trotzdem noch einmal klarstellen: Da sind zum Aufbau der rechtsextremen Szene sehr viele Mutmaßungen drin. Ich gewinne aus deiner Schilderung den Eindruck, das wäre alles bis gestern der Fall gewesen. – Das war der Fall bis 1998, was mit Kai Dalek gelaufen ist. Seit 1998 ist so was umgestellt, sind die Strukturen geändert.

Letztendlich haben wir beide die geheimen Akten eingesehen und wissen, was drinsteht und warum das so war. Letztendlich ist es auch nicht darum gegangen, Aktivitäten in der rechtsextremen Szene zu befeuern, sondern es wären keine Erkenntnisse mehr aus dieser rechtsextremen Szene vorhanden.

Ich meine deswegen, dass es sehr wohl Aufgabe des Verfassungsschutzes ist, da VPs zu haben, um zu wissen, was sich in der Szene tut. Ich meine deswegen: Da sind sehr viele Mutmaßungen drin, die ich so nicht bestätigen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte, Herr Kollege Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Lieber Kollege, hättest du unseren Bericht gelesen, hättest du auch die Quellen gesehen, die wir in den Fußnoten angegeben haben. Diese Quellen belegen die Tatsachen, die du als "Mutmaßungen" bezeichnet hast. Vielleicht solltest du das einmal nachlesen. Noch ausführlicher steht das in dem eingestuften 800-seitigen Bericht. Es reichen aber auch die 117 Seiten, die wir in dem anderen Bericht eingereicht haben.

Nun zu der Frage, ob sich die Methoden geändert haben: Wir haben den Verfassungsschutz gefragt, warum bei einem V-Mann, der seit 30 Jahren abgeschaltet ist, so vieles noch geheim sein und geschwärzt werden muss. Das kann man doch nicht mit Methodenschutz begründen; denn die Methoden haben sich inzwischen geändert. Uns wurde gesagt: Im Kern hätte sich die Methodik bei den Punkten, die geschwärzt wurden, nicht geändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schuberl. – Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Nachdem Herr Kollege Bozoğlu seinen Namen so schön und charmant erläutert hat, möchte ich das auch tun. Mein Name ist Raimund Swoboda. "Raimund" heißt "der Ratgeber" und kommt aus dem Germanischen. Das Wort "Swoboda" kommt aus dem Slawischen und heißt "Freiheit". So nehme ich mir heute die Freiheit, Ihnen möglicherweise zum letzten Mal mit meinem Rat zu dienen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das letzte Mal? Das wäre fast einen Applaus wert!)

– Danke für diesen Applaus. Und das von den FREIEN WÄHLERN. Wir haben nur eines gemeinsam: Wir tragen im Namen die Freiheit.

Bei diesem Ausschuss kam es, wie es zu erwarten war: Auch der 15. Untersuchungsausschuss im Bund und in den Ländern zum NSU-Komplex – übrigens der zweite in Bayern – hat in der Sache nichts ans Tageslicht gebracht, was irgendjemand hilft. Sehr deutlich wurde allerdings ein weiteres Mal, dass die Rolle der Verfassungsschutzbehörden in diesem Drama weiterhin ungeklärt bleiben wird.

Herr Kollege Fischbach von der FDP – aber nicht nur er allein – spricht in diesem Zusammenhang von einer überzogenen Schwärzungs- und Geheimhaltungspraxis des Innenministeriums und verweist auf abgelehnte Beweisanträge. Damit beschreibt er ein Kernproblem im Umgang mit der Tätigkeit des Verfassungsschutzes schlechthin. Die Frage lautet: Wie stellen wir rechtsstaatlich sicher, dass der Einsatz von sogenannten V-Leuten, insbesondere im extremistischen Bereich, einer wirklich engen und effizienten parlamentarischen Kontrolle unterliegt?

Das unvollständig besetzte Parlamentarische Kontrollgremium wird dem nicht gerecht. Wer sich mit V-Leuten beschäftigt, weiß: V-Leute sind Söldner. Sie werden für das bezahlt, was sie liefern, oder auch für das, was sie nicht liefern. Werden V-Leute bei ihrem Einsatz nicht extrem eng überwacht bzw. geführt, kann das im schlimmsten Fall dazu führen, dass das Zielobjekt, in diesem Fall der NSU, oder die Zielperson in ihrem Tun begünstigt oder unterstützt wird, um es vorsichtig auszudrücken.

Das lässt sich an einem anderen Beispiel verdeutlichen: Das NPD-Verbot ist letztlich gescheitert, weil die Verfassungsschutzbehörden dem Bundesverfassungsgericht nicht mehr nachvollziehbar darlegen konnten, welche Aktivitäten von der Partei NPD selbst und welche vom Verfassungsschutz initiiert worden waren. Damals war jeder siebte Funktionsträger in der NPD-Leitungsebene ein Informant des Verfassungsschutzes, also ein Söldner.

Die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, diese V-Leute innerhalb der NPD zu benennen, wurde meiner Ansicht nach bis heute nicht erfüllt. Mit der Frage der Kontrollierbarkeit der Verfassungsschutzaktivitäten müsste sich auch dieses Hohe Haus viel intensiver beschäftigen. Stattdessen werden Sie morgen ohne Not auf Antrag der Staatsregierung die Befugnisse des Verfassungsschutzes ausdehnen und damit weitere Beobachtungsmöglichkeiten schaffen, die der politischen Einflussnahme unterliegen. Die Politik läuft damit Gefahr, das eigentliche Ziel, nämlich den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, aus dem Auge zu verlieren und mit überzogenen Eingriffsbefugnissen im Vorfeld von Gefahren das Verfassungsschutzamt im Kampf mit der politischen Konkurrenz um die Macht im Staat als Waffe zu missbrauchen.

Im Kampf gegen echten Extremismus versagt diese Politik, wie das dieser NSU-Ausschuss gezeigt hat. Wir haben heute einen Bericht über "busywork" gehört. Wenn Sie wissen wollen, was das heißt: Das ist eine Beschäftigungstherapie für den Bayerischen Landtag, mehr nicht.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Dieser Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich die Ergebnisse der vorher durchgeführten Richterwahlen bekannt. Das ist der Tagesordnungspunkt 3.

Zunächst komme ich zur Wahl von Herrn Hans-Uwe Kahl zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. An der Wahl haben 146 Abgeordnete teilgenommen. Alle Stimmen waren gültig. Auf Herrn Kahl entfielen 104 Stimmen. Mit Nein stimmten 11 Abgeordnete. 31 Abgeordnete haben sich ihrer Stimme enthalten. Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Hans-Uwe Kahl zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs mit Wirkung zum 1. September 2023 gewählt hat.

Ich fahre fort mit der Wahl von Herrn Andreas Schmitz zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. An der Wahl haben 149 Abgeordnete teilgenommen. Alle Stimmen waren gültig. Auf Herrn Schmitz entfielen 103 Stimmen. Mit Nein stimmten 14 Abgeordnete. 32 Abgeordnete haben sich ihrer Stimme enthalten. Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Andreas Schmitz zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs mit Wirkung zum 25. September 2023 gewählt hat.

Damit komme ich zur Wahl von Herrn Dr. Jörg Singer zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. An der Wahl haben 152 Abgeordnete teilgenommen. Alle Stimmen waren gültig. Auf Herrn Dr. Singer entfielen 104 Stimmen. Mit Nein stimmten 12 Abgeordnete. 36 Abgeordnete haben sich ihrer Stimme enthalten. Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Dr. Jörg Singer zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs mit Wirkung zum 25. September 2023 gewählt hat.

Das Hohe Haus gratuliert allen drei Gewählten. Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
(Drs. 18/28241)
- Zweite Lesung -**

hierzu:

**Änderungsantrag der Abgeordneten
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Prof. Dr. Gerhard Waschler, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried
Bausback u. a. (CSU)
(Drs. 18/29130)**

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zu Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 18/28241, der interfraktionelle Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf Drucksache

che 18/29130 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf Drucksache 18/29874.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/28241. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt einstimmig Zustimmung zum Gesetzentwurf mit der Maßgabe, dass eine Änderung durchgeführt wird. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass mehrere Änderungen durchgeführt werden. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 18/29874.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hohen Hauses sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach und Plenk. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind alle Fraktionen des Hohen Hauses sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ebenfalls keine Enthaltungen. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf der Drucksache 18/29130 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Vertrag zur Änderung des Vertrags zwischen
dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der Israelitischen
Kultusgemeinden in Bayern sowie der Israelitischen Kultusgemeinde
München und Oberbayern (Drs. 18/28502)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Vertrag auf Drucksache 18/28502 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf Drucksache 18/29872. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Vertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt einstimmig Zustimmung. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung.

Wer dem Vertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimme des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Bei Enthaltung der AfD-Fraktion sowie des Herrn Abgeordneten Müller (fraktionslos). – Damit ist dem Vertrag zugestimmt worden.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Stiftungsgesetzes (Drs. 18/28505)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 18/28505 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf Drucksache 18/29855. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf. In seiner Endberatung empfiehlt der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration ebenfalls Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der "1. August 2023" eingefügt wird. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 18/29855.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Maßgabe zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). – Hat die SPD-Fraktion mitgestimmt?

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Enthaltung!)

– Nein, hat nicht mitgestimmt. – Gegenstimmen! – Bei Gegenstimme des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion sowie des Abgeordneten Müller (fraktionslos).

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir auf Grundlage von § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Sind alle damit einverstanden? – Kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Müller (fraktionslos). Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Stiftungsgesetzes".

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug
wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (Drs. 18/28528)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung, Drucksache 18/28528, und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung auf Drucksache 18/29870. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der "1. August 2023" eingefügt wird. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 18/29870.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Maßgabe zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimme der Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Müller (fraktionslos) sowie der AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Müller (fraktionslos) sowie die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften".

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Krebsregistergesetzes
(Drs. 18/28529)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 18/28529 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege auf Drucksache 18/29868. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der "1. August 2023" eingefügt wird. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 18/29868.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Maßgabe zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Müller (fraktionslos). Gegenstimmen! – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Müller (fraktionslos). Gegenstimmen! – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Krebsregistergesetzes".

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und
Unterrichtswesen und des Gesetzes zur Ausführung der
Sozialgesetze (Drs. 18/28881)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 18/28881 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie auf Drucksache 18/30009. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt einstimmig Zustimmung zum Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls einstimmig Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 3 als Datum des Inkrafttretens der "1. August 2023" eingefügt wird. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 18/30009.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Maßgabe zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hohen Hauses sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Müller (fraktionslos). Gegenstimmen? – Bei Gegenstimme des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind alle Fraktionen des Hohen Hauses sowie die Abgeordneten Müller (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze".

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Notenwechsel zwischen dem Freistaat Bayern
und dem Heiligen Stuhl zur Verlängerung der Regelung über
ruhende Fakultäten der Universitäten Bamberg und Passau
(Drs. 18/29056)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Notenwechsel auf Drucksache 18/29056 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst auf Drucksache 18/30012. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Vertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt Zustimmung. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt einstimmig Zustimmung.

Wer dem Notenwechsel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD, SPD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Müller, Plenk und Swoboda. Gegenstim-

men! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der FDP-Fraktion. Dem Notenwechsel ist damit zugestimmt worden.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-
Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Hessen und der
Freien und Hansestadt Hamburg über die Führung des
Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters (Drs. 18/29180)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Staatsvertrag auf Drucksache 18/29180 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf Drucksache 18/30005. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende und zugleich endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt einstimmig Zustimmung.

Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hohen Hauses sowie die fraktionslosen Abgeordneten Müller und Plenk. Gegenstimmen? – Bei Gegenstimme des fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dem Staatsvertrag ist damit zugestimmt worden.

Wir sind gut durch die Tagesordnung gekommen. Es ist zehn vor fünf. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche uns allen einen schönen Landtagsempfang auf Schloss Schleißheim.

(Schluss: 16:51 Uhr)

4. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für eine bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung
COM(2023) 206 final
BR-Drs. 191/23
Drs. 18/29437, 18/29953 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu den Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche allgemeine und berufliche digitale Bildung
COM(2023) 205 final
BR-Drs. 190/23
Drs. 18/29438, 18/29954 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leerstand in Hartmannshofen beenden –
bezahlbaren Wohnraum schaffen!
Drs. 18/23248, 18/29797

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

7. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Sozialer Wohnungsbau statt Verkauf des Tafelsilbers –
Nein zu jedem weiteren Verkauf von Landesgrundstücken
in München Hartmannshofen!
Drs. 18/24027, 18/29798 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Stephan Oetzinger, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Faire Verträge mit freien Künstlern: Bericht über Vertragsgestaltungen für Gastkünstlerinnen und -künstler an den staatlichen Bühnen in Bayern
Drs. 18/27677, 18/29820 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kreative Potenziale in Bayern sichern I –
Kreative und künstlerische Arbeit fair bezahlen!
Drs. 18/27832, 18/29908 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Leiden lindern, ambulante psychiatrische Versorgung sicherstellen I: Mehr Niederlassungsmöglichkeiten schaffen, mehr regionale Mitgestaltung
Drs. 18/28519, 18/29788 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Leiden lindern, ambulante psychiatrische Versorgung sicherstellen II: Stärkere Fokussierung auf Kinder- und Jugendpsychiatrie bereits im Studium
Drs. 18/28520, 18/29789 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Leiden lindern, ambulante psychiatrische Versorgung sicherstellen III: Online-Plattform mit Hilfsangeboten schaffen
Drs. 18/28521, 18/29790 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Leiden lindern, ambulante psychiatrische Versorgung sicherstellen IV: Versicherungsmöglichkeit für Berufsunfähigkeit prüfen
Drs. 18/28522, 18/29791 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Aktuelle Situation bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG)
Drs. 18/28526, 18/29696 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaneutrales Staatsministerium für Digitales
Drs. 18/28539, 18/29876 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaneutrales Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Drs. 18/28540, 18/29875 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wahlpflichtfach Islamischer Unterricht an allen Schularten und in allen Jahrgangsstufen anbieten!
Drs. 18/28547, 18/29774 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Handwerksausbildung gerecht machen –
Kosten für Grundkurse für alle Auszubildenden übernehmen
Drs. 18/28556, 18/29831 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tempo 30 innerorts zum Schutz vor Verkehrslärm ermöglichen
Drs. 18/28557, 18/29848 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU
Keine einseitige Belastung des Logistiksektors durch den Bund!
Drs. 18/28558, 18/30046 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
IT- Verordnungssoftware für Nebenwirkungen und Medikationsfehler bayernweit unterstützen II
Drs. 18/28566, 18/29792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Bayern ist eine lösbare Aufgabe I:
Übergang Schule und Beruf
Drs. 18/28575, 18/29881 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Bayern ist eine lösbare Aufgabe II: Investitionen in die Rahmenbedingungen der Ausbildung
Drs. 18/28576, 18/29244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Bayern ist eine lösbare Aufgabe III: Stärkung der Berufsschulen
Drs. 18/28577, 18/29882 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Bayern ist eine lösbare Aufgabe IV: Für eine bayerische Weiterbildungsstrategie
Drs. 18/28578, 18/29245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Bayern ist eine lösbare Aufgabe V: Integration in den Arbeitsmarkt durch zügige Berufsankennung
Drs. 18/28579, 18/29246 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Bayern ist eine lösbare Aufgabe VI: Integration in den Arbeitsmarkt durch berufsbegleitende Sprachkurse
Drs. 18/28580, 18/29247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Bayern ist eine lösbare Aufgabe VII: Diskriminierung bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt entgegenwirken
Drs. 18/28581, 18/29248 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Jochen Kohler u.a. CSU Turbo für die Verkehrswende auf der Schiene jetzt zünden!
Drs. 18/28610, 18/29849 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Nuklearforschung zur Bayernsache machen!
Drs. 18/28636, 18/29827 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input style="border: 1px solid black; padding: 2px; font-weight: bold; font-size: small;" type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

38. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Kernkraft zur Bayernsache machen!
Drs. 18/28637, 18/29828 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input style="border: 1px solid black; padding: 2px; font-weight: bold; font-size: small;" type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

42. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Kernkraft zur Bayernsache machen: rechtliche Grundlagen schaffen
Drs. 18/28663, 18/29829 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FASD (Fetale Alkoholspektrumstörung) Kompetenzzentrum an der LMU weiterhin unterstützen, Planungssicherheit gewährleisten und breitere Projektarbeit fördern
Drs. 18/28664, 18/29794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

44. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Staatsstraßen ertüchtigen – Investitionen zielgerichtet einsetzen
Drs. 18/28768, 18/29697 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht über Planungswettbewerbe bei staatlichen Hochbaumaßnahmen
Drs. 18/28769, 18/29899 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht zur Auswirkung der steigenden Preise auf die
Konversion von Komplexeinrichtungen
Drs. 18/28770, 18/29675 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausstieg ohne Plan stoppen: Energiekonzept für eine bezahlbare
und sichere Energieversorgung in Deutschland
Drs. 18/28772, 18/29830 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mutterschutz in der Staatsregierung:
Endlich die gesetzlichen Vorgaben einhalten!
Drs. 18/28793, 18/30004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Verbindungen der Bayerischen Staatsregierung zum WEF offenlegen!
Drs. 18/28794, 18/30006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Bayerische Wirtschaft vor Grünflation und Deindustrialisierung schützen!
Nein zur Verschärfung des EU-Emissionshandels!
Drs. 18/28795, 18/30007 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl u.a. CSU
Sicherheit im Fahrzeug betrifft uns alle – Einsatz von weiblichen Crashtest-Dummies in Zulassungsverfahren ermöglichen!
Drs. 18/28800, 18/29850 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

62. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Johannes Hintersberger, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerischer Tag der Militärtradition
Drs. 18/28895, 18/29693 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

63. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Inflation ausgleichen: Mehr Taschengeld für Kinder und Jugendliche in Schulen, Einrichtungen und anderen Unterbringungsformen der Kinder- und Jugendhilfe
Drs. 18/28897, 18/29676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

64. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planungssicherheit für mehr Windkraft im Umfeld des Flughafens München: Resolution der Nordallianz-Kommunen unterstützen!
Drs. 18/28898, 18/29852 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

65. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Chancengerechtigkeit in Bayerns Schulen fördern
Drs. 18/28911, 18/29770 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

66. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reformprozess entschlossen vorantreiben: Für eine echte Selbst- und Mitbestimmung in der professionellen Pflege
Drs. 18/28912, 18/29787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

67. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ* I – Bildung
Drs. 18/28965, 18/30045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

68. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ* II – Sicherheit
Drs. 18/28966, 18/29883 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

69. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ* III – Sichtbarkeit
Drs. 18/28967, 18/29884 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

70. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ* IV – Sport
Drs. 18/28968, 18/29783 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

71. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ* V –
Beratung in allen Lebenslagen
Drs. 18/28969, 18/29689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

72. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ* VI – Gesundheit
Drs. 18/28970, 18/29984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

73. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ* VII – Asyl und Migration
Drs. 18/28971, 18/29885 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

74. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BNE stärken I – Jetzt für ein klares Konzeptverständnis
von BNE sorgen!
Drs. 18/28972, 18/29889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

75. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BNE stärken II – Bildung für nachhaltige Entwicklung ganz oben aufhängen!
Drs. 18/28973, 18/29890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

76. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BNE stärken III - Jetzt Fortbildungsangebot für BNE bei allen relevanten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aufbauen!
Drs. 18/28974, 18/29891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

77. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BNE stärken IV - Jetzt für Verbindlichkeit und Systematik bei der Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Schulen sorgen!
Drs. 18/28975, 18/29892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

81. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Verantwortung für Bayern übernehmen: Bayerischer Maßnahmenplan für eine soziale Wärmewende vorlegen!
Drs. 18/29041, 18/29937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

82. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Taten statt Worte – Wertschätzung für Fachlehrkräfte endlich zeigen
Drs. 18/29045, 18/29772 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

83. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier u.a. CSU
Steigende Zinsen für Anschlussfinanzierungen privater Immobilienbesitzer – rechtzeitig gegensteuern
Drs. 18/29050, 18/29902 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

93. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiative für künftige
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasserwirtschaftsämter
Drs. 18/29121, 18/29919 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

94. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Natascha Kohnen, Florian von Brunn u.a. SPD
Erneute Probleme im Bahnverkehr
Drs. 18/29132, 18/29767

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

95. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Wasserwirtschaftsämter,
insbesondere am Standort Würzburg
Drs. 18/29139, 18/29920 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

96. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Julika Sandt, Sebastian Körber u.a. und Fraktion (FDP) Verbindliche Umsetzung der Erkenntnisse aus der Anhörung „Gewaltschutz in den bayerischen Flüchtlingsunterkünften“ des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration am 24.11.2022 (I)
hier: Gewaltschutzkoordinatorinnen sowie -koordinatoren stärken und als interne Beschwerdestelle installieren
Drs. 18/29141, 18/29967 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

97. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Julika Sandt, Sebastian Körber u.a. und Fraktion (FDP) Verbindliche Umsetzung der Erkenntnisse aus der Anhörung „Gewaltschutz in den bayerischen Flüchtlingsunterkünften“ (II)
hier: Bauliche Standards zügig nachbessern
Drs. 18/29142, 18/29968 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

98. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Julika Sandt, Sebastian Körber u.a. und Fraktion (FDP) Verbindliche Umsetzung der Erkenntnisse aus der Anhörung "Gewaltschutz in den bayerischen Flüchtlingsunterkünften" des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration am 24.11.2022 (III)
hier: Umsetzung völker- und unionsrechtlicher Vorgaben für schutzbedürftige Personen
Drs. 18/29143, 18/29969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

102. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachkräftebedarf für Bayern sichern:
Niedrigschwellige Beratung ausbauen
Drs. 18/29147, 18/29987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

103. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachkräftebedarf für Bayern sichern:
Konzept für Welcome-Center entwickeln
Drs. 18/29148, 18/29988 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

104. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit zum Durchbruch verhelfen I –
Fachkräfte, Förderung und Kampagne Pro Erdwärme
Drs. 18/29149, 18/30073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

105. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit zum Durchbruch verhelfen II –
Erstellung von Leitlinien zur Qualitätssicherung von Erdwärmesonden
Drs. 18/29150, 18/30075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

106. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit zum Durchbruch
verhelfen III – Bohrungen unter Gebäuden erlauben
Drs. 18/29151, 18/30076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

107. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Studie zu Auswirkungen der Klimaüberhitzung und der
Wasserentnahme auf grundwasserabhängige Biotope in Unterfranken
Drs. 18/29152, 18/29921 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

111. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Martin Wagle, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Pilotprojekten zur Steigerung der Grundwasserneubildung
Drs. 18/29156, 18/29922 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

112. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Alexander König u.a. CSU
Transportstrukturen weiterentwickeln –
Mehrfachnutzung versiegelter Flächen zum nächtlichen Parken
Drs. 18/29161, 18/29903 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

113. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Alexander König u.a. CSU
Transportstrukturen weiterentwickeln – Step-Förderung fortführen
Drs. 18/29162, 18/29897 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A

117. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Kostenfreie STI-Tests an bayerischen Gesundheitsämtern
Drs. 18/29170, 18/29796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

118. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kostenlose Nutzung der ALKIS-Daten ermöglichen
Drs. 18/29171, 18/29777 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

119. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
BAföG weiterentwickeln – Unterschiedliche Mietniveaus berücksichtigen
Drs. 18/29172, 18/29907 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

120. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Immaterielles Kulturgut - Zirkustradition in Bayern
Drs. 18/29174, 18/29824 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

121. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erdbebenkatastrophe im türkisch-syrischen Grenzgebiet –
Globalzustimmung für Fälle der Familienzusammenführung
Drs. 18/29193, 18/29895 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

122. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Plastikmüllvermeidungsstrategien in Bayern
Drs. 18/29199, 18/29923 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

123. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Entwicklung heimischer Tierarten vor dem Hintergrund klimatischer Veränderungen
Drs. 18/29200, 18/29924 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

124. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Mehr Transparenz bei den Prüfungslehrproben für Lehramtsreferendare ermöglichen
Drs. 18/29201, 18/29773 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

125. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Auswirkungen der Freiflächen-Photovoltaik auf die Nahrungsmittelerzeugung in Bayern
Drs. 18/29202, 18/30044 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

126. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Praktika und Hospitationen ermöglichen – Verbot der Ausübung einer Erwerbstätigkeit bei Drittstaatsangehörigen aus der Ukraine aufheben
Drs. 18/29203, 18/29970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

127. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewaltschutz in bayerischen Flüchtlingsunterkünften weiter verbessern I: Qualitätssicherung
Drs. 18/29204, 18/29971 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

128. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewaltschutz in bayerischen Flüchtlingsunterkünften weiter verbessern II: Umfassende Kommunikation und Umsetzung der Gewaltschutzkonzepte
Drs. 18/29205, 18/29972 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

129. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Tobias Reiß,
Dr. Stephan Oetzingler u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewaltschutz in bayerischen Flüchtlingsunterkünften
weiter verbessern III: Unterbringung und Betreuung
gewaltbetroffener Flüchtlingskinder
Drs. 18/29206, 18/29973 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

130. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Thomas Huber,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewaltschutz in bayerischen Flüchtlingsunterkünften
weiter verbessern IV: Organisationsabläufe optimieren
Drs. 18/29207, 18/29974 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

131. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Tierschutzgerechte Jagdmethoden umsetzen:
Nachtzieltechnik für Fuchsjagden zulassen
Drs. 18/29209, 18/29778 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

132. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Vernunft statt Quoten:
Für eine marktgerechte ökologische Landwirtschaft
Drs. 18/29211, 18/29780 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

133. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter,
Arif Taşdelen u.a. SPD
ESG-Kriterien bei Finanzanlagen des Freistaates berücksichtigen!
Drs. 18/29217, 18/29799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

134. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geflüchteten Möglichkeiten aufzeigen:
Start in die Berufsausbildung für ukrainische Jugendliche
Drs. 18/29219, 18/29938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

135. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild,
Christian Flisek u.a. SPD
Kitas in Not !! – Finanzierungslücke in der
Betriebskostenförderung endlich schließen
Drs. 18/29230, 18/29677 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

136. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kitas in Not III! – Grundlegende Verbesserungen
beim Anstellungsschlüssel
Drs. 18/29231, 18/29678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

137. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kitas in Not III! – Für mehr Multiprofessionalität in bayerischen Kitas
Drs. 18/29232, 18/29680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

138. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kitas in Not IV! – Fachkräfte gewinnen und halten
Drs. 18/29233, 18/29681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

139. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kitas in Not VI! – Stärkung der Ausbildung
Drs. 18/29234, 18/29682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

140. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kitas in Not VII! – Verbesserung der Rahmenbedingungen
für das pädagogische Personal
Drs. 18/29235, 18/29683 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

141. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kitas in Not VIII! – Stärkung der Familienorientierung
Drs. 18/29236, 18/29684 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

142. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kitas in Not VIII! – Ausweitung des Leitungs- und
Verwaltungsbonus auf den Hort
Drs. 18/29237, 18/29685 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

143. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kitas in Not IX! – Zugangshürden abbauen,
Chancengerechtigkeit erhöhen
Drs. 18/29238, 18/29686 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

147. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehrerstellenbesetzung
Drs. 18/29242, 18/29951 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

148. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Situation der Pflegefamilien in Bayern verbessern
Drs. 18/29250, 18/30053 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

149. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Linksextremismus bekämpfen!
Drs. 18/29273, 18/29816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

150. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Strafmündigkeit auf 12 Jahre herabsetzen!
Drs. 18/29274, 18/29975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

151. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Projekt „Konfessioneller Religionsunterricht mit erweiterter Kooperation“
Drs. 18/29275, 18/29952 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

152. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Bericht zum Energieeffizienzgesetz. Bayerische Wirtschaft vor Grünflation und Deindustrialisierung schützen!
Drs. 18/29290, 18/29939 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

153. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Nein zum Energieeffizienzgesetz! Bayerische Wirtschaft vor Grünflation und Deindustrialisierung schützen!
Drs. 18/29291, 18/29940 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

154. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Nein zur Klima-Maut! Bayerische Wirtschaft vor Grünflation und Deindustrialisierung schützen!
Drs. 18/29292, 18/29906 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

155. Antrag des Abgeordneten Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Stand, Herausforderungen, Potenziale und Ausbaupläne von Pumpspeicherkraftwerken in Bayern
Drs. 18/29293, 18/29930 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

156. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Technologieoffene und günstige Mobilität für Bayern: Gasantrieb und Gastankstellen mit anderen Energieträgern der Mobilität gleichstellen
Drs. 18/29295, 18/29941 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

157. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU) Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt – Keine Aushöhlung der Fiskalregeln, sondern moderne Regeln für zukunftsgerichtetes Haushalten
Drs. 18/29332, 18/29888 (G)

Auf Antrag der AfD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

158. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Eskalation um das Studierendenwerk München aufklären!
Drs. 18/29333, 18/29819 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

159. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Erfolgreiches Mehrwegsystem und Getränkewirtschaft schützen – EU-Irrsinn in der PPWR verhindern
Drs. 18/29334, 18/30074 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

160. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Nein zum Heizhammer von Ampel und EU!
Für die freie Wahl günstiger Heiztechnik!
Drs. 18/29335, 18/29931 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

161. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zu den Vorgängen bezüglich der strafrechtlichen Ermittlungen gegen Mitglieder der Organisation „Letzte Generation“ unter Federführung der Generalstaatsanwaltschaft München
Drs. 18/29336, 18/29966 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

162. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Schutz der bayerischen Getränkeindustrie, Verbraucher und Umwelt:
Bericht zu Belastungen durch die geplante Reform der EU-Verpackungsverordnung (PPWR)
Drs. 18/29340, 18/30077 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

163. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Franz Bergmüller, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
2. S-Bahn-Stammstrecke München –
Konventionalstrafe für die Deutsche Bahn!
Drs. 18/29342, 18/29904 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

164. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Längere Öffnungszeiten für die Außengastronomie
Drs. 18/29345, 18/29932 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

165. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt und Fraktion (FDP)
„Sternenkinder“ - Forschung und Unterstützung bei
Fehl- und Totgeburten verbessern
Drs. 18/29348, 18/29993 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

166. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Regionenübergreifende Ausstellung für Römisches Erbe in Bayern
Drs. 18/29431, 18/30024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

171. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulen fit für die Zukunft machen –
Projekt „zukunftsfähige Bildung Bayern 2030“ jetzt starten!
Drs. 18/29440, 18/29955 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

172. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderdschongel für die Kommunen lichten
Drs. 18/29444, 18/29846 (A)

Auf Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER Votum des mitberatenden
Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

173. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine gerechte Entlohnung unserer Rechtspflegerinnen und
Rechtspfleger - Von Anfang an!
Drs. 18/29445, 18/30008 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

174. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Florian Ritter u.a. SPD
Keine Streichung von Bayreuth und Passau als Prüfungsstandorte für das Zweite Juristische Staatsexamen - Rechtsreferendarinnen und -referendare nicht noch weiter belasten!
Drs. 18/29446, 18/30021 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

175. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU
Verträgliche Lösungen statt Ampel-Ideologie!
Drs. 18/29477, 18/29943 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

176. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl u.a. CSU
Auswirkungen schwankender Grundwasserpegel auf Grundwasserwärmepumpen
Drs. 18/29481, 18/29933 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

177. Antrag der Abgeordneten Barbara Becker, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wiederverwendung von Wasser aus Kläranlagen
Drs. 18/29483, 18/30060 (ENTH)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

178. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Ausnahmen bei der Arbeitszeiterfassung für den Hochschulbereich
Drs. 18/29491, 18/30055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

179. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag hier: Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen
Drs. 18/29502, 18/29977 (ENTH)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

180. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Task Force Energiewende – zielsicher und praxisnah zur Klimaneutralität 2040
Drs. 18/29511, 18/29934 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

181. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,
Dr. Fabian Mehring, Jutta Widmann u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a.
und Fraktion (CSU)
Papierticket zum Deutschland-Ticket länger ermöglichen
Drs. 18/29512, 18/30048 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

182. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger,
Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Verpflichtender Sprachtest für alle Vierjährigen mit
Migrationshintergrund in Bayern
Drs. 18/29513, 18/29956 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

183. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie gestalten –
Arbeitsplätze in Bayern erhalten
Drs. 18/29514, 18/29935 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

184. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Fachkräfte gewinnen - Bayerns Zukunft sichern
Drs. 18/29515, 18/29989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

185. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wind im Staatswald – Beteiligung der Kommunen
und der Bürgerinnen und Bürger stärken
Drs. 18/29519, 18/29878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

186. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbildung von Forstwirtinnen und Forstwirten
an der Berufsschule Neunburg vorm Wald
Drs. 18/29549, 18/29879 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

187. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Annette Karl, Klaus Adelt u.a. SPD
Mehr Hofzeit statt Schreibtischzeit –
Bürokratieentlastung für bayerische Direktvermarkter
Drs. 18/29567, 18/29880 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

188. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sichere Schulwege, sichere Fußwege
Drs. 18/29569, 18/30064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

189. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für Gesundheitsschutz und reproduktive Freiheit in Bayern I:
Verfassungsrechtliche Pflicht umsetzen – einen sicheren Zugang
zu Schwangerschaftsabbrüchen endlich sicherstellen
Drs. 18/29588, 18/29994 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

190. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für Gesundheitsschutz und reproduktive Freiheit in Bayern II:
Kapazitäten in allen Regionen schaffen –
Schwangerschaftsabbrüche in allen Universitätskliniken
Drs. 18/29589, 18/29995 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

194. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. AfD
Kein Bau von Megawindparks ohne vorherige Folgenabschätzung zur Umweltverträglichkeit: Heimat und Natur schützen!
Drs. 18/29599, 18/30061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

195. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Abwanderung der Chemieindustrie stoppen und neue Abhängigkeiten verhindern
Drs. 18/29600, 18/29944 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

196. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Wiederherstellung der Natur: Pläne der EU stoppen!
Drs. 18/29606, 18/30062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

200. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Assistenzberufe weiter stärken II:
Imagekampagne für mehr Wertschätzung
Drs. 18/29639, 18/29999 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

201. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Assistenzberufe weiter stärken III:
MFA und ZFA länger im Beruf halten
Drs. 18/29640, 18/30000 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

202. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Assistenzberufe weiter stärken IV: Abbrecherquoten während der Ausbildung verringern – Studie zu Verweildauer im Beruf und zur Arbeitszufriedenheit von MFA und ZFA
Drs. 18/29641, 18/30001 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

203. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Vorrangige Betreuungsplatzvergabe an Kinder arbeitstätiger Eltern
Drs. 18/29642, 18/30056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

204. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Stärkung von Bildungschancen und sozialer Integration für benachteiligte Kinder und Jugendliche in Bayern
Drs. 18/29643, 18/30057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

205. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor den negativen Auswirkungen der geplanten Änderungen des Arbeitszeitgesetzes schützen
Drs. 18/29644, 18/30058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

206. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Erweiterte Schulleitung an Förderschulen einrichten
Drs. 18/29653, 18/30037 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

207. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte an Förderschulen
und Sonderpädagogischen Förderzentren
Drs. 18/29654, 18/30038 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

208. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Mehr multiprofessionelle Teams an Förderschulen
und Sonderpädagogischen Förderzentren
Drs. 18/29655, 18/30039 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

209. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Keine jahrgangsgemischten Klassen an Förderschulen
und Sonderpädagogischen Förderzentren
Drs. 18/29656, 18/30040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

210. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern sichern: Bericht zum Rückbaustand
des Kernkraftwerkes Isar II
Drs. 18/29657, 18/30067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

211. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern sichern: Kernkraftwerk Isar II für die Zukunft erhalten
Drs. 18/29658, 18/30068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

212. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Pflanzen schützen, Zukunft der Ernährung sichern: Für einen
praxisgerechten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Bayern
Drs. 18/29659, 18/29979 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

222. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes,
Franz Bergmüller und Fraktion (AfD)
Berichts Antrag zur Aufnahme der Bahnstrecke Ulm-Augsburg
in das Hochleistungskorridore-Programm
Drs. 18/29691, 18/30049 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

223. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller
und Fraktion (AfD)
Berichts Antrag zu den Entscheidungsgrundlagen und dem
Planungsstand der Bahn-Ausbaustrecke Ulm-Augsburg
Drs. 18/29692, 18/30065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

224. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher,
Margit Wild u.a. SPD
Bayern Barrierefrei: Barrierefreiheit in staatlichen Museen und
geförderten touristischen Infrastruktureinrichtungen endlich vorantreiben
Drs. 18/29695, 18/30023 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

225. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walchenseekraftwerk: Heimfall der Wasserrechte aussprechen und mögliche Ausgleichszahlungen errechnen
Drs. 18/29763, 18/30071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

226. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Wassermangel in der Landwirtschaft effektiv begegnen
Drs. 18/29764, 18/29980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

227. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologische Nachhaltigkeit in der bayerischen Kulturpolitik verankern I:
Zirkuläre Arbeits- und Produktionsformen fördern
Drs. 18/29801, 18/30026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

228. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologische Nachhaltigkeit in der bayerischen Kultur II:
CO₂-Bilanzierung und Zertifizierung
Drs. 18/29802, 18/30032 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

229. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologische Nachhaltigkeit in der bayerischen Kultur III:
Beratung für Nachhaltigkeit in Kunst und Kultur
Drs. 18/29803, 18/30027 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

230. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologische Nachhaltigkeit in der bayerischen Kulturpolitik verankern IV:
Kulturgut schützen
Drs. 18/29804, 18/30028 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

231. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologische Nachhaltigkeit in der bayerischen Kultur V:
Transformationsmanagement für den Kulturbereich
Drs. 18/29805, 18/30029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

232. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
boden:ständig – gut für Boden, Wasserhaushalt und Gemeinwohl
Drs. 18/29806, 18/29981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

233. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung von bestehenden Energieagenturen: dezentral und langfristig
Drs. 18/29807, 18/30035 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

237. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tierschutz durchsetzen – verbotene Tiertransporte aus Bayern in Drittstaaten sofort beenden
Drs. 18/29811, 18/30078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

238. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortprogramm Klimaanpassung für Bayern
Drs. 18/29812, 18/30079 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

239. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gründung von Energieagenturen in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt in Bayern ermöglichen
Drs. 18/29813, 18/30036 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

240. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Florian Ritter,
Arif Taşdelen u.a. SPD
Finanzierung von Feuerwehrrhäusern I:
Zinslose und zinsvergünstigte Darlehen
Drs. 18/29833, 18/29964 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

241. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Florian Ritter,
Arif Taşdelen u.a. SPD
Finanzierung von Feuerwehrrhäusern II:
Erhöhung der Förderfestbeträge in den Zuwendungsrichtlinien
Drs. 18/29834, 18/29983 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

242. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Florian Ritter,
Arif Taşdelen u.a. SPD
Finanzierung von Feuerwehrrhäusern III: Förderfähigkeit von
Sanierungen und besondere Berücksichtigung von
Zusammenschlüssen von örtlichen Feuerwehren
Drs. 18/29835, 18/29963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

